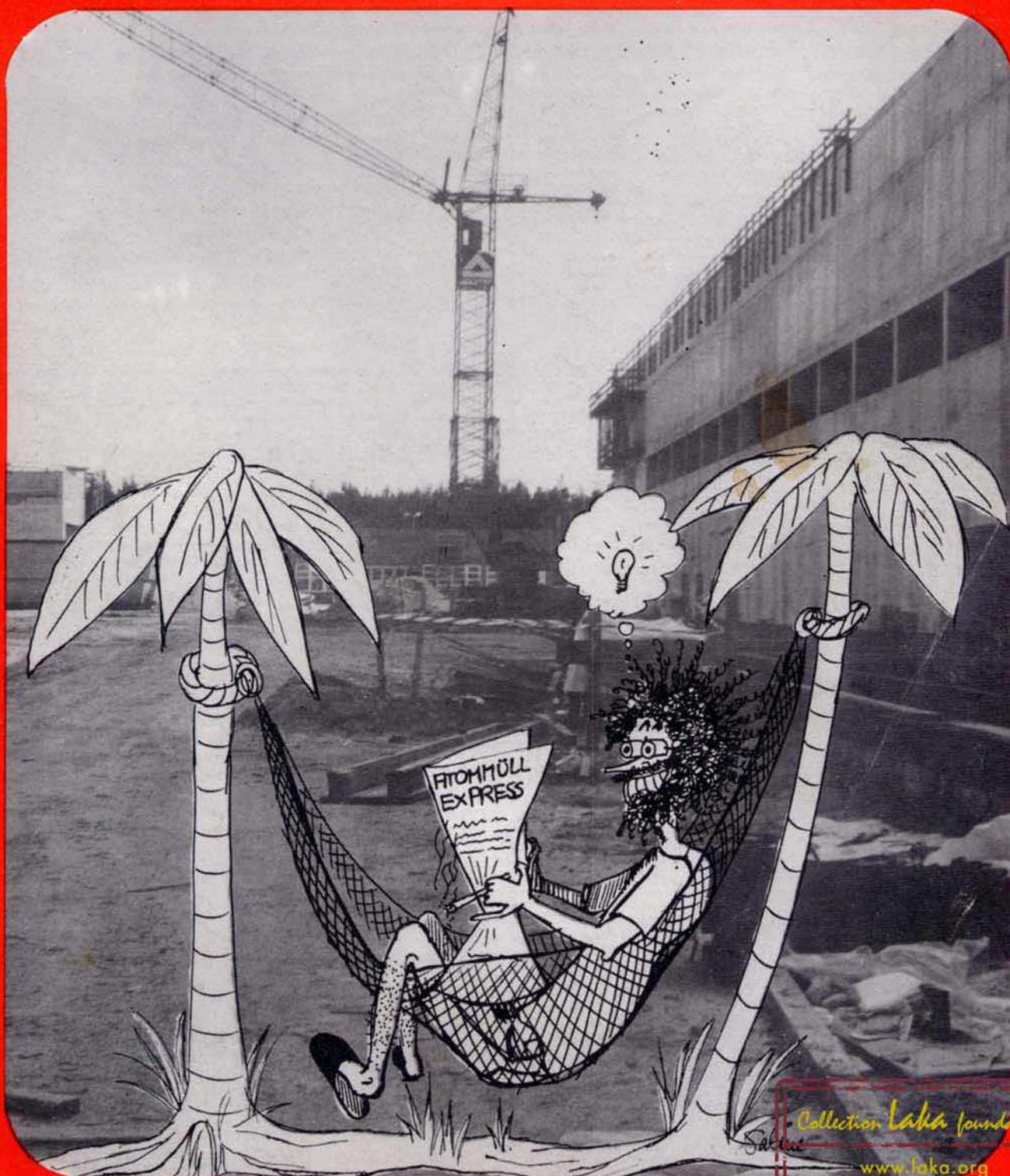


Atom Express atommüllzeitung

Sommer 83



Collection Laka foundation

www.laka.org

Digitized 2016

HEINEMANNSTRASSE 9
5300 BONN 2
TELEFON 102 88- 68 40 10 11. Mai 1983

KOLBERGER STRASSE 8
5400 ROVENDEN
TELEFON 102 811 8 17 04



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Jürgen Reents
Bundeshaus

5300 Bonn 1

Betr.: Ihre schriftlichen Fragen vom 27. April 1983
- Nrn. 35 bis 37 -

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihre schriftlichen Fragen vom 27. April 1983 beantworte ich im
Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern wie folgt:

Frage 1.:

Treffen Presseberichte zu, daß die inzwischen eingestellten Ermittlungen nach § 129 a StGB im Fall des Göttinger "Atom-Express" direkt von der Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe ausgegangen sind, und daß die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle und das Landeskriminalamt Hannover die Ermittlungen lediglich i Amtshilfe durchgeführt haben?

Antwort:

Der Generalbundesanwalt hat als gemäß § 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG in Verbindung mit § 142 a Abs. 1 GVG hierfür ausschließlich zuständige Strafverfolgungsbehörde aufgrund der Veröffentlichung von Nr. 32 der Druckschrift "Atom-Express" vom Januar/Februar 1 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Vergehens gegen § 129 a StGB und anderer Straftaten eingeleitet. Dieses Verfahren hat er gemäß § 142 a Abs. 2 Nr. 2 GVG wegen minderer Bedeutung

- 2 -

an die zuständige Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle abgegeben.

Mit der Abgabe endet die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts, so daß Ermittlungshandlungen von diesem Zeitpunkt an nicht im Wege der Amtshilfe für den Generalbundesanwalt durchgeführt werden.

Frage 2.:

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung über den Göttinger "Atom-Express" und seinen Herausgeber, den "Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie", den die niedersächsische Landesregierung (s. Drucksache 10/779 des niedersächsischen Landtags vom 20. Januar 1983) "am Rande des Extremismus" ansiedelt und ihm vorwirft "das demokratische Selbstverständnis auflösen (zu) wollen", und auf welche konkreten Erkenntnisse über einen beanstandeten Artikel in Heft 32 hinaus, die ca. 2 1/2 Monate nach Erscheinen dieses Heftes mit Anlaß für Durchsuchungen und Ermittlungen gewesen sind, stützt die Bundesregierung ihre Auffassung?

Antwort:

Die Bundesregierung sieht aufgrund der ihr vorliegenden Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden keine Veranlassung, der zitierten Einschätzung des "Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie" zu widersprechen oder sie zu ergänzen.

Diese Auffassung der Bundesregierung gründet sich auf nachstehende Erkenntnisse:

Der "Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" bezeichnet in der Zeitschrift "Atom-Express" und in sonstigen Verlautbarungen die Proteste gegen die zivile Nutzung der Kernenergie und auch die Aktionen zur Verhinderung der Nato-Nachrüstung als notwendigen "Widerstand" gegen die "Herrschenden", der letztlich nur erfolgreich sein könne über eine Veränderung des "Systems". Die bestehende parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland wird "als die zur Zeit entwickeltste Herrschaftsform moderner kapitalistischer Industriestaaten" ("Atom-Express" Nr. 33, S. 29).

129a

Auf dieser Seite dokumentieren wir Auszüge der Antwort, die die Bundesregierung in Person des Staatssekretärs im Justizministerium, Klein, auf die schriftliche Anfrage von Jürgen Reents (Grüne) gegeben hat. Hans-Hugo Klein ist im übrigen auch Göttinger CDU-Abgeordneter und (nicht nur) bei uns sehr unbeliebt. Die Antwort der Landesregierung, ebenfalls auf eine Anfrage der Grünen, bleibt in ihrem Gehalt so niveaulos und inhaltsleer, daß wir uns eine Wiedergabe hier schenken. Von dem Stand der Ermittlungen gegen uns - nunmehr wegen Verstoß' gegen das Pressegesetz - gibt's ansonsten nichts Neues zu berichten. Ach ja, der Verlag Schauberg - DuMont, Herausgeber u.a. der in Millio-nenhöhe erscheinenden Boulevard-Zeitung »Express«, hat uns unter-sagt, den warenzeichen- und urheber-rechtlich »geschützten« Namen Express im Titel unserer Zeitung weiter zu benutzen!

- 3 -

als "modernes Herrschaftsinstrument im Kapitalismus" ("Atom-Express" Nr. 33, S. 24) herabgesetzt und es wird erklärt, "daß diese Herrschaftsform nicht mit unseren Vorstellungen einer neuen, besseren Gesellschaft identisch sein kann" ("Atom-Express" Nr. 33, S. 29).

Zumindest ein Teil der "Arbeitskreis"-Mitglieder hält den "Weg durch die Parlamente" zur Herbeiführung "grundlegender Veränderungen in der Gesellschaft ... für falsch" und sieht "gerade den außerparlamentarischen Kampf als Ansatz zur fundamentalen Gesellschaftskritik und -veränderung" ("Atom-Express" Nr. 33, S. 2/24).

Für die Protestbewegungen gegen die zivile Nutzung der Kernenergie und gegen die Nato-Nachrüstung empfiehlt der "Arbeitskreis" ausdrücklich militante Aktionen, weil "Widerstandskaktionen, die an den engen Schranken der geltenden Gesetze halt machen, allein nicht ausreichen" (offener Brief an "alle Ortsgruppen der Bi-Lüchow-Dannenberg, 1979) und warnt vor den Folgen eines Auseinanderbrechens der Protestbewegung in "gewaltfreie" und militante Kräfte.

Gewalttätige Aktionen - wie anlässlich der Demonstrationen gegen die Verwendung des ehemaligen Erzschatzes Konrad bei Salzgitter als Lager für radioaktive Abfälle am 30.10.1982 - werden in "Diskussionsbeiträgen", die im "Atom-Express" veröffentlicht und von Redaktionsmitgliedern verfaßt sind, ausdrücklich befürwortet (Nr. 31, S. 40 - 42). In den Papieren "Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst 1983 - Vorschlag zu einer Großaktion an der Frankfurter US-Air-Base" und "Plädoyer gegen die 'Gewaltfreiheit'", die von Mitgliedern des "Arbeitskreises" zur Vorbereitung eines "Arbeitstreffens unabhängiger Friedensgruppen" am 26./27. Februar 1983 in Frankfurt verbreitet wurden, fordern die Autoren auch für die Friedensbewegung eine Radikalisierung der Aktionsformen, "wenn sie überhaupt noch etwas ver- oder besser behindern will ...".

In eigener Sache / Atom Express

Wir wollen uns zuerst mal für die Pannen beim letzten Verschicken entschuldigen. Eine Reihe von Abonnenten hat irrtümlicherweise Mahnbesc heide mitgeschickt bekommen. Das lag an einer falschen Programmierung des Computers, auf dem wir die Adressenaufkleber ausdrucken lassen.

Andererseits lagen nicht allen Mahnungen Irrtümer unsererseits zu Grunde! Im Klartext: Die Zahlungsmoral vieler AtomExpress-Bezieher ist im Laufe der letzten Monate bemerkenswert auffällig zurückgegangen. Bitte bezahlt Eure Rechnungen sobald es geht! Wir verdienen am AtomExpress nix, im Gegenteil.

Wir werden im Laufe der nächsten Wochen neue Räume beziehen. Welche, ist zur Stunde noch nicht klar; Wir müssen zum 1.8. jedenfalls aus der Marienstrasse raus sein.

Schreibt also bitte erstmal nur noch an die Postfachadresse und erschreckt nicht, falls sich ab 1.8. unter unserer alten Telefonnummer niemand mehr meldet.

Im nächsten AtomExpress werden wir die neue Nummer und die neue Anschrift bekannt geben!

Zum Schluß noch herzliche Grüße nach Vechta!

Wir haben uns wahnsinnig gefreut.

Impressum:

Atom Express Nr. 35 und Atommüllzeitung Nr. 24 erscheinen als Gemeinschaftsausgabe

Herausgeber: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V., Marienstr. 10, 34 Göttingen

Druck: Steidl, Düstere Str., Göttingen

V.i.S.d.P.: Günter Garbers, Enno Brand, Bernd Weidmann

Diese Ausgabe kostet 3,- DM und kann bei den unten aufgeführten Adressen bestellt werden.

Ein Atom Express Abonnement kostet 20,- DM für 6 Ausgaben inkl. Porto bei zweimonatlicher Erscheinungsweise
Bestelladresse: Atom Express, Postfach 1945, 3400 Göttingen.

Konto: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Marienstr. 10, 34 Göttingen, PschA Hannover Nr. 148 99-308

Die Atommüllzeitung kostet im Abonnement 14,- DM inkl. Porto für 4 Ausgaben.
Bestellungen bei: Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg

Konto: Gorleben Aktuell, G. Garbers, PschA Hamburg Nr. 378 14 - 206

Die Rückseite kann als DIN A 1 Plakat bestellt werden bei: Die Werkstatt, Düstere Eichenweg 5, 34 Göttingen

WARUM WIR DIESE NUMMER ZUSAMMEN MACHEN ...

Diese erste gemeinsame Ausgabe von Atom Express und Atommüllzeitung ist (noch) nicht der erste Schritt zu einer Verschmelzung, einer Fusion der beiden Zeitungen. Vielmehr waren ganz pragmatische Überlegungen für unsere Entscheidung ausschlaggebend.

Wir alle fanden es sinnvoll, vor den Sommerferien mit einer Nummer herauszukommen, am besten sogar noch zu den Sommerlagern in Lüchow-Dannenberg, der letzten größeren Aktion der Anti-AKW-Bewegung vor dem Herbst. Kräftermäßig war es aber weder dem Atom Express noch der Atommüllzeitung möglich, so kurze Zeit nach erscheinen der jeweils letzten Ausgabe eine „ganze“ Zeitung zu machen. Beide Redaktionen haben personelle Probleme, und es ist - vom Artikelschreiben bis zum Verschicken - immer eine enorme Arbeitsbelastung, der die einzelnen Leute ausgesetzt sind.

Die Alternative wäre gewesen, erst nach der Sommerpause wieder zu erscheinen, und zwar getrennt. Hinzu kommt, daß sich für beide Zeitungen im AKW-Bereich die Bearbeitung derselben konkret anstehenden Themen gestellt hätte: die Entwicklung in Lüchow-Dannenberg, die Situation am bayer. WAA-Standort Schwandorf, die drohenden Inbetriebnahme des maroden Siedewasserreaktors in Krümmel, Standortberichte usw. Dies konnten wir jetzt arbeitsteilig und zusammen machen.

Auf unsere jeweiligen „Spezialgebiete“ - wissenschaftlich-technische Hintergrundinformationen zu Einzelaspekten der Entsorgung bei der Atommüllzeitung, Diskussion und Positionen in der Friedensbewegung beim Atom Express - brauchen die Leser/innen trotzdem nicht zu verzichten.

Wir freuen uns auf Reaktionen zu diesem Experiment.

INHALT

Dragahn / Gorleben	
Dragahn Chronologie, 3. Teil	4
Endlager - Abschlußdialog	6
Atommülltransporte	10
Fasslager: Keine Gefahr?	14
Widerstand im Wendland	15
Demo gegen Krümmel	18
Schwandorf	
Wie weiter nach der Pfingstdemo	19
Beitrag aus Regensburg	22
Kurzmeldungen	23
Brüter Hearing '83	26
THTR - Ist es nicht schon zu spät	28
AKW-Sicherheit nicht mehr gefragt	30
Anti-Militarismus	
Neues vom Stationierungserbst	31
Regionalkonferenz Nord, Redebeitrag	32
Military Sealift-Command, Bremerhaven	33
US-Propaganda Show	35
Rekrutenvereidigung Göttingen	37
Ein bischen Frieden	38
Gummigeschosse: Humane Waffen mit gebremster Gewalt	39
Kriminalisierung	44
Schacht Konrad Prozeß gegen Elmar	45
Haftbefehle bei RADIKAL	48
Energiebroschüre	49
Leserbriefe	50

ENDSTATION • ALLES AUSSTEIGEN

Dragahn Chronologie

Teil III

31.3.83 Die DWK teilt dem niedersächsischen Ministerium für Bundesangelegenheiten mit, daß sie den Standort Dragahn akzeptiert und für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren benannt hat.

6.4.83 Der DGB erklärt den Bau einer WAA in Dragahn oder Schwandorf für unwirtschaftlich. Der Betrieb wäre so teuer, (notwendige staatl. Zuschüsse pro Jahr: 375 Mio. DM), daß die möglicherweise entstehenden 1500 Arbeitsplätze kaum als sicher gelten können.

6.4.83 Die Bundesregierung verabschiedet einen Bericht, demzufolge das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für Kernenergieanlagen beschleunigt werden soll.

6.4.83 Die Grünen im niedersächsischen Landtag äußern den Verdacht, daß den Mitgliedern der kommunalen Gremien, die über die WAA abgestimmt haben (Kreistag Lüchow-Dannenberg, Samtgemeinde Dannenberg, Gemeinde Karwitz) von Albrecht "Neutralisierungsgelder und Stillhaltermillionen" in Form von Sondermitteln für Agrarstrukturmaßnahmen versprochen worden sind. Gemäß § 26 der niedersächsischen Gemeindeordnung dürfen Gemeinderäte nicht an Abstimmungen teilnehmen, aus denen sie persönlichen Nutzen ziehen können.

9.4.83 Der Bezirksausschuß der Jungen Union Lüneburg spricht sich für eine WAA in Dragahn aus. Er glaubt, daß auftretende technische Probleme beherrschbar seien und die Kritikerbefürchtungen vor Atomstaat nur "Stimmungsmache gegen unsere Staat sind."

11.4.83 Weil er die WAA-Pläne seiner Partei nicht mittragen kann, tritt der CDU-Fraktionsvorsitzende im Dahlenburger Samtgemeinderat, Heinz Meier, von allen seinen Ämtern zurück.

12.4.83 Auf dem CDU-Kreistagsparteitag in Breese wird u.a. durch MdL Grill und MdB Schröder das engagierte Eintreten vieler Pastoren aus dem Landkreis gegen die WAA kritisiert. Schröder: "Entscheidende Aufgabe der Kirchen ist die Seelsorge. Bei manchen Theologen hat sich jedoch das Mißverständnis eingeschlichen, daß die Kirche ein politisches Mandat wahrzunehmen habe. Dieses hat sie nicht."

13.4.83 Der Vorstand der niedersächsischen Landtagsfraktion, in der das Projekt WAA zwar zunächst begrüßt worden war, der Standort Dragahn später aber als ungeeignet erklärt wurde, unternimmt eine 'vertrauliche' Reise in den Landkreis Lüchow-Dannenberg, um Dragahn genauer zu inspizieren.

14.4.83 Der niedersächsische Regierungssprecher von Poser teilt mit, daß die Vorprüfungen für das Raumordnungsverfahren bald abgeschlossen sein werden. Ziel eines Kriterienkataloges des niedersächsischen Innenministeriums, nach dem das Raumordnungsverfahren durchgeführt werden soll, ist es, Dragahn im Landesraumordnungsprogramm als Vorrangstandort für industrielle Großanlagen auszuweisen. Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsens von 1980 hatte dieses Gebiet noch eine besondere Bedeutung für die Erhaltung von Natur und Landschaft, Wassergewinnung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Erholung.

19.4.83 Der Uelzener Kirchenkreistag äußert seine Besorgnis über den geplanten Bau der WAA Dragahn.

20.4.83 Der Landvolk-Bezirksverband Waddewitz spricht sich mit 26 zu 17 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, gegen die WAA aus.

20.4.83 Auf einer Tagung in Amelinghausen lehnt die Lüneburger FDP-Kreistagsfraktion den Bau der WAA ab.

23.4.83 Drei AKW-Gegner der Offenen Bürgergruppe Bad Bevensen werden in Hannover aus dem Landtag geschmissen, weil sie mit einem Transparent gegen die WAA Dragahn demonstriert haben.



23.4.83 Der neugewählte Vorsitzende des Fremdenverkehrsvereins Wendland, Norbert Distler, kündigt für den Fall einer positiven Entscheidung von Seiten des Fremdenverkehrsvereins zum Bau der WAA in Dragahn seinen sofortigen Rücktritt an.

26.4.83 Albrecht gibt in Hannover seine Regierungserklärung zu Dragahn ab. Der Standort wurde gewählt, weil man sich durch den Bau der WAA "wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in dieser strukturschwachen Region" erhofft. Bei den drei übrigen Landtagsfraktionen stößt er mit seiner Erklärung auf massive Kritik, wobei sich der Widerstand von SPD und FDP auf Dragahn als Standort, nicht aber auf die WAA generell bezieht. Die FDP spricht sich weiter für Gorleben als WAA-Standort aus.

30.4.83 Mit über 50 AKW-Gegnern aus Norddeutschland findet in Gülden das erste bundesweite Koordinationstreffen für die Sommercamps in Lüchow-Dannenberg statt.

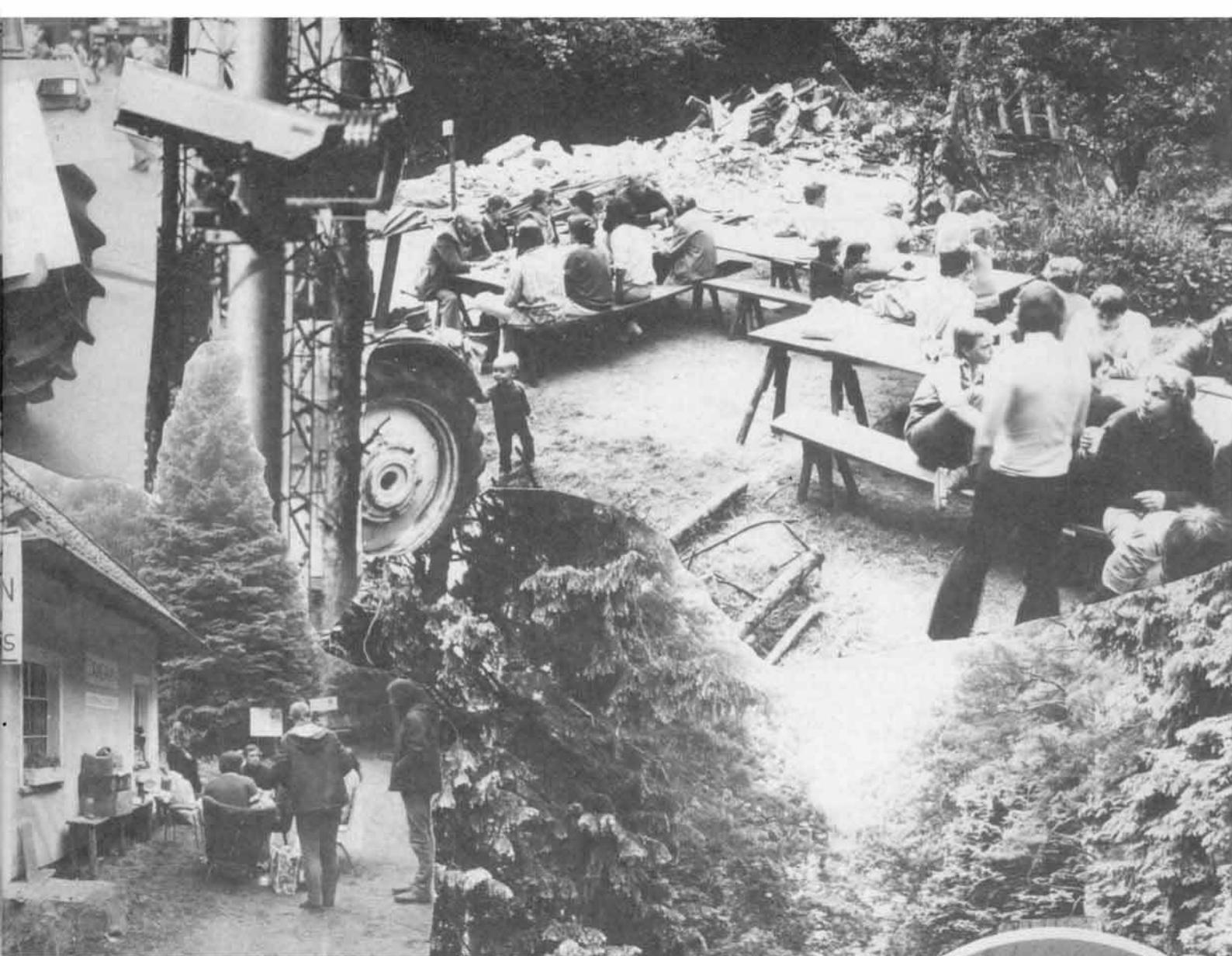
2.5.83 Die CDU-Landtagsfraktion fordert die DWK eindringlich auf, die WAA nicht in Schwandorf/Bayern, sondern in Dragahn zu bauen. Man sei entschlossen, "die WAA in Dragahn auch gegen die engagiertesten Kritiker und Demonstranten durchzusetzen."

3.5.83 Der SPD-Unterbezirk Uelzen erklärt seine ablehnende Haltung gegenüber einer WAA in Dragahn oder anderswo.

4.5.83 Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) befürchtet das Ende der Demokratie, fall sich im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Bürgerwehr gegen Atomkraftgegner bildet und sichert daher eine 'entsprechende Polizeipräsenz im Landkreis' zu.

4.5.83 SPD und FDP drängen im niedersächsischen Landtag weiterhin darauf, daß sich Albrecht im Landkreis Lüchow-Dannenberg nach einem 'geeigneteren Standort als Dragahn' umsieht.

6.5.83 Als politischen Betrug am Wähler hat die BI Lüchow-Dannenberg Albrechts Regierungserklärung zu Dragahn bezeichnet. Die BI kritisiert, daß die Landesregierung weder einen Kriterienkatalog zur Standortwahl erstellt hat, noch daß sie eine unabhängige Begutachtung des Standortes plant. Die Tatsache, daß Dragahn in einem Landschaftsschutzgebiet liegt, findet keinerlei Berücksichtigung. Es stimme weder, daß Dragahn verkehrsmäßig gut erschlossen sei, noch daß ein leistungsfähiger Vorfluter vorhanden sei. Außerdem habe Albrecht, nachdem er schon sein Versprechen von 1981 (keine WAA in den Landkreis Lüchow-Dannenberg) gebrochen habe, angekündigt, die WAA nicht gegen den Willen der Betroffenen Verbände zu bauen. In der Region haben sich bis jetzt 71 Verbände, Kommunen und Gruppierungen gegen, und nur sechs für den Bau der WAA ausgesprochen.



7./8.5.83 In Trebel findet die Atomwülfkonferenz statt, auf der die ca. 90 Teilnehmer das politische Offenhalten der Frage, ob die WAA nach Schwandorf oder Dragahn kommt, als bloÙe Augenwischerei bezeichnen. Weil die anfallende Menge Atomwülf für zwei Anlagen ausreichen wird, werden wohl beide WAA's gebaut werden.

9.5.83 Die DWK stellt der Landesregierung das technische Konzept der WAA vor und präsentiert auch gleich Entwürfe, wie so ein Ding in Dragahn aussehen würde, ohne sich jedoch auf einen der beiden potentiellen Standorte, Dragahn oder Schwandorf, festzulegen. Dabei wird einmal mehr deutlich (und die DWK gibt das auch zu!), daß die Zurückhaltung einer Reihe fegefährlicher Radionukleide, z.B. Krypton 85 und Jod 129 weder geplant noch technisch möglich ist.

11.5.83 Der SPD-Unterbezirk Lüneburg verabschiedet mit 38 gegen 6 Stimmen eine Resolution gegen die WAA-Dragahn.

12.5.83 Bei einem Inforamtionsabend der Info-Stelle des Bundes und des Landes in Dannenberg versuchen einige Missionare der Atomindustrie, ähnlich einer Waschmittelwerbung, die Behauptung zu verkaufen, daß durch ein AKW oder eine WAA *"keinerlei Beeinträchtigung der Gesundheit der Bevölkerung und der dort arbeitenden Menschen durch Strahlen"* zu erwarten sei und die Krebsgefahr nicht zunehme.

13.5.83 Ernst Albrecht in Lüneburg! Bei der Jahreshauptversammlung des Vereins Naturschutzpark erdreistet er sich zu behaupten: *"Der Naturschutz ist mir eine Herzesangelegenheit,"* was er durch eine Steigerung im Landesetat für Naturschutz von 5 auf 21 Mio.DM (wo er die wohl her hat?) unterstreichen will. Ca. 600 AKW-Gegner meinten jedenfalls, daß gerade Albrecht nicht das Recht hat, sich als Naturschützer zu profilieren und bereiteten ihm einen gebührenden Empfang. Dabei wurden sie von einigen Hundertschaften Polizei daran gehindert, ihren Protest direkt im Fürstensaal des Rathauses, wo das 'Naturschutz-Spektakel' über die Bühne geht, kundzutun.



19.5.83 Die DWK hat Hauswurfsendungen verteilt, in den sie zur Teilnahme an einem Frowettbewerb aufruft. Motto: 'Unsere schöne Heimat'!!!

20.5.83 Der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit bestätigt vor dem Landtag, daß die DWK bereits im Juni mit Probebohrungen für die Standortuntersuchungen beginnen wird. Voraussetzung für die ca. 600 Bohrungen ist die Abholzung von zunächst 5 ha Wald.

23.5.83 Aus Protest gegen die geplanten Rodungen besetzen ca. 100 Dorfbewohner aus der Region rund um Dragahn ein leerstehendes Bahnwärterhaus im Dragahner Forst und richten eine Info-Stelle ein.

27.5.83 Nach einer Landtagssitzung heißt es, daß statt der geplanten 600, angeblich nur noch 150 Probebohrungen durchgeführt werden sollen. An der Tatsache, daß dafür die ersten fünf von insgesamt geplanten 250 ha völlig intakten Waldes abgeholzt werden müssen, ändert das jedoch nichts.

31.5.83 Nachdem ihnen eine vom Dannenberger Samtgemeindedirektor Kollan unterzeichnete Räumungsverfügung übermittelt worden ist, verlassen die zur Zeit anwesenden 15 Besetzer freiwillig das Bahnwärterhäuschen. Zunächst bleibt die Räumung nur vorläufig, weil eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg abgewartet werden muß. Die Pastoren May und Maierhofer aus Hitzacker und ein BI-Mitglied hatten eine einstweilige Verfügung gegen die Räumung beantragt, die aber am selben Abend noch abgelehnt wurde.

1.6.83 In aller Frühe rücken Planiererraupen an, um das Bahnwärterhäuschen abzureißen, weil befürchtet wurde, daß daraus ein "Kristallisationspunkt für engagierte Kernkraftgegner werden könne, von dem Gewalt ausgehen könne". Auftraggeber des Spektakels war die bundeseigene Industrie- und Verwaltungsgesellschaft, der das Gelände gehört.

VORHER ...



... NACHHER



Waldfrevel, darum:

Bahnwärterhaus besetzt

Am 23. 5. 1983 besetzten etwa 100 Menschen aus der Umgebung von Dragahn ein ehemaliges Bahnwärterhäuschen im Dragahner Forst. Das Haus wurde als Informationsstelle eingerichtet und sollte Besucher über die Atomanlagen im Wendland informieren. Das Häuschen lag am ehemaligen Gleiszubringer von Puddripp zur Industrie Verwaltungsgesellschaft (IVG), der auch das Haus gehörte. Es wurde am 1. 6. morgens um 7.00 Uhr binnen Minuten von einer Planiererraupe zerstört.

Gleich nach dem Einzug am 23. 5. wurde damit begonnen, das Haus wieder herzurichten. Türen, Fenster, Blumenkästen und Farbe ließen das verwahrloste Haus wieder wohnlich aussehen. Danach folgten Info-Material, Fahnen, Transparente und Plakate. Wegweiser zeigten den Weg zur „Bürgerinformation am Bahnwärterhaus“. In der Begründung der Aktion wird auf die Auswirkungen des Waldsterbens hingewiesen. Es heißt weiter, daß „...der Plan der niedersächsischen Landesregierung, große Flächen des Dragahner Forstes für den Standort einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe abzuholzen, völlig unverständlich erscheinen. Der Dragahner Wald ist intakt. Nach den Planungen sollen mindestens 250 ha gerodet werden. Das heißt rund 2,5 Millionen Bäume müßten sterben. Das extrem hügelige Gelände müßte eingeebnet werden, die Folge: klimatische Veränderungen und die Zerstörung der landwirtschaftlich genutzten Region.“

Für die bevorstehenden Baugrunduntersuchungen (160 Bohrungen) müßten insgesamt 5 ha Wald vernichtet werden. Dieses Bohrprogramm soll in 14 Tagen durchgezogen werden; die Bohrungen reichen bis zu einer Tiefe von 100 m.

Da das Landesraumordnungsprogramm den Dragahner Forst, der wirklich sehr schön ist, noch als Landschaftsschutzgebiet ausweist, wäre jeder Eingriff gesetzlich verboten. Es zeigt aber auch, daß die DWK und die niedersächs. Landesregierung rücksichtslos ihre Pläne durchpeitschen wollen. Während der 10 Tage Hausbesetzung liefen dort mehrere Veranstaltungen; z.B. wurden Filme gezeigt und ein Gottesdienst abgehalten.

Am 31. 5. erschien die Polizei um eine von der Samtgemeinde Dannenberg erlassene Räumungsverfügung auszuführen und forderte die etwa 150 Besetzer, die durch 15 Traktoren von Mitgliedern der bäuerl. Notgemeinschaft unterstützt wurden, auf, das Gebäude zu verlassen. Zwei Pastoren und ein BI-Vorständler reichte beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Räumungsverfügung ein. Die Räumung konnte lediglich um einen Tag verzögert werden. Noch etwa 30 Leute sahen am Morgen der Zerstörung zu. Die Polizei hatte nichts weiter zu tun. Die Samtgemeinde (und nicht nur die) hatte Angst, daß das Bahnwärterhäuschen zum „Kristallisationspunkt für engagierte Kernkraftgegner“ würde, von dem „Gewalt“ ausgehen könnte. Man fürchtete ein neues 1004, wenn wie „in der Berliner Tageszeitung vom 5. zu lesen sei, ein Sommercamp in Dragahn errichtet werde“. „Gesetzesverstöße“ und „Ordnungswidrigkeiten“ der Besetzer sollen u.a. gewesen sein: Hausfriedensbruch, unbefugter Aufenthalt im Wald!

Trotz der Zerstörung kehrt immer wieder Leben in den Wald zurück, z.B. Sonntag Nachmittags treffen sich viele zum Kaffeetrinken, Kuchenessen und zum Reden, so auch die letzte Regionalkonferenz. Erzählt wird auch, daß die Vermessungspunkte kaum noch da sind, wo sie mal hingesetzt wurden.

Uns den Wald und nicht der DWK!!!

Abschlußdialog

Millirem-Prognosen als Eignungskriterien für den Salzstock Gorleben

Im Oktober 1977 – zu einem Zeitpunkt als die politischen Zweifel an der Verantwortbarkeit der Atomenergienutzung einen Höhepunkt erreicht hatten – gaben die beiden nuklearen Beratungsgremien des Bundesministers eine zukunftsweisende Erklärung über die Lösbarkeit des Atommüllproblems ab.

Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission stellten fest: „bei Endlagerung radioaktiver Abfälle in dazu geeigneten Salzstöcken ein sicherer Abschluß gegen die Biosphäre erreicht werden könne“ Begründet wurde dies unter anderem mit der „außerordentlichen Stabilität der Salzstöcke“; in den vergangenen etwa 60 Mio Jahren (während des Tertiärs und Quartär) hätten sich „Form und Länge eines Salzstockes wie Gorleben nicht verändert“. „Man kann daher (. . .) aus geologischer Sicht davon ausgehen, daß Salzstöcke die radioaktiven Abfälle (. . .) sicher verschließen werden“, hieß es. Mächtige Ablagerungen von Steinsalz seien deshalb „besonders gut geeignet, die darin gelagerten Stoffe hermetisch gegen die Umgebung abzuschließen, weil Steinsalz aufgrund seiner Plastizität frei ist von offenen Klüften, in denen Flüssigkeit oder Gase zirkulieren können bzw. (. . .) mit der Erdoberfläche in Kontakt stehen könnten“. Diese Erklärung zur „grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums“ war wichtigstes Prüfungskriterium in den 1977 verabschiedeten „Grundsätzen zur Endsoortungsvorsorge“ der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundesministeriums.

Ihr deutlich positiver Tenor entschärfte damals das Atommüllproblem sowohl auf politischer als auch auf juristischer Ebene. Genehmigungen zum Bau neuer Atommeiler konnten erteilt werden und passierten (wenigsten) in Bezug auf die Entsorgungsfrage etwaige verwaltungsgerichtliche Hürden. Soweit zur Geschichte.

Inzwischen – so auf der Informationsveranstaltung des Bundesministers für Forschung und Technologie Ende Mai 83 in Hitzacker, Landkreis Lüchow-Dannenberg – wird nicht mehr

bestritten, daß sich die Experten des Bonner Innenministeriums damals irrteten.

Der Salzstock Gorleben sei „nicht in der Lage eine künftige Kontamination der Biosphäre zu verhindern“, bemerkte die bei den Untersuchungen federführende PTB. Sowohl im Tertiär, als auch in Quartär – dem andauernden Erdzeitalter – haben sich Form und Lage des Salzstocks merklich verändert. Allein im Tertiär ist der Salzstock in Bezug auf seine Umgebung etwa einen Kilometer aufgestiegen. Von dem aufgestiegenem Salzstock sind die oberen 500 m später wieder abgespült worden (Dr. Vierhuff, Hannover). Während mehrere Ablaugungsphasen im Quartär sind mindestens 3 Kubikkilometer Salz vom Grundwasser weggeschwemmt worden (Prof. Duphorn, Kiel). Das der Salzstock in seinem Ostteil (der jenseits der Elbe bzw. der deutsch-deutschen Grenze liegt) noch derzeit langsam emporwächst – um einige Millimeter in 100 Jahren – belegen geowissenschaftliche Arbeiten aus der DDR. (Ansonsten kann der jenseitige Salzstockteil nicht untersucht werden.) Er bewegt sich also doch.

Bereits seit längerem ist bekannt, daß das Deckgestein über dem Salzstock keine abdichtende Sicherheitsbarriere darstellt: Zwischen oberem und unterem Grundwasserstockwerk ist keine durchgehende Tonschicht vorhanden; auch die Salzstockkappe – der sog. Gipshut – ist nach oben hin nicht durchgehend mit Ton abgedichtet; der Hut wiederum ist durchbrochen, an mehreren Stellen liegt grundwasserhaltiger Sand unmittelbar auf dem Salz auf. Diese Eigenschaften des Salzstock-Überbaus verstoßen gegen drei Kriterien, die unser Nachbarland Holland für die Auswahl von Salzstöcken zur nuklearen Endlagerung seinerseits aufgestellt hat. Diesem Negativ war nun von den Salzforschern der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit dem Argument begegnet worden, das auf dem Salz aufliegende Wasser befände sich seit Jahrtausenden in Ruhe und sei unbeweglich.

Diese optimistische Annahme muß

nun verworfen werden. Messungen, von denen in Hitzacker berichtet wurde, haben ergeben, daß sich das Wasser recht munter bewegt. Es erreicht Geschwindigkeiten, die anderswo im Grundwasser knapp unter der Erdoberfläche vorgefunden werden (Prof. Duphorn). Hinsichtlich der salzhaltigen Quellen, die sich bei Gorleben finden, wurde früher vermutet, daß sie von der Ablagerung weiter weg befindlicher Nachbarsalzstöcke gespeist würden. Jetzt wird eingeräumt, daß das Salzwasser „ziemlich sicher“ aus dem Salzstock Gorleben stammt. Nach Schätzungen werden gegenwärtig pro Jahr bis zu 10.000 Kubikmeter Salzstockvolumen abgelaut (Dr. Giesel, Hannover). Er verformt sich also alljährlich.

Bei allen vier durchgeführten Tiefbohrungen traf man auf Klüfte. Aus ihnen floß kubikmeterweise Lauge. Die mutmaßlichen Fließdistanzen betragen bis zu einigen Hundert Meter (Prof. Herrmann, Göttingen). Auch fand man Gas, das langsam aber permanent aus dem Salz ausströmte. Offenbar können Gase und Laugen im Salzstock durchaus zirkulieren. Weiterhin wurde festgestellt, daß die angetroffenen Laugenwasser nicht aus der Zeit der Entstehung des Salzstocks stammen. Sie sind erst später aus dem umliegenden Gesteinen in das Salz eingedrungen. Laut Pr. Herrmann ist es durchaus denkbar, daß sich nach Einlagerung wärme produzierenden Atommülls die früheren Wasserwegsamkeiten wieder öffnen.

Der vorliegende Befund ist bedenklich. Nicht nur fehlen geologische Barrieren, die den Transport radioaktiver Stoffe in die Biosphäre verhindern könnten, im Deckgestein oberhalb des Salzes – der Salzstock selbst scheint wegen mangelnder Dichtigkeit und Formbeständigkeit nicht die Sicherheit zu bieten, die man einst von ihm erhofft hatte. Salz mag das weltweit sicherste Endlagermedium darstellen, solange es trocken bleibt. Dringt jedoch Wasser ein, stellt Salzlauge, noch dazu wenn sie durch Atommüll aufgewärmt wird, wohl einen der chemisch aggressivsten Stoffe dar, den man sich innerhalb geologischer Formationen unter Tage vorstellen kann.

Bei der Bewertung der Realisierbarkeit eines nuklearen Endlagers bei Gorleben scheinen die Politiker seit 1977 von unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen zu sein. Doch bleibt dies offenbar vorerst ohne Folgen. Gemäß dem Bundesministerium (Mai 83) hat die bisherige Erkundung des Salzstock Gorleben "insgesamt gute Ergebnisse gebracht". Er sei weiterhin eignungshöflich, die Untersuchungen müßten unter Tage – durch Anfahren eines unterirdischen Bergwerks – fortgesetzt werden. Ergebnisse dieser (ca. 1 Milliarde DM teuren) Erkundung seien bis 1992 (!) zu erwarten.

Wie wird dieses beharrliche Festhalten am wasserumspülten Salzstock Gorleben begründet? Den wissenschaftlichen Angelpunkt der bundesbehördlichen und ministeriellen Betrachtungsweise stellt das Resultat einer Millirem-Prognose dar, die im Rahmen des sog. "Projekts Sicherheitsstudien Entsorgung" (PSE) durchgeführt worden ist (Prof. Memmert, Berlin). Zum Ablauf einer späteren Auslaugung der Atom-müllagerstätte hatte man hier ein analytisches Modell konstruiert. Damit wird die Kontamination des oberflächennahen Grundwassers und die Aufnahme von Radionukliden durch den künftigen Menschen in Lüchow-Dannenberg rechnerisch simuliert. Es ergab sich, daß ein Wassereintrich in das Endlagerbergwerk nach 56.000 Jahren zu einer maximalen Strahlenbelastung von jährlich 340 Millirem führen werde. Verantwortlich für die Umweltbelastung ist vor allem das Atom-müllnuklid Neptunium 237 mit seiner nicht geringen Halbwertszeit von gut 2 Millionen Jahren. Die verabreichte Strahlendosis ließe sich laut Prognose auf 34 Millirem jährlich herabsetzen, wenn man das gegenwärtig geplante Einlagerungskonzept für den radioaktiven Abfall

noch modifizieren würde. Wie ist dies zu bewerten? Gemäß einer Empfehlung der bereits erwähnten Reaktorsicherheitskommission ist diese alljährliche Strahlendosis um ein nukleares Endlager zuzumuten. Über die Motive die zur Wahl des amtlich benutzten Atom-müllverseuchungsgrenzwerts von 30 Millirem pro Jahr führen, ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt geworden. Vermutlich hat der zur Zeit für den Normalbetrieb kerntechnischer Anlagen gültige Bestrahlungsgrenzwert von 30 Millirem pro Jahr (über dem Wasserpfad) als Richtschnur gedient. Das Übernehmen dieses Grenzwertes als rechnerisches Kriterium für die Eignung eines nuklearen Endlagers erscheint aus folgenden Gründen als fragwürdig:

Wird ein Überschreiten der zugelassenen radioaktiven Freisetzung beim normalen Betrieb kerntechnischer Anlagen festgestellt, eröffnen sich für die Aufsichtsbehörde diverse Handlungsmöglichkeiten: Anordnen von Teillastbetrieb, Einbau von Filtern oder Stilllegung des Werkes. Technische Korrekturmaßnahmen zur Wiederherstellung (wenigstens) des ursprünglichen Zustands radioaktiver Emission sind möglich.

Grundsätzlich anders ist dies bei einer Leckage eines nuklearen Endlagers. Ein Wassereintrich in eine geologische Formation, viele Hundert Meter unter der Erdoberfläche hat praktisch irreversiblen Charakter. Unterirdisches Ablaugen von Atom-müll ist nicht reparierbar. Eine dadurch einge-

leitete Verseuchung ist von außerordentlicher Dauerhaftigkeit. Das Problem liegt nun darin, daß nicht garantiert werden kann, heute vorgelegte Millirem-Rechnungen enthielten keine Fehler. Die Kalkulationen beruhen auf einer Vielzahl von Annahmen-u.a. hinsichtlich Ablaugungsgeschwindigkeit, Radionuklidwanderung, Wasserwegsamkeit im Salzstock, Schichtaufbau des Deckgebirges. Nach eigenen Aussagen der Analytiker ist es durchaus denkbar, daß derzeit bestimmte Sachverhalte rechnerisch unterschätzt werden.

Nach einem international gültigen Prinzip des Strahlenschutzes jede zusätzliche radioaktive Bestrahlung "so gering wie möglich" bzw. "so gering wie vernünftigerweise erreichbar" zu halten. Dieser auch in die deutsche Strahlenschutzverordnung aufgenommene Grundsatz trägt der Tatsache Rechnung, daß nach derzeitigem Wissensstand keine unschädliche Strahlendosis existiert, bzw. die Erkenntnisse über die biologische Wirkung radioaktiver Bestrahlung als nicht für alle Zeiten abgeschlossen gelten kann.



„Demo“ in 120 Metern Höhe Kernkraftgegner besetzen NDR-Sendemast in Zernien

Zernien. Ihren Protest gegen die Fortsetzung der Arbeiten am Endlager für radioaktive Abfälle in Gorleben und die Pläne für eine WAA unterstrichen am Sonnabendmorgen sechs Atomkraftgegner aus Lüchow-Dannenberg mit einer Besetzung des NDR-Sendemastes bei Zernien. Nachdem sie zwei große Transparente mit den Forderungen „Baustopp“ und „WAA nie“ entrollt hatten, verließen sie nach rund sechsstündigem Aufenthalt die 60 und 120 Meter hohen Plattformen des Mastes, ohne daß die Polizei eingreifen brauchte.

Ursprünglich hatten die Kernkraftgegner auf den Sendeanlagen am Hühbeck demonstrieren wollen. Doch als sie nachts dort auftauchten, fanden sie das Gelände von der Polizei, die offenbar „Wind“ von dem Vorhaben bekommen hatte, gut bewacht. Kurzerhand führten die Demonstranten ihr Vorhaben in Zernien aus. Die Polizei erfuhr erst spät von dieser Änderung. So wollten die sechs Kernkraftgegner ihre Aktion am Sonnabend gegen 10 Uhr bereits beenden, noch bevor der erste Streifenwagen eingetroffen war. Nur das Erscheinen der Beamten veranlaßte sie, für kurze Zeit noch einmal auf die windigen Plattformen zu steigen. Nach der Zusicherung, daß beim Verlassen des Mastes lediglich ihre Personalien festgestellt wurden, verließen die sechs Lüchow-Dannenberg die Anlage endgültig. Besonders gelassen nahm die Aktion ein Vertreter des Hausverens, des NDR. Mit der Zusicherung der Demonstranten, daß die Türen

dem „Hearing“ am Wochenende in Hitzacker für März und April 1983 das Verlegen eines Kabels den Bau von Wasserleitungen und Erdarbeiten vor. Die BI befürchtet, daß angesichts eines Kostenaufwandes von zwei Milliarden DM für das Abteufen des Schachtes in den nächsten 10 Jahren Sachzwänge geschaffen werden. Nach diesen Investitionen werde auf jeden Fall Abfall eingelagert.

In einer Erklärung der Besetzer heißt es: „Wir haben den Sendemast besetzt, damit überall im Lande bekannt wird, daß mit dem Abteufen eines Schachtes – womit noch in diesem Jahr zu rechnen ist – der Bau eines Endlagers beginnt. Wir wollen erreichen, daß die Einwände und Bedenken der Bürgerinitiative bezüglich des Salzstockes Gorleben Verbreitung finden.“ Nach Ansicht der Bürgerinitiative wird mit dem Abteufen eines Schachtes in Gorleben erneut eine Zusage gebrochen. Innenminister Baum habe dem BBU zugesagt, vor einer Entscheidung über das Abteufen eine erneute Anhörung stattfinden lassen. Dagegen sehe der Zeitplan der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) bereits vor

offen sei nur die Frage, ob dazu auch hochradioaktiver Müll gehöre. Der von der PTB bereits 1982 vorgelegte Rahmenbetriebsplan bedeute die Einspruchsrechte der Bürger mit einem Trick auszuhebeln. Er beruhe auf dem Bergrecht, das keine solchen Einspruchsmöglichkeiten vorsehe, und nicht auf dem Atomgesetz, meint die Bürgerinitiative. Aus diesen Gründen schied sie die BI der Forderung der Besetzer nach einem Stopp aller Infrastruktur- und Baumaßnahmen für das Abteufen eines Schachtes an.

-fk-

Der Bürgerdialog ist vorbei

Im Rahmen des Bürgerdialogs Kernenergie fand am 27./28. Mai in Hitzacker eine Veranstaltung des BMFT statt, die die ersten Baumaßnahmen des Endlagers Gorleben propagandistisch vorbereiten sollte. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg die bisher an derartigen Veranstaltungen mitgewirkt hatte, machte – sehr zum Verdruß der Herren des BMFT – dieses Mal nicht mit. Als Begründung führte die BI an:

1. Erneut wird eine Zusage gebrochen: Mit Brief von 11. Mai 1981 des Bundesinnenministers Baum an den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zu hdn. von Herrn Janning heißt es: "Dagegen bestätige ich Ihnen gerne nochmals, daß vor einer Entscheidung über das Abteufen von Erkundungsschächten nochmals eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Bohrungen stattfinden wird."

Im krassen Gegensatz dazu steht der Terminplan der DBE, z.B. Verlegung des Doppelpfels von Lüchow zum Abteufplatz (März/April 83), Abwasserleitung und Wasserleitung von der K2 bis zum Abteufgelände (März/April 83), Räumung des Geländes und Erdarbeiten (Februar/März 83) und anderes mehr. Das spricht für sich.

2. Die PIB/DBE hat ungeachtet aller wissenschaftlichen Einwände gegen die Tauglichkeit des Salzstockes Gorleben bereits 1982 einen Rahmenbetriebsplan vorgelegt. In den nächsten 10 Jahren sollen mit einem Kostenaufwand von ca. 2 Milliarden DM die Schächte abgeteuft, Strecken und Grubenräume aufgefahren werden. 18qkm sollen untertägig erschloßen werden. Mit anderen Worten: das Bergwerk wird gebaut! Der Trick der PTB/DBE besteht darin, daß dieses alles nach Bergrecht geschieht, d.h. ohne Einspruchsrecht betroffener Bürger.

3. Zu befürchten ist, daß angesichts dieses Aufwandes und der (noch niedrig) geschätzten Investitionen, auf jeden Fall Atommüll eingelagert werden wird. Veräterisch ist die Formulierung der PIB in ihrem Faltblatt "PTB aktuell" 8/82, daß die oben beschriebenen Baumaßnahmen die "wesentliche Frage" beantworten sollen, "ob die Sicherheit im Fall der Einlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle gewährleistet ist und welche Mengen in den einzelnen Bereichen des Salzstockes gelagert werden können."

Demnach geht es nur noch um die Restfrage, ob auch hochaktive Abfälle hier in Gorleben eingelagert werden können.

Die Bürgerinitiative weist in ihrer Stellungnahme des weiteren auf die doppelte Präjudiz, die WAA solle in der Nähe des Endlagers errichtet werden und umgekehrt, hin. Längst werde mit dem geplanten Endlager, das angeblich immer noch in der Erkundungsphase steht – letztlich wird bis zur Betriebsreife im Jahre 1994 "erkundet" (!) – wie mit dem Zwischenlager verfahren: beide gelten trotz ausstehender atomrechtlicher Genehmigungsverfahren bereits jetzt gerichtsbeständig als Entsorgungsnachweis und leisten der weiteren unverantwortlichen Produktion von Atommüll Vorschub.

Die BI fordert deshalb:

1. Stop aller Infrastruktur- und Baumaßnahmen, die der ersten Schachtabteufung dienen und damit dem Bau des Endlagers in Gorleben
2. Anstelle einer stereotypen Wiederholung der Formel "Nichts spricht gegen die Eignung", auf die die BMFT-Veranstaltung in Hitzacker wieder hinauslaufen wird – und so war es auch! – ein international besetztes geologisches Symposium zur Würdigung des Kritik am Salzstock in Gorleben.

Die BI wird die Anregung der letzten Atommüllkonferenz von Anfang Mai in Trebel, die Zusammenarbeit der Endlagerstandorte zu verstärken, aufgreifen. Geplant ist als Kontrapunkt zum Gesundreden und Gesundrechnen des Salzstocks eine gemeinsame Veranstaltung von kritischen Wissenschaftlern sowie Vertretern der Standorte Wolfenbüttel (Assell), Salzgitter (Schacht Konrad) und Lüchow-Dannenberg (Gorleben).

Paßt bloß auf

Atom(müll)transporte

Zur Nutzung der Atomenergie gehört auch der Transport radioaktiven Materials. Transporte finden jetzt in diesem Moment statt genauso gestern und vorgestern. Angefangen vom Transport zur Urananreicherung bis zum Transport von hochaktiven Müll aus AKWs zur WAA in La Hague und bald auch zurück in die BRD. Transportiert wird der Atom Müll mit allen Verkehrsmitteln: LKWs, Eisenbahnen und Schiffe. Sollte die Atommafia einmal über einen geschlossenen Brennstoffkreislauf verfügen, wird auch die Zahl der Transporte stark zunehmen. Besonders davon betroffen wird der Landkreis Lüchow— Dannenberg und die umliegende Region sein. Transporte ins Zwischenlager, ins Endlager Gorleben später auch zur WAA in Dragahn und zurück und kreuz und quer.

Die gesamte Problematik der Atomtransporte in einem Artikel zu erfassen ist unmöglich. Dieser Artikel wird sich daher hauptsächlich mit den zu erwartenden Transporten ins Wendland beschäftigen. Eine der nächsten Ausgaben der Atomzeitung wird mit dem Schwerpunkt Atom(müll)transporte erscheinen. Die meisten Informationen zu diesem Artikel stammen aus dem Buch "Atomtransporte" von J. Stellpflug, und J. Kremmler, herausgegeben von der Gruppe Ökologie und Greenpeace. Es kann bei der Gruppe Ökologie, Immengarten 3000 Hannover bestellt werden (7,80 DM +Porto).

Gebaut wird im Wendland das Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und das Lager für schwach- und mittelaktiven Müll. Das Endlager im Salzstock wird noch "erkundet". Die Zwischenlager werden voraussichtlich noch in diesem Jahr fertig sein. Danach muß sofort mit den Transporten für schwach- und mittelaktiven Müll gerechnet werden. Das vom Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg die Betriebsgenehmigung für das Fasslager erteilt wird, ist sicher. Für das Castorlager wird die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) wahrscheinlich Ende des Jahres einen für die Betreiber positiven Bescheid im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren erteilen. Bis dann kommen die Castorbehälter ins Wendland. Bis zu den ersten Atomtransporten von und zur WAA Dragahn (oder doch Gorleben) werden noch einige Jahre vergehen.

Die abgebrannten Brennelemente werden in den Transport- und Lagerbehältern Castor transportiert. Es gibt den Castor Ia, Ic und IIa (bisher), die 3,3t, 4,4t, bzw. 7,5t Brennelemente aufnehmen; Alle sind etwa 6m lang haben einen Durchmesser von ca. 2m und sind etwa 45cm dick. Die Transportbehälter sollen zum einen die radioaktiven Spaltprodukte von der Umwelt fernhalten und zum anderen sollen sie die Wärme der Brennelemente abführen. Genauso müssen sie dafür sorgen, daß die in den AKWs eingeleiteten Kernspaltungen nicht mehr stattfinden.

Nach der Entnahme aus dem Reaktor enthält der abgebrannte Brennstoff ca. 3% Spaltprodukte (u.a. 1% Plutonium und die Transurane Neptunium, Americium), die mit ca. 4,5 Mio Curie/t Uran nach 150 Tagen Abklingzeit strahlen. Außerdem entstehen beim Betrieb im AKW gasförmige Spaltprodukte wie Krypton, die sich in dem dafür vorgesehenen Spaltgasraum am Ende des Brennstabhüllrohres sammeln. Bei der Konstruktion einer "guten" Strahlenabschirmung ist zu beachten, daß große Mengen an Nachzerfallswärme (rd. 20kw pro t Uran nach 150 Tagen Abklingzeit) abzuführen sind. Strahlenabschirmung und Wärmeabgabe sind zwei gegensätzliche Ziele, weil z.B. eine

geringere Dicke der Behälterwand die Wärme zwar gut abführen würde aber die Strahlung unzureichend abschirmen wird.

Die Temperatur an der Behälteroberfläche beträgt immer noch ca. 80 Grad Celsius. Gekühlt werden soll durch den Fahrtwind. Über die Strahlenbelastung durch die Transportbehälter gibt es verschiedene Angaben, wegen der Entfernung, Strahlungsarten etc. Die Bestimmungen sehen Höchstwerte von 10 mrem/h in 2m Abstand vor.

Die Brennelemente werden in einem aus borierterm Edelstahl bestehenden Einsatzkorb in den Transportbehälter gesetzt. Das dem Stahl zugesetzte Bor soll die noch tätigen Neutronen absorbieren (aufnehmen, einfangen). Abgedichtet werden die Behälter mit einem 3-stufigen Dichtungssystem (2 axiale Elastomer und eine radiale Metaldichtung). Falls diese mal undicht werden während längerer Lagerdauer, ist es möglich, einen zusätzlichen Deckel aufzuschweißen. Sollte dieser auch mal defekt werden, hilft nichts mehr. Für die Elastomer Dichtungen geben die Betreiber selbst zu, daß es keine Langzeiterfahrungen gibt. In Gorleben wird die DWK dann eben die Erfahrungen sammeln und wenn es schief geht, kann man eben nichts machen. Bei der Sicherheit der Behälter protzen die Betreiber immer mit den Feuer— Fall— und Dichtigkeitstests. Um nur auf einen Punkt einzugehen: diese Tests bezogen sich auf einen Prototypen. Bis zum Jahre 2000 brauchen die Betreiber für ihren Müll einige 1000 bis 10.000 Behälter. Das bedingt Serienproduktion und die Fabrikationsfehler. Will mensch aber zu 99,9% sicher gehen das von 10.000 Behältern höchstens jeder 1000ste nicht den Anforderungen entspricht, müßten 5.000 Behälter geprüft werden. (nach H. Hirsch in einem Gutachten für die Enquete Kommission, siehe dazu auch Castorbehälter S. 5) Die Angaben über Wärmeabgaben, Gesamtdosisleistung und Fehler der Behälter beziehen sich nur auf unfallfreien Transport. Bei einem Unfall würden verschiedenste radioaktive Substanzen frei. Als Beispiel eine Tabelle aus dem anfangs erwähnten Buch:

Mechanismus	freigesetzte Menge	in welcher Zeit	Anzahl der späteren Todesopfer (250 Einw./km ²)
a) Freisetzung aus dem Spaltgasraum des Hüllrohres	5 Ci Cäsium-134 3 Ci Cäsium-137	Minuten	2
b) nur wassergekühlter Behälter: Aufheizen der Brennelemente auf 700° C und Verdampfen des Cäsiums	680 Ci Cäsium-134 380 Ci Cäsium-137	ca. 10 Stunden	200
c) vorrangig Trockenbehälter: Zirkaloy-Brand erhöht die Temperatur auf mehr als 700° C	680 Ci Cäsium-134 380 Ci Cäsium-137	ca. 30 Minuten	200
d) Oxidation der Brennstofftablettten bei mehr als 800° C	50.000 Ci Cäsium-134 30.000 Ci Cäsium-137	ca. 1 Stunde	8000
Sehr unwahrscheinliche, aber nicht unmögliche <i>Unfälle</i> .			
e) Schmelzen der Tablettten bei extrem schnellem und heftigem Zirkaloy-Brand	etwa wie d)	etwa wie d)	etwa wie d)
f) Zirkon-Wasserdampf-Reaktion bei 1000° C	etwa wie d)	etwa wie d)	etwa wie d)

Weitere Unfallmöglichkeiten mit all ihren Folgen werden dort auch behandelt. Und das Unfälle passieren werden ist vorprogrammiert.

Unfallbilanz der USA bei Atomtransporten Allgemein

Jahr	Gesamt	Luft	Straße	Schiene	Sonst.	Freisetzung
1974	64	38(59%)	25(39%)	1	0	29(45%)
1975	64	23(36%)	28(44%)	0	3	14(22%)
1976	82	10(12%)	52(63%)	0	0	38(46%)
1977	95	18(19%)	72(76%)	1	4	32(34%)
1978	55	7(13%)	46(83%)	0	0	5(9%)
	328	96(29%)	223(68%)	2	7	118(36%)

Quelle: Critical Mass Energy Project, P.O.Box 1538, Washington D.C. 20013

Im Jahre 1974 betrug die installierte AKW-Leistung in den USA rund 34.000 MW; etwa soviel wie voraussichtlich 1993 in der Bundesrepublik. 1978 waren es 52.000 MW; etwa soviel wie in der Bundesrepublik des Jahres 2000.

Das zeigt das Aufkommen der Transporte von abgebrannten Brennstoff: Im Jahr 1982 wurden 70 (240 t) 1990 werden 180 (640 t) und im Jahr 2000 (1.140 t) befördert. Für Gorleben bedeutet dies, daß pro Woche etwa zwei Transporte insgesamt 80 pro Jahr ankommen (ebenfalls nach anfangs erwähntem Buch).

ins Wendland

Gegenwärtig wird der bislang ausschließlich verwendete Straßentransport weitgehend durch den Bahntransport ersetzt. Die Betreiber gehen von einer geringeren Unfallgefahr aus. Was so, statistisch gesehen, auch richtig sein kann, übersehen wird dabei allerdings, daß die Züge schneller fahren. Für den Transport von Castorbehältern nach Gorleben muß eh davon ausgegangen werden, daß kaum auf der Straße transportiert wird, da die Straßen ins Wendland den Anforderungen unzureichend entsprechen. In Lüneburg z.B. wird eine Umgehungsstraße gebaut, da die Castor Transporte in Richtung Wendland, die Stadt nicht durchqueren können; für Dahlenburg ist auch eine Umgehungsstraße in Planung; bis die Straßen allerdings befahrbar sind, werden noch einige Jahre vergehen. So werden nach Gorleben gehende Castor Transporte dann mit der Bahn durchgeführt. Als Umladebahnhöfe sind Dannenberg und Wustrow in Vorbereitung (siehe Gorleben Aktuell Nr. 16). Von dort aus dann über die Straße ins Zwischenlager.

Bei den Transporten ins Fasslager für schwach- und mittelaktiven Müll sind andere Dimensionen zu erwarten. Das Lager hat ein Volumen von 35.000 Fass. Die Gefahren dieses Lagers wurden ausführlich in der Atommüllzeitung Nr. 21 behandelt. Wird das in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms angekündigte Atomprogramm verwirklicht, so ergibt sich folgendes Bild; es werden 1980 rd. 20.000 Fass 400 Waggons, 1990 58.000/1.660 Waggons zu transportieren sein. Vorausgesetzt ist nur der einmalige Transport. Das Fasslager in Gorleben könnte mit den Abfällen aus 1983 gefüllt (500 Waggons) sein. In der Vergangenheit produzierten AKWs rd. ein Drittel der schwachaktiven Abfälle; den größten Teil stellte die Versuchs WAA in Karlsruhe. Nur etwa 10% stammen von der Medizin.

Für die Genehmigung von Atom(müll)transporten sind die PTB, Braunschweig, und —zumeist— die Arbeits- und Sozialbehörden der Länder zuständig (§§ 19 und 22–24 Atomgesetz); Der PTB werden die Transporte gemeldet, wenn sie durchgeführt wurden. Die PTB kontrolliert natürlich nicht ob Transport und Sicherheitsbestimmungen eingehalten wurden; das

sollen die Gewerbeaufsichtsämter machen. Für die Beaufsichtigung ggfls. Bewachung und die Kontrolle über die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften ist die jeweilige Landespolizei zuständig. Die Polizei wird weniger dazu da sein, irgendetwas an den Transporten zu kontrollieren, sondern ganz klar, um dem Widerstand gegen Transporte zu begegnen. Die Transporte nach Gorleben werden selbstverständlich mit starker Präsenz von Staatsgewalt durchgeführt. In Hanau, das ja ein Zentrum der Atomfirmen ist, wo u.a. Plutonium verarbeitet, gelagert und hintransportiert wird, gibt es eine Spezialeinheit der Polizei zur Überwachung der Transporte und des Widerstandes. Die Einheit heißt "Kerntechnische Anlagen und Umweltschutz".

Transporte von abgebranntem Brennstoff, Plutonium und frische Brennstäbe aus hochangereichertem Uran oder Mischoxid müssen unter Polizeibegleitung durchgeführt werden. Und es ist davon auszugehen, daß zumindest die ersten Transporte von schwach- und mittelaktivem Müll ähnlich begleitet werden. Die genauen Sicherheitsmaßnahmen sind in einem geheimen Maßnahmenkatalog des BMI festgelegt. Die Region wird bei zunehmenden Transporten in den Landkreis Lüchow—Dannenberg ein Heerlager von Polizei sein. Ein weiterer Schritt in den totalen Staat.

Gegen die Atom(müll)transporte hat es auch schon immer Widerstand gegeben. Natürlich waren nicht alle Aktionen so spektakulär wie die Greenpeace Aktion zu La Hague, als im Oktober 1981 AKW-Gegner/innen im Hafen von Cherbourg fünf Tage lang einen Kran besetzten und die Einstellung des Atommüllumschlags erreichten (siehe Atommüllzeitung Nr. 18) oder auch im August 1981 als AKW-Gegner/innen mit einer mehrtägigen Eisenbahnblockade westdeutschen Atommülls die Einhaltung eines vorübergehenden Lieferstopps durchsetzten. (Siehe Atommüllzeitung Nr. 17) Zu solchen Aktionen ist es in der BRD zwar noch nicht gekommen, denn bisher wurde die Arbeit gegen Atom(müll)transporte hauptsächlich auf Öffentlichkeitsarbeit und öffentlichkeitswirksame, symbolische Aktionen beschränkt wie z.B. Fässer—Rollen, Transporte von Castor—Modellen, Go Ins bei zuständigen Behörden (Bundesbahn) Veranstaltungen, das Verfassen von "amtlichen Bekanntmachungen" (siehe Kasten) und Anfragen in den Parlamenten von Grünen und Alternativen. In Geestacht/Krömmel wurde im Juni 1981 die Anlieferung des Druckbehälters des Atomfrachters Otto Hahn mit einer Blockade behindert.

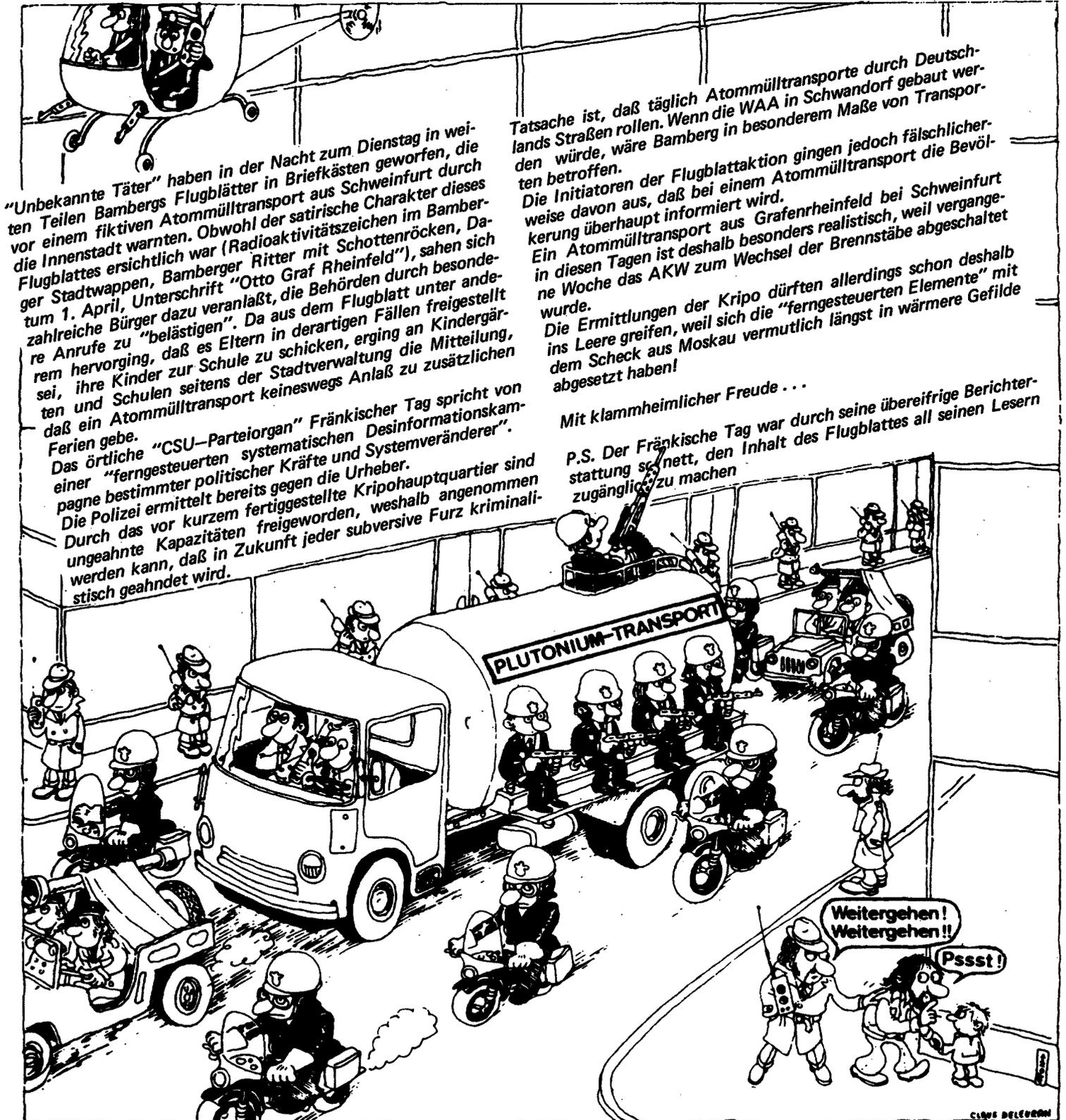
Erschwerend bei direkten Behinderungsaktionen gegen Transporte kommt hinzu, daß es schwer ist herauszubekommen wann ein Transport von abgebrannten Brennstäben ein AKW—Geände verläßt. Dies geschieht ja nicht sofort nach Brennelementwechsel bzw. nach Ende der Abklingzeit und es fehlen



noch weitgehend Kontakte zu AKW Arbeitern. In den Niederlanden müssen Transporte vorher amtlich bekannt gemacht werden. Die Fässer für schwach- und mittelaktiven Müll können genauso gut in einem ganz normalen LKW oder sogar PKW transportiert werden und wenn überhaupt weist nur ein kleines Schild auf die gefährliche Fracht hin und dafür benötigt man eben keine neuen Straßen oder Bahnhöfe. Nichts destotrotz gilt es für uns, diese "Probleme" aus der Welt zu schaffen, um Atom(müll)transporte nicht nur mit symbolischen Aktionen anzuprangern. Das Risiko was viele sehen, selbst bei Aktionen ver-

strahlt zu werden, ist schon sehr gering. Wir werden ja nicht bei einem Unfall Be- oder Verhinderungsaktionen durchführen. Im Normaltransport werden wir auch selten oder kaum die Gelegenheit haben, direkt mit den Behältern in Kontakt zu kommen. Das wird den Arbeitern und der Polizei vorbehalten bleiben. Wenn die Behälter dann später im Zwischenlager, im Endlager oder der WAA liegen, summieren sie sich in der Gefährlichkeit mit allen anderen Stoffen und die Leute, die in der Nähe oder der weiteren Umgebung wohnen, werden die Leidtragenden sein.

Genauso sollte in der Agitation gegen die Atom(müll)transporte mehr die Bedeutung fürs Atomprogramm in den Vordergrund gerückt werden. Dies gerade im Hinblick auf die ersten Transporte ins Zwischenlager, die ja wahrscheinlich mit schwach- und mittelaktiven Müll, angeblich aus Medizin und Forschung durchgeführt werden. Für diesen Müll ist die Akzeptanz, wie ja immer betont wird, größer. Und sollte es den Atommafiosos gelingen, die ersten Fässer ins Zwischenlager zu schmuggeln, sollen sie dafür auch einen möglichst hohen Preis bezahlen.



"Unbekannte Täter" haben in der Nacht zum Dienstag in weiten Teilen Bamberg's Flugblätter in Briefkästen geworfen, die vor einem fiktiven Atommülltransport aus Schweinfurt durch die Innenstadt warnten. Obwohl der satirische Charakter dieses Flugblattes ersichtlich war (Radioaktivitätszeichen im Bamberger Stadtwappen, Bamberger Ritter mit Schottenröcken, Datum 1. April, Unterschrift "Otto Graf Rheinfeld"), sahen sich zahlreiche Bürger dazu veranlaßt, die Behörden durch besondere Anrufe zu "belästigen". Da aus dem Flugblatt unter anderem hervorging, daß es Eltern in derartigen Fällen freigestellt sei, ihre Kinder zur Schule zu schicken, erging an Kindergärten und Schulen seitens der Stadtverwaltung die Mitteilung, daß ein Atommülltransport keineswegs Anlaß zu zusätzlichen Ferien gebe.

Das örtliche "CSU-Parteiorgan" Fränkischer Tag spricht von einer "ferngesteuerten systematischen Desinformationskampagne bestimmter politischer Kräfte und Systemveränderer". Die Polizei ermittelt bereits gegen die Urheber.

Durch das vor kurzem fertiggestellte Kriposhauptquartier sind ungeahnte Kapazitäten freigeworden, weshalb angenommen werden kann, daß in Zukunft jeder subversive Furz kriminalistisch geahndet wird.

Tatsache ist, daß täglich Atommülltransporte durch Deutschlands Straßen rollen. Wenn die WAA in Schwandorf gebaut werden würde, wäre Bamberg in besonderem Maße von Transporten betroffen.

Die Initiatoren der Flugblattaktion gingen jedoch fälschlicherweise davon aus, daß bei einem Atommülltransport die Bevölkerung überhaupt informiert wird.

Ein Atommülltransport aus Grafenrheinfeld bei Schweinfurt in diesen Tagen ist deshalb besonders realistisch, weil vergangene Woche das AKW zum Wechsel der Brennstäbe abgeschaltet wurde.

Die Ermittlungen der Kripo dürften allerdings schon deshalb ins Leere greifen, weil sich die "ferngesteuerten Elemente" mit dem Scheck aus Moskau vermutlich längst in wärmere Gefilde abgesetzt haben!

Mit klammheimlicher Freude...

P.S. Der Fränkische Tag war durch seine übereifrige Berichterstattung so nett, den Inhalt des Flugblattes all seinen Lesern zugänglich zu machen

Castor untauglich

Einige AKW-Gegner werden sich noch an die Anhörung der PTB (Physikalisch Technische Bundesanstalt) zum Thema Atommülllager im Januar 1981 in Lüchow erinnern. Bei der Anhörung gab es eine „Debatte“ über nicht vorhandene Gutachten zum Castor-Behälter (siehe atommüllzeitung Nr. 15). Der PTB-Abteilungsleiter Heintz erklärte damals, daß die Gutachten Mitte 1981 vorliegen sollten.

Jetzt, nach zwei Jahren ist es endlich so weit. Die Gutachten der Bundesanstalt für Materialprüfung und des TÜV's sind fertig und stellen eine Blamage für die DWK dar. Der TÜV mußte zum großen Teil die Wärme- und Strahlenbelastung neu berechnen, weil die DWK von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. (Anmerkung: Nach dem Atomgesetz ist eine der Genehmigungsvoraussetzung für atomare Anlagen, daß die Betreiber die notwendige Sachkunde nachweisen müssen. Der DWK ist dies mit ihren Aussagen zum Castor-

Behälter nicht besonders gut gelungen!) Bei den Neuberechnungen kamen vollkommen andere Werte heraus. So darf z.B. die Temperatur im Castor-Behälter 390 Grad C., und der TÜV kam auf 461 Grad C.

Nach den Angaben der DWK soll der Castor-Behälter extremen Einwirkungen, z.B. Brand, Explosionen oder Flugzeugabstürzen standhalten. Sie führt als Beweis simulierte Flugzeugabstürze an, die angeblich nur zur Verformung der Rippen des Behälters geführt haben. Es wurde verschwiegen, daß nach diesen Beschußversuchen teilweise alle Dichtungen undicht waren. Der TÜV stellte fest, daß schon die Wucht eingestürzter Dachstreben des Zwischenlagers ausreicht, um die Deckel des Castor-Behälters undicht werden zu lassen.

Für den Fall, daß ein Deckel undicht wird, hat der TÜV eine Strahlenbelastung von mehr als 13.000 mr em errechnet, nach der Strahlenschutz-

verordnung sind nur 5.000 mr em zulässig. Der TÜV berücksichtigt diese Strahlendosis jedoch nicht, mit Hinweis auf das „realistische Verzehrverhalten“ der Bevölkerung. Dabei geht man davon aus, daß ein Unfall im Zwischenlager schnell bekannt wird, und dann niemand mehr Lebensmittel aus der Umgebung verbraucht.

Die Gutachten widerlegen alles, was bisher über die Sicherheit der Castor-Behälter gesagt wurde. Der TÜV läßt sich davon nicht beirren und kommt (unter moralischen Druck durch die Auftraggeberin und durch den „Entsorgungsnotstand“ in der BRD) trotz gegenteiliger Sachaussagen zu folgendem Schluß: „Wir haben das Vorhaben aus sicherheitstechnischer Sicht beurteilt, und haben auf Grund unserer Prüfung und der Prüfergebnisse anderer Gutachter keine Einwände gegen die Errichtung und den Betrieb des beantragten Zwischenlagers...“



Geheimes Foto : Die Halle von Innen

Die bevorstehende Betriebsgenehmigung des Fasslagers für schwachaktive Abfälle in Gorleben war für uns der Anlaß, ein Gespräch mit Herrn Dr. Schwerter-Strumpf und Herrn Dr. Machens vom Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg zu führen. Das Gewerbeaufsichtsamt ist für die Betriebsgenehmigung und für die Aufsicht über den Betrieb des Lagers zuständig. Wir dokumentieren im folgenden zunächst die Aussagen der Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes.

Im Fasslager wird fast ausschließlich Müll aus AKWs und nur zum geringen Teil Müll aus Krankenhäusern oder Gewerbemüll eingelagert. Aus der geplanten WAA in Dragahn oder der Versuchs WAA in Karlsruhe soll kein Müll eingelagert werden. Ebenso soll kein verseuchtes Wasser von AKW-Unfällen eingelagert werden. Es ist hier nicht bekannt, was mit diesem Müll passieren soll.

In das Fasslager wird nur Müll in verfestigter Form eingelagert, z.B. werden flüssige und pasteuse Faul- oder Gärstoffe in den Fässern mit Beton verfestigt. Fester Müll (z.B. Arbeitskleidung) wird zerkleinert und gepreßt in die Fässer gefüllt. Die Einfüllung des Mülls in die Fässer unterliegt der Aufsicht der örtlichen Gewerbeaufsichtsämter. Den Inhalt der Fässer kann man nach der Einlagerung nicht mehr kontrollieren, weil sie nicht mehr zugänglich sind. Es ist theoretisch möglich, daß auch mittelaktiver Müll oder Abfälle in flüssiger Form eingelagert werden.

Die Fässer werden bei der Einlagerung registriert, außerdem wird ein Lageplan erstellt. So besteht die Möglichkeit, bestimmte Fässer wieder aufzufinden, falls sich herausstellt, daß für die Zwischenlagerung nicht geeignete oder nicht zulässige Abfälle eingelagert wurden.

Das Fasslager ist für 35.000 Fässer angelegt und bereits voll, wenn der z.Zt. vorhandene schwachaktive Müll eingelagert würde. Der Einlagerungszeitraum soll etwa 5 Jahre betragen. Die Errichtung des Fasslagers ist positiv zu bewerten, weil der Müll z.Zt. relativ verstreut z.B. in AKWs liegt.

Die Fässer werden überwiegend in Containern auf gewöhnlichen LKWs transportiert. Diese Transporte sind nach der Ansicht von Herrn Dr. Schwerter-Strumpf nicht gefährlich, es sei denn Fässer fallen vom LKW und beschädigen nachfolgende PKWs.

In dem Fall, daß ein Fass im Lager herunterfällt und beschädigt wird, kann der Boden kontaminiert werden. Beschädigte Fässer kommen in ein großes Faß, das wieder mit Beton verfüllt wird.

Das Gewerbeaufsichtsamt hat zur Baugenehmigung eine positive Stellungnahme abgegeben, deswegen stellt sich jetzt nicht mehr grundsätzlich die Frage, ob die Betriebsgenehmigung erteilt wird. Es geht nur noch darum,

Fasslager Gorleben:

Keine Gefahr?



welche betriebstechnischen Auflagen noch notwendig sind. Der Strahlenschutz ist für das Gewerbeaufsichtsamt weitestgehend geklärt. Die Betriebsgenehmigung wird für einen begrenzten Zeitraum erteilt. Die Fässer sollen eines Tages im Schacht Konrad endgelagert werden. Die Fässer mit Müll aus Krankenhäusern können teilweise nach ein paar Jahren ausgelagert und wiegewöhnlicher Müll behandelt werden. Es ist also mit einer Fluktuation im Lager zu rechnen. Der Zeitpunkt der Betriebsgenehmigung steht noch nicht fest.

Jetzt noch einige abschließende Bemerkungen. Wir wurden sehr freundlich empfangen, obwohl (oder weil!) den beiden Herrn nicht ganz klar war, wer hinter der Atommüllzeitung steckt. Eine Anfrage bei dem "Bürgerdialogspezialisten" Kulke (Informationsstelle des Bundes zur nuklearen Entsorgung in Lüchow) ergab nur falsche Auskünfte.

Unsere Gesprächspartner waren erstaunt, daß sich jemand für das Fasslager interessiert, denn da werden nach ihrer Ansicht ja nur "ungefährliche" Stoffe eingelagert. Und überhaupt, Sicherheitsauflagen und Vorsorgemaßnahmen (z.B. Wischtests an den Fässern Meßgeräte) gibt es auch nur, weil alle "denktechnisch möglichen", aber selbstverständlich unrealistischen Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Aber trotz der atomfreundlichen Haltung ("wichtiger technischer Fortschritt") unserer Gesprächspartner sind einige Schwachstellen des Zwischenlagers deutlich geworden. Wir gehen davon aus, daß der Zeitpunkt der Betriebsgenehmigung feststeht.

Erwähnenswert ist noch, daß das Gewerbeaufsichtsamt auch für die Aufsicht der Castor-Behälter zuständig ist.

Kompaktlager Westergellersen?

Wie ernst es dem Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg mit der Kontrolle von Atommüllagern ist, zeigt ein Beispiel aus (nicht mehr) jüngster Vergangenheit. In diesem Fall gelang dem Gewerbeaufsichtsamt ein entscheidender Schlag gegen das geheime Kompaktlager Westergellersen bei Lüneburg. Ein aufmerksamer Mitbürger hatte das Fasslager in einem Weideschuppen nahe des Dorfes entdeckt und den zuständigen Behörden gemeldet.

Natürlich reagierten diese fix. Polizei in Uniform und zivil, Feuerwehr und Gewerbeaufsichtsamt pirschten durch die Wiese. Mit Geigerzähler und Fotoapparaten ging es dem geheimen Lager entgegen. Doch siehe da! Es wurde keine Strahlung registriert. Waren die Fässer so gut abgeschirmt? Nein! Ein cleverer Zivil-Polizist erinnerte sich, daß diese Fässer schon einmal durch die lüneburger Innenstadt transportiert wurden. Und wie recht er hatte. Etwa ein Jahr vorher stellten diese Fässer mit lautem Getöse einen Atommülltransport dar. Nun ward endlich das Lager entdeckt.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß wir uns bei der Inbetriebnahme des Fasslagers Gorleben auf die zuständigen Stellen verlassen können. Sie haben prompt reagiert, gut zusammengearbeitet und die Sache schnell in den Griff bekommen. Oder etwa nicht?

Widerstandsdiskussion

Der Widerstand gegen die Atommülltransporte und den Anfang 1984 erwarteten Baubeginn des AKW Why! liegt vor uns. Für die Anti-AKW-Bewegung werden insbesondere die beiden letzten Widerstandshochburgen Why! und Lüchow-Dannenberg im Blickpunkt stehen. Die Widerstandsdiskussion wird eine neue Dimension erfahren: Für die Wendländer können die Aktionen nicht allein symbolischer Natur sein, wollen sie auch zukünftig in einer atommüllfreien Region leben. Sollte Why! realisiert werden, müssen wir wohl einen Strich unter die Bürgerinitiativ-Bewegung ziehen.

Die Möglichkeiten der Einflußnahme für den außerparlamentarischen Widerstand sind verringert worden. Trotz einer relativ starken Anti-AKW-Bewegung wurde die 3. Fortschreibung des Energieprogrammes und die Baulinie '80 realisiert.

Die Kriminalisierungsversuche zu Zeiten der SPD/FDP-Regierung haben zur Verunsicherung in der Bewegung geführt. Die offene Konfrontation der jetzigen Regierung hat viele von uns abgeschreckt, den Widerstand weiterhin auf die Straße zu tragen. Die jetzige Regierung schafft ein Klima, in dem das faschistoide Potential zu erneuter Größe gelangen kann. Es bedarf keiner autoritären Struktur, daß die Kriminalisierung der Bewegung vorangetrieben wird und politische Prozesse hart durchgezogen werden. Die Eigendynamik dieses Systems wird ihre Brutalität immer offener zeigen. Der CDU/CSU sind die Bewegungen ein Greuel; in ihrer Logik sind sie als undemokratische Kräfte zu bekämpfen, da sie den Parlamentarismus mehr oder minder in Frage stellen.

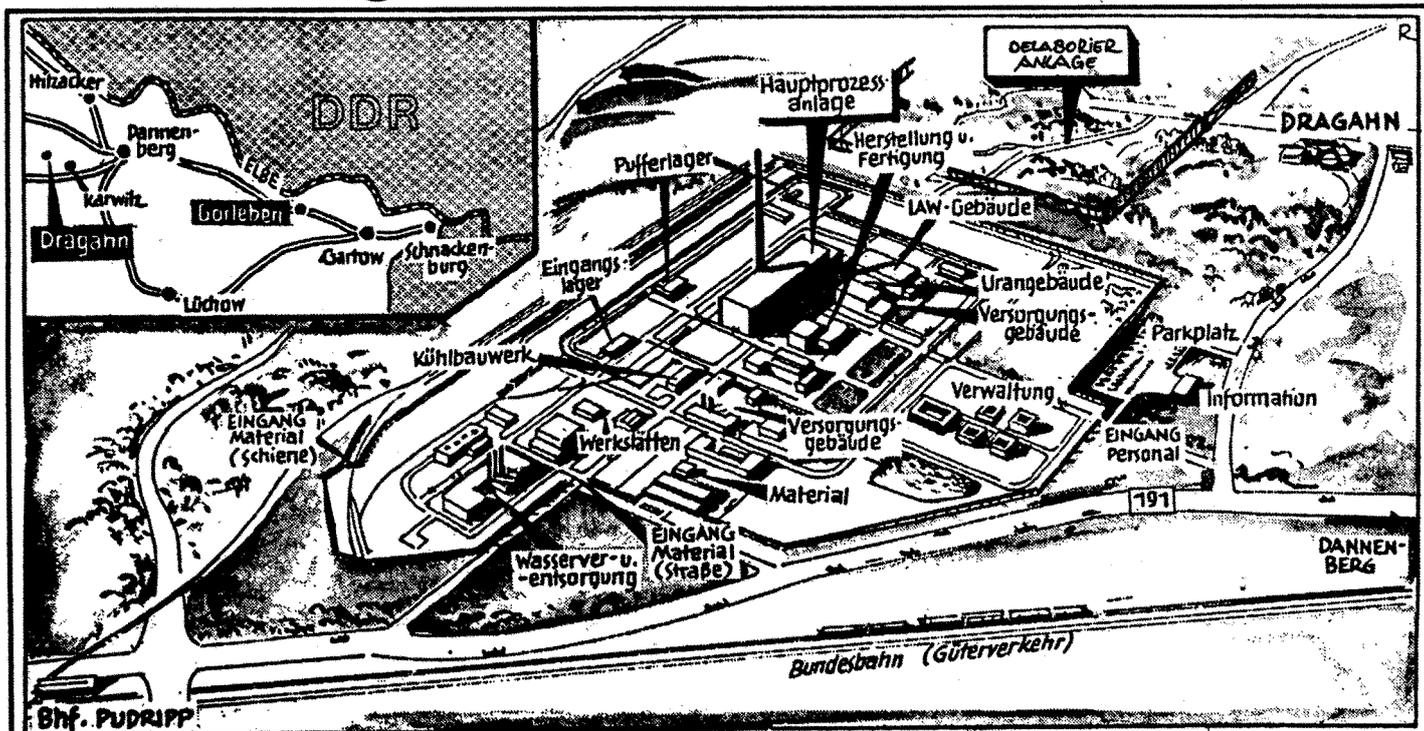
Während sich die Herrschenden seit Jahren auf Auseinandersetzungen mit dem Volk vorbereiten, führen wir noch unsere Hahnenkämpfe aus. Dabei müßten wir längst erkannt haben, daß die Opposition nicht fest in der Bevölkerung verankert ist. Nur ganz wenige haben die feinen Mechanismen der Unterdrückung in diesem Anpaß-Staat erkannt. Doch diese wenigen bekämpfen sich untereinander vielfach härter (ob gewollt oder nicht) als ihre gemeinsamen Feinde. Vielfach wird aus einer Ghetto-Perspektive die eigene Stärke überschätzt oder eine Ideologie wiegt mehr als das Praktikable. Selbstdarstellung- und verherrlichung, Machtstreben und der ewige Versuch die „Vielfalt unser Einfältigkeit“ zu demonstrieren, sind allorts anzutreffen. Doch Selbstkritik, Anerkennung der Arbeit anderer und Freude über Alle, die sich für eine Zukunft ohne Unterdrückung einsetzen, das klingt naiv; lieber üben wir uns weiter in Überheblichkeit und Selbstzerfleischung. Erhitzen wir uns nicht oft die Köpfe über einen Grünen im Parlament, lassen aber die Propheten des Kapitals, die Apostel der Atom- und Kriegslobby oft unwidersprochen in der Öffentlichkeit agieren, nehmen wie gottgewollt die übelsten Hetzkampagnen der Medien hin.

Der Umgang unter den meisten politisch Aktiven ist unsolidarisch. Viele glauben, den Stein des Weisen gepachtet zu haben versuchen ihre Ideen den anderen aufzuzwingen. Lehrmeisterhaft werden Statements gegeben. Heftige Attacken prägen die Diskussion. So werden meist ungewollt Gräben aufgerissen, die ein konstruktives Gespräch unmöglich machen. Wie oft sehen wir uns in Situationen, wo wir aufgrund der aggressiven Diskussionsstimmung heftig eine Sache verteidigen, an der wir an für sich heftige Kritik haben. Die Bereitschaft zur Analyse fehlt, Strategiediskussionen werden kaum geführt. So haben wir immer nur die eine Demonstration oder Aktion vor Augen und schlagen uns mit der leidigen Gewaltfrage herum. Mit der Folge, daß viele Gruppen, sei es nun Prozeß-Initiativen oder Nacht- und -Nebelaktivisten ihr „Ding“ alleine durchziehen. Dabei ist die solidarische Zusammenarbeit dringend erforderlich, denn wahrscheinlich werden in den verschiedensten Phasen des Widerstandes alle Gruppen ihre Bedeutung haben.

Wir eröffnen hiermit wieder einmal die Widerstandsdiskussion: erstmal ganz bescheiden mit Beiträgen der BI Görhde-Pomoißel (Dragahn), Hannes aus dem Wendland und im Bayern-Teil: Herbert, Nürnberg, und BIWAK, Regensburg. Dankbar sind wir für jede uns übermittelte Analyse von Aktionen wie es Greenpeace, die Revolutionären Zellen und weniger bekannte Gruppen es schon in der Vergangenheit praktiziert haben.

Geschichte wird gemacht, aber wie?

WAA Dragahn – Wir wollen sie nicht



Mitte Juni bekamen ca. 60 Institutionen, Gemeinde, die Feuerwehr, Bundeswehr, der LBU u.a. die Entwürfe für Änderung des Landesraumordnungsprogramms (LRP) zugesandt, betreffend den Bau einer WAA. Die Empfänger haben bis zum September Zeit, sich dazu zu äußern. Ihre Stellungnahmen wird die Landesregierung dann in einen Aktenordner heften und dort werden sie liegen, bis das LRP sowieso mal geändert wird.

Der Bau einer WAA mit einem Flächenbedarf von 250 ha mitten in einem Landschaftsschutzgebiet ist für die Landesregierung noch kein Grund dafür. Dies heißt aber, daß der Standort Dragahn bis dahin raumordnerisch für den Bau einer WAA nicht gesichert ist und jeglicher Eingriff gesetzlich verboten wäre. So etwas hält die Landesregierung nicht davon ab, die Rodung von 5 ha Wald zu genehmigen, in denen ca. 150 Bohrungen für den Sicherheitsbericht und damit für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren niedergebracht werden sollen. Der Sicherheitsbericht wird, wenn nichts dazwischen kommt, ab August/September d.J. ausliegen, dann müssen die Einsprüche eingereicht werden.

Die DWK wollte nach ihren Planungen bereits Anfang Juni mit den Bohrungen beginnen, mußte sie aber verschieben, da die Vermessungsarbeiten nicht termingerecht abgeschlossen werden konnten. Nach drei Versuchen scheint die DWK jetzt

doch zu wissen, wo sie bohren lassen muß, die Rodung der ersten Bäume soll etwa am 20. Juni beginnen. Für die DWK wenig erfreulich, fallen die Rodungen und Bohrungen in die Zeit der Sommercamps hinein. DWK und Landesregierung fürchten vor allem die Nachspaziergänge der Sommerfrischler, die dabei über Bohrlöcher und Maschinen stolpern werden. Auch nicht Sommerfrischler von nah und fern sind aufgerufen, herbeizueilen und sich an den Tag und Nachspaziergängen und anderen Aktivitäten zu beteiligen und diesen ersten Schritt zum Bau der WAA zu erschweren.

Nach den Bohrungen wird die verkehrstechnische Erschließung des Geländes beginnen. Die WAA soll mit einer Anschluß Gleisanlage versehen werden. Diese soll am Bahnhof Pudripp an der eingleisigen Strecke Uelzen – Dannenberg abgezweigt werden und unter Benutzung des ehemaligen Bahngeländes zur westl. Standortseite geführt werden.

Durch eine Verbindungsstraße zwischen der B 191 und 216 soll das Gelände auf direktem Wege an das übergeordnete Strassennetz angeschlossen werden. Sowohl für die verkehrstechnische Erschließung als auch für den Bau der WAA muß das stark hügelige Gelände eingeebnet werden, das hätte klimatische Veränderungen zur Folge, die die landwirtschaftliche Nutzung der Region gefährden würde.

Dragahn



Widerstandsdiskussion

Ganz Aktuell: ERSTES Foto vom Sommerlager

Die Mitglieder der seit Beginn des Jahres 1983 bestehenden BIG kommen aus den östlichen Teilgemeinden der Samtgemeinde Dahlenburg. Von ihrer BI sagen sie gerne, daß sie überparteilich sei, weil sie sich von der Landbevölkerung ständig mit den „bösen“ Grünen in einen Topf geworfen sehen. CDU-Sympathisanten gibt es in der BIG natürlich nicht (mehr?). Gleichwohl versucht die BIG, auf die CDU-lastige Kommunalpolitik einzuwirken - die schlechten Erfahrungen der Lüchow-Dannenberg hat sie dabei immer vor Augen. Ihr geht es darum, in ihrer Samtgemeinde mehrheitsfähig zu werden, sowohl in der Bevölkerung als auch in den entsprechenden politischen Gremien. Der Rat der Samtgemeinde soll zu einem „Nein“ zur WAA bewegt werden, jetzt, da die Dinge so weit gediehen sind, auch zu einem „Nein“ zum Raumordnungsverfahren. Es werden

Gespräche geführt mit Ratsmitgliedern, die noch wackeln, soweit diese zu Gesprächen bereit sind: der größere Teil der CDU-Ratsherren (SPD und Grüne fahren klaren Contra-Kurs) ist jedoch für die BIG nur schwer erreichbar. Innerhalb seines Gartenzauns fühlt er sich sicherer als bei einem Tete-a-tete mit BIG-Mitgliedern bzw. bei BIG-Veranstaltungen. Trotzdem: es bestehen Chancen. Bei einer auf Betreiben der BIG vom Rat durchgeführten Bürgerversammlung in Dahlenburg mit Pro und Contra-Podiumsdiskussion (wir von der BIG haben dafür „gerödelt“) mußten sich auch die anwesenheitsverpflichteten Ratsherren die Schlappe der DWK-Vertreter mitansehen. Dieser Wurm nagt, sichtbar, wie wir meinen.

Wichtigster Ansatz der BIG ist also das Gespräch. Verhärtungen wie in Lüchow-Dannenberg sollen vermieden werden, solange es geht. Sponti-

Aktionen innerhalb der eigenen Gemeinde fallen deshalb unter den Tisch, Transparente werden brav auf eigenen Grundstücken und bei befreundeten Bauern aufgehängt, gut sichtbar an Kreis- und Bundesstraßen. In den Sommerferien wohl wieder. - Die Hotel- und Gastwirte der Samtgemeinde wurden und werden über die Auswirkungen der WAA informiert und haben sich, immerhin, zu einer Art Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Nicht alle natürlich. Viele sind durch die Transparente vergrätzt („Ihr verjagt unsere Gäste“!).

Alles in allem ist es Ziel der BIG, die Befölkerung der Samtgemeinde Dahlenburg auf verschiedenen Ebenen zum Widerstand zu gewinnen: auf der politischen, der gewerblichen und nicht zuletzt auf der der Nachbarschafts und Dorfgemeinschaft. Als noch junge Organisation -vielleicht setzt sie auf weiche Gesprächsstrategie,

weil sie innerhalb ihres Einzugsbereichs noch keine herben Rückschläge erlitten hat - wird sie nicht an möglichen Besetzungs- und Blockadeaktionen teilnehmen, um ihren frisch erworbenen guten Ruf nicht zu gefährden. Wer von den BIG-Leuten sich an Aktionen dieser Art beteiligen will, soll es, so lautet der Beschluß, privatissime tun. Anders ist es nicht möglich. Provenienz und Motive der BIG-Mitglieder für den Kampf gegen die WAA sind so konträr, daß eine Art „Fraktions“-zwang zur Teilnahme z.B. an Blockaden unweigerlich zum

Auseinanderbrechen der BIG führen würde. Jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt.

Der inneren Vielfalt der BIG entspricht ihre Forderung an die anderen BI's, Spaltungen zu vermeiden. Ihrer Einschätzung nach bezieht der Widerstand seine Kraft aus den sehr unterschiedlichen Ansätzen der einzelnen BI's. Daß er dadurch für die Albrechts undurchschaubarer wird, kann nur von Vorteil sein. Unsere Chance besteht in der Vielfalt (Volkszählung!), - die Atomlobby soll sich den Kopf an so vielen Ecken stoßen, daß sie nicht mehr weiß, wohin ihn wenden. - Trotz

der beginnenden Rodungen hält die BIG also an ihrer Auffassung fest, daß weiterhin verschiedenartig gedacht und mehrgleisig gefahren wird. Sie lehnt es ab, wie die Vertreter der Regionalkonferenz anderen BI's in den Rücken zu fallen, weil sie deren Strategie nicht billigen. Rechthabereien, wie sie hier sichtbar wurden, zerschleißen uns durch Spaltung, innere Grabenkämpfe machen uns zu den Splittergruppen, die die großen Wender so gerne in uns sehen und die sie so gut brauchen können. Laßt Euch nicht spalten wie die Atome, zeigt Einheit in der Vielfalt!!

Widerstands diskussion

Perspektiven für den Widerstand

Allein die Frage ist schon ziemlich problematisch. Perspektiven zu entwickeln setzt ja ein Vorausdenken und dann ein eigenständiges selbstbestimmtes Handeln voraus. In der Vergangenheit ist dies der Anti-AKW-Bewegung kaum je gelungen, waren Aktionen meist eine Reaktion auf Entscheidungen der Betreiberseite. Warum sollte dies heute zu einem Zeitpunkt an dem sich die bundesweite Bewegung einem Tiefpunkt nähert anders sein?

Für uns im Wendland bedeutet da, daß zunächst einmal die Frage geklärt werden muß, was hier im Jahre 1983 von der Betreiberseite aus gemacht werden soll. Wir haben es mit einer Fülle von Anlagen zu tun:

...Zwischenlager: Das Zwischenlager besteht eigentlich aus zwei getrennten Lagern, einmal einem Faßlager für schwach- und mittelaktiven Abfällen und dem sogen. Castor Lager, mit hochradioaktiv abgebrannten Brennelementen. Beide Bauten sind fast fertig. Im Laufe des Sommers ist mit der Einlagerungsgenehmigung für das Faßlager zu rechnen, der Einlagerungsbeginn wird dann nicht lange auf sich warten lassen. Konkret heißt dies, daß noch in diesem Jahr der erste Atommüll noch Gorleben rollen soll. Dies ist eine einschneidende Verschärfung der Situation. Mit der ersten Einlagerung geht hier die erste Atomanlage in Betrieb, das heißt die Atommafia hat hier mehr als nur einen Fuß in der Türe. Widerstand gegen die nachfolgenden Anlagen würde dann erheblich schwieriger werden.

...Endlager: nach Abschluß der sogen. „übertägigen Erkundungen“ soll nun im Sommer der erste von 2 Schächten für das Bergwerk im Salzstock Gorleben abgetäuft werden. Damit muß auch dem letzten klar sein, daß es sich nicht mehr um eine „Erkundung“ des Salzstocks auf seiner Eignung für ein Endlager handelt, sondern um den Eintritt in die direkte Bauphase des Endlagers.

Für den Widerstand heißt dies, wenn gegen das Endlager noch wirkungsvoll Widerstand geleistet werden soll, dann kann dies nur jetzt geschehen. Mit jedem Tag, an dem gebaut und investiert wird, wird der Sachzwang für die Fertigstellung größer, und es steigt die Gewöhnung der Bevölkerung vor Ort. Der Mut zum weiteren Widerstand sinkt, nach dem Motto: „Was kann man den jetzt noch machen.“

...Dragahn; bis jetzt sind die 250 ha. Waldfläche, die für die WAA dran glauben sollen, noch relativ unverschont. Im Sommer sollen insgesamt 85 Bohrungen niedergebracht und mind. 5 ha. Wald gerodet werden! Die alte Devise: „Bohrbeginn ist Baubeginn“ gilt auch hier. Dragahn, obwohl nur 27 Kil. von Gorleben entfernt, hat den Vorteil, praktisch ein neuer Standort zu sein. Die Menschen aus der engeren Umgebung sind stark emotionalisiert und über den so offenkundigen Wortbruch von Albrecht sehr empört. Nicht zuletzt die Besetzung des Bahnwärterhäuschens im Dragahner Forst hat deutlich gemacht, daß sog. „illegale Aktionen“ ohne große Diskussionen zum Widerstand gehören. Die Bevölkerung aus der engeren Umgebung Dragahns scheint stärker motiviert zu sein, als dies für Gorleben je zutraf.

Bürgerinitiative

Görde-Pommoißel (BIG)

Sollen wir uns auf eine Anlage stürzen, weil sie die wichtigste ist, oder sollen wir uns um alle drei gleichzeitig kümmern? Sicher ist es verlockend zu sagen, wir kümmern uns jetzt nur noch um das Zwischenlager, weil es als erstes in Betrieb gehen soll. Das Engagement vieler Menschen, und zwar auch gerade, die nicht in der BI oder in den Parteien organisiert sind, richtet sich zur Zeit hauptsächlich gegen die WAA. Es wird kaum möglich sein, die Leute einfach umzupolen. Gleichwohl ist es eine Aufgabe für die BI, das Problem Zwischenlager, besonders eine Funktion als „erste Anlage“, stärker hervorzuheben.

Kleinere Aktionen müssen weiter laufen wie bisher, die Möglichkeit, zu größeren Aktionen am Zwischenlager, etwa Blockaden mit mehreren tausend Menschen, sehe ich zur Zeit als nur schwer möglich an. Ebenso ist es mit größeren Aktionen gegen das Endlager.

Bleibt eigentlich nur die Möglichkeit, in einer gemeinsamen Aktion unter der Parole: „Das Wendland bleibt Atommüllfrei - Keine Atomanlagen in Lüchow-Dannenberg und anderswo“ gegen alle Anlagen vorzugehen.

Eine Möglichkeit, über die seit längerer Zeit nachgedacht wird, ist die Wendlandblockade: Die fünf größeren Zufahrtsstraßen in den Kreis werden für einen bestimmten Zeitraum, etwa für 3 Tage abgeriegelt. Die Bauern, die BI, die Vertreter der UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft) und autonome Gruppen aus dem Landkreis müssen die Blockade beginnen, denn nur dann wird die Aktion die notwendige Wirkung haben. Dies kann aber nicht bedeuten, daß auswertige Gruppen daran nicht teilnehmen sollen. Im Gegenteil, nur die massenhafte Beteiligung vieler Menschen aus der ganzen BRD und Westberlin und überall her wird die Wendlandblockade erst durchführbar machen. Die z.Z. laufenden Sommerlager sollen unter anderem die Entwicklung von genaueren Ideen für diese Aktion dienen.

Die Wendlandblockade sollte zu einem Kristallisationspunkt für die Reste der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung werden. Ein solcher Kristallisationspunkt wäre auch für die Bewegung dringend notwendig. Immer dann, wenn an einem Standort viel los war hat dies viele Andere mitgerissen, weil das Thema „AKW“ bundesweit im Gespräch war. Nach Whyll zu Anfang der Siebziger Jahre, nach Gorleben und Brokdorf könnte es wieder die Region Gorleben/Dragahn sein, die eine solche Funktion als Brennpunkt bekommt.

Voraussetzung allerdings ist, das in der Region selbst genügend starker Widerstand entsteht und das von Außerhalb mit allen nur möglichen Kräften mitgeholfen wird. In der Region, da bin ich ziemlich sicher, wird der Herbst zu einem heißen Herbst. Bleibt abzuwarten, ob die Anti-AKW-Bewegung im letzten Jahr nach Gorleben nach Kalkar und nach Schacht Konrad ihren Geist aufgegeben hat oder ob sie nach zweijährigem Dörrroschen-Schlaf wieder in die Strümpfe kommt. An uns hier soll es jedenfalls nicht liegen.

AKW Krümmel Demo gegen das vergessene Atomkraftwerk

„Bei der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie war sich die Fachwelt von Anfang an der möglichen Gefahren bewußt.“ ... bildet die Notfallschutzplanung eine weitere unabhängige Maßnahme im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr, da auch bei diesen Anlagen Unfälle nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden können.“ Diese zwei Zitate sind Bestandteile der Vorbemerkungen zum Hamburger „Sonder-Katastrophen Abwehrkalender Kerntechnischer Unfall für das Kernkraftwerk Krümmel“. Von Bürgerinitiativen schon seit Jahren gefordert, liegt dieser „Abwehrkalender“ jetzt vor.

Evakuieren oder Beten?

Der Plan teilt die Umgebung des Reaktors in drei Zonen und in viele Sektoren a 22,5 Grad ein: Die Zentralzone mit einem Radius von 2,5-, die Mittelzone mit einem 10- und die Außenzone mit einem 25-Kilometerradius. Der 10- und 25-Kilometerradius stoßen bereits 3 bzw. 18 Kilometer tief in Hamburger Gebiet vor. Im Falle eines schweren Unfalls bestände die Notwendigkeit, die Menschen innerhalb kurzer Zeit aus dem gefährdeten Gebiet zu evakuieren. In 10 km Entfernung leben ca. 50.000 Menschen. Im 25-Kilometerradius steigt die Zahl auf ca. 300.000. Notwendig wäre aber, die ganze Region zu evakuieren, die ca. 2 Mio. Menschen Hamburgs und Umgebung müßten in Sicherheit gebracht werden, was aber technisch, organisatorisch undurchführbar ist. Kein Problem für die Hamburger Katastrophen (Schützer)! Sie lassen die Strahlengefährdung einfach nach 10 Kilometern enden! Sie halten sich damit an die bundeseinheitlichen Rahmenrichtlinien. Ob sich auch die Strahlung daran hält? Lediglich 1.100 Personen im östlichen Zipfel Bergedorfs, in Altengamme, wohnen noch im Mittelradius und sollen im schlimmsten Fall evakuiert werden! Ihre Entseuchung ist im Berufsschulzentrum in Bergedorf und ihre zeitweise Unterbringung in „Auffanglagern“ in Altona vorgesehen. Infektionsschutzpakete zur Ausrüstung der Helfer, Einweganzüge zur Bekleidung verseuchter Personen, Plastikhänger als Namensschildchen und Einwegdecken sind bereits in den Bezirksmitteln für Bergedorf vorgesehen.

Die Katastrophe wird vorbereitet

Das norddeutsche Strahlenschutzzentrum im Krankenhaus St. Georg ist mit einer Dusche, einem Waschbecken mit Abfalltank im Keller ausgerüstet und verfügt über fünf Betten mit Bleibetonwänden bei insgesamt nur 60 Betten für Strahlengeschädigte, die meistens ohnehin von Krebspatienten belegt sind. Dieses Krankenhaus ist zusammen mit dem AK Altona und dem UK Eppendorf für die stationäre Behandlung strahlengeschädigter Personen vorgesehen. Die Hamburger Ärztekammer hat außerdem gegenüber der Bürgerinitiative Um-

weltschutz Bergedorf erklärt: „Leider muß ich Ihnen jedoch mitteilen, daß es im Bereich der Ärztekammer Hamburg keinen kompetenten Experten zum Thema „Katastrophenschutzmaßnahmen bei Kernkraftwerk-Unglücken“ gibt.“

In Hamburg stehen zwei Katastrophenschutzzüge mit insgesamt 59 (!) Helfern, 4 Spür- und 2 Entseuchungsfahrzeugen zur Verfügung. Auch eine Korrektur dieser Zahlen nach oben würde an der Hilflosigkeit der Behörden gegenüber einer solchen Katastrophe nichts ändern! So erweisen sich die meisten Maßnahmen aus dem Katastrophenschutzplan als nicht durchführbar bzw. wirkungslos. Das reicht von der nachträglichen Verteilung von Jodtabletten bis hin zur Warnung der Bevölkerung und der medizinischen Betreuung.

Mehr Substanz ist in den Teilen zur „Verkehrslenkung“ und zur Einrichtung von „Sperr- und Lenkungspunkten“ zu suchen. Zur Verhinderung des Zusammentreffens von Verkehrsströmen sind insgesamt 8 Sperr- und Lenkstellen in Bergedorf vorgesehen.

Ist es ein Zufall, daß eine Anlage dieses Planes Bezug nimmt auf das „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, in dem unter anderem auch der Schußwaffengebrauch geregelt ist? Dies haben wir nicht gewußt, gilt schon lange nicht mehr. Der Leiter des Katastrophenschutzstabes, Breuer, weiß es wohl: Er erklärte gegenüber der BI in Bergedorf am 14.1.83, auf die Unbeherrschbarkeit eines schweren Unfalls in Krümmel angesprochen: „Wenn Sie sterben, sterbe ich auch!“

Fernwärme aus Krümmel

Der HEW-Vorstand hat es sich 300.000 DM und eine Schweizer Studie kosten lassen, um in den Konflikt zwischen dem SPD-Senat und dem Elektrizitätsunternehmen über den Ausstieg aus Brokdorf einen neuen Keil zu treiben. Über 34 km soll Fernwärme aus dem Reaktor Krümmel nach Hamburg transportiert werden. Folge: die vom Senat zur Umsetzung seines mühsam errungenen Energiekompromisses geplanten Blockheizkraftwerke, die den „Ersatzstrom“ für Brokdorf liefern sollen, werden überflüssig. Wie absurd dieser Vorschlag ist, läßt sich schon an den Stillstandszeiten des artverwandten Schrottreaktors Brunsbüttel ablesen, der über mehrere Jahre hinweg mehr als zu 50% stilllag. Sollen Hamburgs Fernwärmebezieher also im Falle des Falles im Kalten sitzen, oder dann die von der HEW forcierten Stromheizungen als „Alternativen“ beziehen?

TAZ v. 10.6.

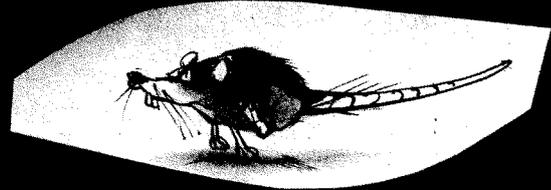
Nachdem der Reaktor in Geesthacht/Krümmel kürzlich mit den 840 Brennelementen beladen wurde, und weil bereits für August der erste Probelauf geplant ist, hatten die örtlichen BIs Geesthacht und Bergedorf (HH) für den 11. Juni nach Geesthacht zur Demo aufgerufen.

Diese Demo konnte sicherlich nicht den Anspruch haben, noch irgendetwas aufzuschieben oder gar verhindern zu wollen. Es ging vielmehr darum, zu zeigen, daß es nach wie vor einen relativ breiten Widerstand gibt, der sich durch die Skrupellosigkeit von Politikern, Betreibern und Polizei nicht unterkriegen läßt und der immer ein schwer einzuschätzender Faktor in deren Kalkulationen bleiben wird.

In dem Zusammenhang war es sehr positiv zu bewerten, daß immerhin ca. 2.000 Leute, davon 3/4 mit dem Fahrrad, auch aus Hamburg, Winsen, Lüneburg und einer sogar aus Bayern nach Geesthacht/Krümmel gekommen waren Angesichts der Tatsache, daß die Inbetriebnahme des Schrottreaktors wohl nicht mehr zu verhindern ist und sich die Atommafia einen Dreck um die Argumente und Ängste der Bevölkerung schert, hatten die Organisatoren auf größtenteils inhaltsschwere Reden verzichtet („...das erzählen wir schon seit 7 Jahren“) und den Schwerpunkt auf phantasievolle Aktionen, wie z.B. eine sarkastische Zusammenstellung von Politiker-Zitaten und eine Schutzraumtombola verlagert. Schade das von den Demonstranten nicht viel an Phantasie hinzukam.

Kurz vor Krümmel machte der Zug im Wald halt und eine Sprecherin der BI Geesthacht wies auf die dort befindlichen Atomminenschächte und deren besondere Gefährlichkeit im Zusammenhang mit dem AKW hin. Nach der Abschlußkonferenz auf der noch einige Grüße u.a. von den Bundes-Grünen verlesen wurden, gab es ein Fest mit Live-Musik und Diskussionen auf einer nahegelegenen Elbwiese.

Außer den 2.000 Demonstranten waren auch unsere besonderen Freunde von der Trachtengruppe mit etwa drei Hundertschaften zugegen. Zu Auseinandersetzungen mit ihnen soll es gekommen sein, als sie mit einem Wagen in eine Gruppe von Leuten hineingefahren sein sollen und daraufhin mit ein paar Bierdosen beworfen wurden. Im Verlaufe dieser Rangelei soll dann ein besonders eifriger Beamter aus dem Wagen gesprungen sein und seine Waffe gezogen haben. Aber das streitet die Polizei natürlich ab.





Nach dem Bohrbeginn in Schwandorf am 3. Mai fand am Pfingstsonntag eine Demonstration von 5 - 6000 WAA-Gegnern unter dem Aufruf »Bohrbeginn ist Baubeginn« statt. Schon in der Woche zuvor hatten unabhängiger Bllern unmittelbar am Bauplatz einen alten Feuerwehrturm aufgestellt, der als Mahnmal und Widerstandssymbol über die Demo hinaus stehen bleiben sollte. Das Innenministerium wollte den ungenehmigt errichteten Turm sofort abreißen lassen, mußte damit aber wegen einer von Bllern angestrebten einstweiligen Verfügung bis zum Tag vor der Demo warten. Im folgenden sollen ein Bericht von der Demonstration, eine Einschätzung ihrer politischen Wirkung sowie die Diskussion in den Blls wiedergegeben werden.

DIE DEMONSTRATION

Fünf Minuten vor zehn am 21. Mai: etwa 2 - 300 Menschen stehen auf dem Marktplatz von Wackersdorf, dem Treff für die Demo. Ich spüre die Spannung in mir, wieviele Leute wohl kommen werden, ob wir mit dem Aufruf die Menschen ansprechen konnten. Nur langsam füllt sich der Platz.

Die Auseinandersetzungen um den Turmbau und den polizeilichen Abriß am Vortag hatten eine umfangreiche Berichterstattung in der Regionalpresse hervorgerufen, in der die Version des Innenministeriums - Der Turm ist der »Kern eines Hüttendorfes« und dient als »Kommandozentrale im Stil der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gorleben und am Frankfurter Flughafen« - vorherrschte.

Zum ersten Mal war die bayrische Staatsregierung gegen eine Aktion der WAA-Gegner voll in die Offensive gegangen. Mit der Demonstration am Bauplatz und dem Turmbau hatten wir versucht, von rein plakativen Meinungsbekundungen wegzukommen und hin zu ersten Ansätzen von direkten, wenn auch noch symbolischen Widerstandsaktionen.

Der massive politische Druck und die ersten Großeinsätze der Polizei gegen uns ließ die Anzahl der Demoteilnehmer besonders wichtig werden. Uns war klar, daß unser bundesweit verschickter Aufruf nur eine geringe zahlenmäßige Mobilisierung bringen würde. Die Masse der Teilnehmer kam dann auch aus der unmittelbaren Umgebung, aus Amberg, aus Regensburg, aus Furth im Wald. Aber auch kleinere Gruppen vor allem von ehemaligen WAA-Standorten waren gekommen, auch aus Gorleben, und das freute uns doch.

Als der Zug sich mit 5 - 6000 Menschen im Bewegung setzte, löste sich die Spannung etwas, einige Organisatoren hatten ein »ganz gutes Gefühl«. Der etwa acht Kilometer lange Weg zum Baugelände und die Hitze ermüdeten.

Die Kundgebungsbeiträge empfand ich als sehr unterschiedlich. Der Sprecher der BI Schwandorf forderte die Empörung der Anwesenden über den unrechtmäßigen Turmabriß, von seiner eigenen war leider nichts zu spüren.

Der katholische Pfarrer Feichtmeier sagte, gegen Strauß gerichtet, wer sich anmaße, etwa über die Zustände in Südafrika besser bescheid zu wissen als die dortigen Bischöfe, von dem sei keine andere

Handhabung der Macht zu erwarten, als man sie in der Oberpfalz erlebt habe. Hannes Lindenmeyer vom Oberpfälzer Dachverband der Blls verurteilte den Polizeiaufmarsch, mit dem die Staatsregierung ein Klima der Einschüchterung erzeugt habe. Den Abriß des Turms nannte er einen »blindwütigen Akt der Aggression.«

Lilo Wollny aus Gorleben und Christa Reetz aus Offenburg (Grüne im Bundestag) beschworen den gemeinsamen Widerstand, zu dem uns Karl Maier (Atom-Maier) aus Wyhl mit den Worten Hoffnung machte: »Ihr seid ja noch eine junge Bewegung, da könnt ihr noch wachsen.« In der Tat, das ist hier noch nötig!

Die politische Wirkung der Demo

Bei vielen Menschen der Region ist der Turmbau als Symbol unseres Widerstandes gut angekommen. Sie bekamen auch eine konkrete Vorstellung von dem, was aus dem Innenministerium zu erwarten ist. Die Phase der Meinungsbildung setzte sich bei diesen Menschen fort, es gelang aber nicht, sie massenhaft zu aktivieren, und sei es auch nur für diese Demo. Von BI-Sprechern wurde betont, daß viele WAA-Gegner aus ihrem Bekanntenkreis nicht zur Demo gingen, weil sie daran zweifelten, ob der Bohrbeginn wirklich Baubeginn ist, zumal schon zu einem früheren Zeitpunkt drei Bohrungen niedergebracht wurden. Die »neue Qualität« sei nicht zu vermitteln gewesen. »Die Leute haben ihren Standpunkt, das Thema ist für sie aktuell gegessen; die Leute sagen, das ist noch weit weg. Viel-

Reizklima um WAA

Vor Demonstration: Polizei zerstört „Kommandozentrale“

Schwandorf. (dpa/am) Der Holzturm auf dem Gelände für die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Schwandorf, den die Polizei als „Kristallisationspunkt gewalttätiger Auseinandersetzungen“ zwischen Beamten und Kernkraftgegnern einschätzt, ist auf Weisung des Innenministeriums beseitigt worden. Im Zusammenhang mit der für das Pfingstwochenende angekündigten Großdemonstration gegen die WAA müsse davon ausgegangen werden, daß der etwa zwölf Meter hohe und vier Meter breite Turm als „Kern eines Hüttendorfes“ und als „Kommandozentrale im Still der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Gorleben und am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen“ dienen soll.

Die von dem Bauwerk mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgehenden Gefahren“ hätten durch Abbruch des Turmes beseitigt werden müssen. Nach den vorliegenden Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden soll im Zusammenhang mit der Großdemonstration der Bau von Holzhütten auf dem WAA-Gelände, das Zerstören und Füllen der Bohrbohrer, das Errichten eines Mahnmals, das Besetzen der Bäume und das Einschlagen von Pfählen vorgenommen werden. In einer in West-Berlin erscheinenden Zeitung („Tageszeitung“) sei ein Teilnahmeaufruf veröffentlicht worden, nach dem bereits auf überregionaler Basis 70000 Handzettel zu der Demonstration verteilt worden seien.

In einer Blitzaktion hatten am vergangenen Wochenende WAA-Gegner den hölzernen Turm am Rande des vorgesehenen WAA-Standorts errichtet. Als Aussichtsturm wurde das Gebilde zunächst klassifiziert. Das Schwandorfer Landratsamt aber stufte das Objekt als Schwarzbau ein, weil es dafür keine Genehmigung gegeben hatte. Der Turm wurde schließlich in eine Jagdkanzel umfunktioniert, was der Bürgerinitiative beim Verwaltungsgericht auch den gewünschten Erfolg brachte: die Abbruchsverfügung wurde außer Kraft gesetzt.

Im Hinblick auf die Großdemonstration, zu der heute auf dem Standort weit über 10000 Besucher erwartet werden, wollte sich die Polizei jedoch mit dieser Festlegung nicht zufrieden geben, denn – so war gestern aus dem Innenministerium zu hören – es lagen Erfahrungsberichte vor, wonach solche Türme später als Zentren von Hüttendorfern dienten.

Im Einvernehmen mit dem Ministerium beschloß das Regensburger Polizeipräsidium, das hölzerne Gebilde noch vor der Demonstration abzubauen. Ein Großaufgebot an Bereitschaftspolizei, das schon seit einigen Tagen in Schwandorf stationiert war, rückte deshalb gestern kurz vor 7 Uhr zu der „Baustelle“ aus.

Der Grundstückspächter, der selbst in der Vorstandschaft der Bürgerinitiative gegen eine WAA tätig ist, wurde von der Maßnahme erst in Kenntnis gesetzt, als sie bereits gelaufen war. Mit diesem Verhalten wollte sich die BI keineswegs zufrieden geben und schaltete den Schwandorfer Rechtsanwalt Helmut Hey ein.

Hey räumte zwar ein, daß die Beamten insofern in einer unglücklichen Situation waren, als für sie polizeiliche Aufgaben im Vordergrund standen. Daß man sich jedoch über gültige Rechtsnormen hinweggesetzt habe, veranlaßte den Anwalt von Tatbeständen der Rechtsbeugung, der Sachbeschädigung und des Diebstahls zu sprechen.

Als unzutreffend stellte die Bürgerinitiative Befürchtungen der Polizei hin, wonach das Gerüst zum Mittelpunkt eines Besetzungsdorfes hätte werden können. Bestehende Gefahren für Leib und Leben von Demonstranten wies man zurück. Aus der Sicht der Bürgerinitiativen ist die polizeiliche Blitzaktion nicht zu rechtfertigen.

Harte Worte der Kritik am Verhalten der Behörden hatte auch Landrat Hans Schuierer parat, der von dem Einsatz vorher nicht unterrichtet worden war. „Mußte ein so hoher Aufwand sein?“ fragte er den Regierungspräsidenten Karl Krampol, der seinerseits auch nicht über die Maßnahme informiert gewesen sein will.



aus: „Der neue Tag“, Großlandkreis Schwandorf, vom 21.5.83

leicht, wenn die Bagger kommen ...“, so formuliert der Blller Kersting aus Schwandorf seine Hoffnungen. Dem steht die konservative Grundstimmung des CSU/SPD-Meinungsblocks gegenüber, die Unfähigkeit, die Ungeübtheit der Menschen hier, sich ihrer Haut zu werden. Die Gewohnheiten, die Einbindung in die sozialen Lebenszusammenhänge sind noch stärker als der Wille, sich der Bedrohung WAA zu widersetzen. Selbst bei aktiven Bllern ist die Furcht, aus der Anonymität herauszutreten, weit verbreitet. Ein spontaner, nicht angemeldeter Fackelzug durch eine Kleinstadt wie Amberg als Reaktion auf den Bohrbeginn - während die Bürger essen gehen - ruft starkes Bauchflimmern hervor. Aber die Amberger machten ihre Aktion mit sechzig Leuten wenigstens! In Schwandorf selbst passierte nichts - die unmittelbare Initiative gegen die Bohrungen blieb aus und damit auch ein gewisses Signal mit einer mobilisierenden Sogwirkung. Insofern war der Turm unsere 'Rettung'. Auch wenn er von uns nur als Symbol unseres Widerstandes gedacht war, kristallisierte sich an ihm der Ansatz eines aktionsorientierten Konzeptes. So wundert es kaum noch, daß der Turmbau vor allem von den wenigen unabhängigen und autonomen Gruppen und Menschen in der Region initiiert und getragen wurde. Die anderen BIs waren eher wohlwollende

Beobachter und die rechtsstaatlichen Verteidiger des Turms.

Von Bedeutung war auch das scharfe Durchgreifen des Innenministeriums:

1. Beim Turm. Dieser wurde nach der Errichtung auf direkte Weisung von oben bewacht und am Vortag der Demo abgerissen, was noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird.
2. Bei der Demo, wo etwa 6.000 Polizisten die Anreisenden kontrollierten.
3. In einer bisher die dagewesenen Pressekampagne gegen die WAA-Gegner als »Gewalttäter«, »von außen gesteuert« usw.

Die bayrische Staatsregierung machte sich alle Ehre und es wirkte so dick aufgetragen, das es (für den langjährigen AKW-Gegner) fast lächerlich war, aber die Menschen dieser Region müssen ihre Erfahrungen selbst machen. Vielleicht will Strauß auf diese Weise die Konkurrenz mit Albrecht um die erste WAA entscheiden. Einige SPDler im Landtag wittern in dieser »überzogenen Machtdemonstration« wieder ihre Chance und werfen in die Debatte, ob nicht Dragahn der bessere Standort sei. Schließlich sei den Bürgern der Oberpfalz die Ungewißheit darüber, ob die Anlage nun kommt oder nicht, nicht länger zuzumuten. Ihre größte Sorge ist offenbar die Gefahr der Störung des sozialen Friedens!

Und die Bürgerinitiativen?

Die Hoffnung, mit der Demo den spontanen Protest und Widerstand zusammenzufassen, war etwas daneben. Vor allem die BI Schwandorf als örtliche Initiative hat sich in dieser Hinsicht keine Spuren verdient. Die BI Schwandorf hatte eine solche Demo zum Bohrbeginn lange Zeit abgelehnt und überraschte dann mit dem Vorschlag zu einer bundesweiten Aktion. Ich verband damit die Hoffnung, daß sich jetzt, wo es konkret Richtung Baubeginn geht, neben anderen Formen auch Ansätze zu einem aktionsorientierten Widerstand zeigen. Diese Hoffnung blieb eine Illusion, Aktionen am Bohrplatz fehlten. Deutlich wurde auch: Der Zeitgeist gehört dem Frieden, und die spontan handelnde, bewegliche bundesweite Bewegung gibt es nicht mehr. Die verbliebenen BI-Aktivistinnen in den Städten können auch nicht mehr »die Massen« mobilisieren. So kommt es wieder stärker auf die regionale Widerstandsbewegung an, und diese tut sich in der Oberpfalz schwer gegen den herrschenden Meinungsblock der staatstragenden Parteien. Mit der Demo entwickelte sich jedoch eine Loyalität der verschiedenen Widerstandsströmungen, von den Vertretern des Rechtsweges bis zu den Anhängern direkter Aktionen. Die Bereitschaft, sein

Leben zu ändern, im Widerstand zu leben und in Opposition zu den staatlichen Verhältnissen, beschäftigt heute mehr Menschen als vorher.

Wie weiter?

Erste Ansätze wurden auf der Dachverbandssitzung angerissen. Fest steht bisher nur, daß die »verantwortungslosen autonomen Gruppen« am 17. Juni am Bauplatz eine Bildungsveranstaltung mit dem Thema »Wir hauen auf die Pauke« durchführen werden. Ziel: Aufbau eines Volksbildungswerkes.

Die Oberpfälzer BIs werden fast nur noch von den Aktivisten getragen. Das aktivierbare Umfeld ist kleiner geworden. Die mühsame Diskussion und Arbeit, einen solchen Unterbau wieder für die Bis zu schaffen, beschäftigt die Aktivisten gegenwärtig.

Weiteres ist noch nicht zu veröffentlichen. Fest steht nur eines: Es sind immer zu wenig Hände da, wenn es praktisch etwas zu tun gibt.

Herbert, Nürnberg



13/14. AUGUST

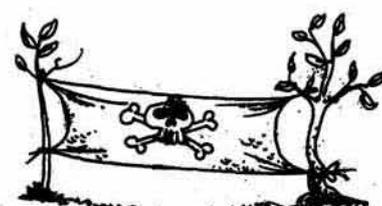
2. Anti - WAAhnsinnsfestival

Die im letzten Jahr gestartete »Anti-WAA-Festival-Reihe« findet heuer ihre Fortsetzung. Ziel der Veranstaltung ist ein Treffen aller WAA-Gegner, jeden Alters, und all derer, die es werden wollen. Geboten wird, unter freiem Himmel, viel Musik, Theater, Information, Speiß und Trank.

Veranstalter ist erneut die Jugendzentrum-sinitiative e.V. Burglengenfeld. Interessierte merken sich Ort und Zeitpunkt schon jetzt im Terminkalender mit Rotstift an, um am Wochenende vom 13. auf den 14. August rechtzeitig mit Sack und Pack, Kind und Kegel und viel guter Laune auf dem Lanzenanger in Burglengenfeld zu erscheinen - der Weg wird ausgeschildert. Wer will, kann auch übernachten. Platz für Zelte ist vorhanden. Die 5,- DM Unkostenbeitrag pro Tag dürften auch sicher nicht zuviel verlangt sein. Auf dem Programm stehen: am Samstag, Beginn 14 Uhr: Brandnew (Jazzrock), Fuzz Wittke (Liedermacher), Matata (Afro-Jazz), Averall Daltons Rache (Rock-Show), Munju (Jazz). Am Sonntag, Beginn 10 Uhr: Second Workscop (Jazz), Trio de Janeiro (Samba), Checkpoint Charlie (Polit Rock), Crash (Funk Jazz), Crample (Jazz Rock); außerdem wird am Sonntag den ganzen Tag über für Unterhaltung durch die » Spielkaravane « (Theater, Gaukler, Feuer-schlucker...) gesorgt.

Des weiteren bietet das JZ B'feld noch eine Pantopmimen-Einlage. Alle, die gerne einen Stand, insbesondere zum Thema Umwelt, aufschlagen oder sonstige Vorschläge zum Fest machen möchten, wenden sich an:

**Initiative Jugendzentrum im Städtedreieck e.V.,
Schwandorferstr. 5
Postfach 1174
8412 Burglengenfeld.**



Die WAA in Schwandorf und der Widerstand dagegen

Liebe Leserinnen und Leser,

bevor wir auf unseren Gegenstand eingehen, erlaubt uns einige kurze Vorbemerkungen.

Wir, das sind der Robert und der Olli, schreiben diesen Artikel als persönliche Einschätzung der Situation. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß es eine BI-Meinung hierzu nicht gibt, da die gesamte politische Meinungsvielfalt sogar auf den Sprecherratsitzungen vorhanden ist, möchten jedoch hinzufügen, daß wir beide seit längerer Zeit aktiv in der BIWAK mitarbeiten. Wir kommen nun ohne Umschweife zur Sache.

Die bisher herausragendsten Ereignisse des Widerstandes waren wohl die drei Großdemos: 15. März 1982 in Schwandorf, 4. Sept. 1982 in Regensburg und 21. Mai 1983 am Baugelände in Altenschwan. Die Teilnehmerzahlen sanken hierbei von 15.000 auf 10.000 und 5.000 jeweils ab.

Die Einschätzung der Gesamtsituation im Sprecherrat der BIWAK reicht nunmehr von Optimismus bis hin zu fast offener Resignation, dies nicht zuletzt deswegen, weil die anfangs starke Schwandorfer BI zwischenzeitlich zur Karikatur einer Widerstandsbewegung verkommen ist, die momentan zu keiner aktiven Widerstandspolitik in der Lage ist.

Unsere bereits seit längerem vertretenen Auffassungen scheinen sich zu bewahrheiten: Es hilft nichts, auf

höhere politische Einsicht der Verantwortlichen zu warten, ebensowenig wie es hilft, sich auf das geltende Recht zu verlassen (siehe z.B. den Abriß eines Aussichtsturmes gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes). Auch haben Großdemonstrationen, nicht zuletzt weil diese Veranstaltungen bisher immer seitens des Staates kalkulierbar waren, ihre überraschende Wirkung verloren.

Was die Mehrheit in der Bevölkerung angeht, so kann man nun die Lage einigermaßen realistisch einschätzen und dadurch auch erkennen, wie der Widerstand tatsächlich aussieht. Genausowenig wie sich die Befürworter auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen können, können es die Gegner der WAA. Bei einer Abstimmung käme es wohl darauf an, wer die 30 - 40 % (wahrscheinlich jedoch 80 %) unentschlossenen auf seine Seite ziehen könnte. Zur Frage WAA Ja oder Nein gehört nun einmal mehr als nur das Lesen der Ortspresse und das Sehen und Hören sog. objektiver Berichte. Letzendlich kann bei dem Informationsstand der Bevölkerung, der Wohl oder Übel zum Großteil auch vom Informationswillen abhängt, von echter Betroffenheit weiter Einwohnerkreise nicht gesprochen werden. Das Sein bestimmt das Bewußtsein und es scheint, daß erst nach einer größeren atomaren Katastrophe Betroffenheit und Bewußtsein entsteht.

Der Kampf gegen die WAA ist zwar auch ein Kampf um die Mehrheit in der Bevölkerung, doch ist Widerstand nicht erst dann legal, wenn er von einer Mehrheit getragen

wird (siehe die Situation im 3. Reich). Auch ist zu beachten, daß die Mehrheit allein noch nicht zur Verhinderung von Projekten ausreicht, wie dies bei der Startbahn West oder in Gorleben zu erkennen war!

Wir sehen unseren Widerstand als einen Teil des Widerstandes gegen nicht mehr akzeptable gesellschaftliche Entwicklungen an (Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr). Sollte hierbei der Widerstand gegen die WAA auf einen kleinen Kreis echt Betroffener begrenzt bleiben, so müssen eben die Widerstandsformen entsprechend angepaßt werden. Statt Massenaufläufe hin zu autonomen Kleingruppen mit eigenen Methoden und von Seiten der BI höchstmögliche Toleranz diesen Gruppen gegenüber. Nebenher müssen natürlich weiterhin die altbewährten Methoden der Information treten (z.B. Flugblätter, Veranstaltungen). Hierfür sehen wir in unserer BI ganz brauchbare Ansätze.

Allerdings: Der Kampf ist noch lang und ein Haufen an Niederlagen erwartet uns. Harakiri und Märtyrertum helfen nicht, auch nicht das Jammern um die frühere Stärke der Anti-Atom-Bewegung (siehe hierzu den Leserbrief von P. Weis in der taz v. 13. 6.1983), trotzdem bleibt zu hoffen, daß die DWK und ihre Erfüllungsgehilfen kaum ruhige Zeiten erleben werden.

Wenn man/frau Kritik oder Anmerkungen zu unseren Einschätzungen haben, so schreibt bitte an: Oliver Wolf, Lindnergasse 3, 8400 Regensburg - Danke!

Robert & Olli



Leserbriefe zu Schwandorf

Die Enttäuschung steckt uns in den Knochen!

Zur Anti-Kernkraft-Bewegung

Wurden wir allein gelassen? Vor zwei Jahren folgten noch 120.000 Kernkraftgegner dem Aufruf zur Gorleben-Demo nach Hannover.

Vor zwei Wochen marschierten noch ganze 5.000 auf der „bundesweiten Großdemo“ in Wackersdorf gegen die bayerische WAA.

Selbst das bayerische Innenministerium hatte mit weitaus mehr Andrang gerechnet, was auch das Polizeiaufgebot zeigte (6.000).

Ist die Oberpfalz schon Niemandsland, wo sich die Atomindustrie austoben darf?

Dem größten Teil der bundesrepublikani-

nischen „Bewegung“ und auch unserem Verband scheint es nicht zumutbar, auch einmal weite Anfahrtswege und ein anstrengendes Wochenende in Kauf zu nehmen, um den bundesweiten Widerstand und praktische Solidarität mit den direkt Betroffenen zu demonstrieren. Sollten wir uns geirrt haben, daß genau dieses gemeinsame An-einem-Strang-ziehen einer der Kernpunkte unserer Bewegung ist?!

Wir fühlen uns immer auch dem „Rest“ der BRD verpflichtet.

Mit solidarischen Grüßen,

SJD die Falken OV-Weiden, Teilnehmer des Anti-WAA-Camps bei Schwandorf

Leserbriefe aus der TAZ v. 6.6. und 13. 6.

Betr.: Zum Leserbrief v. 6.6.

Es ist für mich immer noch interessant, daß es immer wieder Leute gibt, die der Anti-Atom-„Bewegung“ nachtrauern. Könnt ihr da nicht mal überlegen, warum die Leute nicht nach Schwandorf oder meinetwegen Marlenberg / Rosenheim (AKW geplant) zur Demo kommen? Für mich gibt es da mehrere Gründe, die auch für die ach so große Friedensbewegung gelten bzw. gelten werden:

Die Leute haben bei den jetzigen Verhältnissen (ich auch) keinen Bock, quer durch Deutschland zu so einer Demo zu fahren, weil da doch immer wieder die selbe Scheiße abläuft. Entweder du darfst kilometerweit latschen und läufst dich halb tot, oder du langweilst dich vor der Bullensperre und die lassen dich nicht durch. Dazu kommen vielleicht noch ein paar „Verrückte“, die die Bullen unbedingt mit Matsch etc. beschäftigen müssen (siehe Kalkar). Alle sind gegen AKW's, doch jeder hat seine größten Sorgen im täglichen Kampf des Lebens. Die Leute in Schwandorf brauchen nicht auf die Bewegung der „100.000 Brokdorfer“ zu hoffen, denn wenn es die Leute überhaupt noch gibt, so erfahren sie eigentlich gar nichts von euch und wohnen auch nicht unbedingt so nah an Schwandorf. Das soll heißen, ihr müßt die Oberpfalz mobilisieren - und eventuell Bayern. Denn das sind die ersten Betroffenen. Daß sich da nix rührt, ist ja auch klar, wenn keiner in Bayern was macht, es sind einfach zu wenig Leute, die da arbeiten.

Was nützt es, wenn wir uns zu Hunderttausenden gegen Schwandorf/Gorleben versammeln, doch die Bauarbeiter aus Schwandorf lieber ihr eigenes Grab schaufeln? Die Angereisten sind am nächsten Abend wieder weg. Eure Aktion mit dem Turm ist eigentlich ganz gut gewesen, doch war damit klar, daß die Bullen größtes befürchteten. Ihr habt damit zwar nicht die Bullen aus allen Löchern gelockt, denn die kommen ja sowieso, jedoch sicherlich manchen „Bürger“ verschreckt.

Die Oberpfalz hat nach meinen Informationen sehr viele Fehler gemacht. Allein die Tatsache, daß die Schwandorfer BI am Abgrund steht, ist bezeichnend. Die größte BI in Bayern (Schwandorf) ist nicht bereit, eine Demo zu machen, die Leute aus Nürnberg oder Regensburg machen die großen Arbeiten. So weit ich jetzt erfahren habe, ist im Rahmen der BI Schwandorf keine Arbeit mehr möglich.

alle Gruppen kommen zu keiner Arbeit, weil der Vereinsvorstand nicht mitmacht. Schon zur 1. Demo im März '82 war es sehr schwer, die Schwandorfer dahin zu bringen, daß es in Schwandorf eine Demo gibt (Landeskonferenz der BI Bayern). Die Leute von der Lako sind und waren in Schwandorf nie erwünscht. Solange ihr euch diese Vereinsmeierei in Schwandorf leistet, solange wird auch kein Widerstand in die Oberpfalz kommen.

Die AKW-Gegner in der BRD werden sicherlich nicht zu tausenden zu irgend einer Demo fahren, es muß schon einen Sinn haben und wenn sich da regional gar nicht zu mobilisieren.

Besonders sollten so Leute wie diese Politmacher, die da mit Hunderttaus-

der-Zahlen auf Konferenzen rum-schmeißen, auch mal überlegen, was es für jeden Einzelnen konkret kostet, auf so eine Aktion zu gehen (außer dem privaten Risiko). Brokdorf hat nach Aussage des BBU die Teilnehmer ca. 6 Mio. DM gekostet.

Ohne Presse und den ganzen Wirbel wären niemals so viele dort hingefahren. Überlegt euch lieber mal in der Oberpfalz, was da Scheiße lief, als daß ihr irgendwelchen Einsern mit vielen Nullen nachjammert. Vielleicht schaffen wir's dann im Rahmen vom „Kampf“ um Wyhl '84 auch in Bayern bzw. in der gesamten BRD und Umland, mal zu zeigen, was wir wollen. Demolieren und Demonstrieren sollten wir mal kleiner schreiben, größer vielleicht Blockieren!

Peter Weis, Würzburg-Berlin

OHU

CSU – Strategie gegen AKW-Gegner?

Mitterteich, Schwandorf! Paßt auf !!!

Die jüngsten Ereignisse in Landshut stärken den Verdacht, daß die CSU eine Strategie fährt, um regionalen Bürgerprotest im Zaum zu halten.

Die CSU-geführte Stadt Landshut stellte sich an die Spitze des Widerstands gegen das AKW Isar 2, ein 1200 MW-Reaktor, an dem seit Sommer 1982 gebaut wird.

Im August reichte die Stadt Klage gegen die Baugenehmigung ein. Somit wurde dem Unmut in der Bevölkerung gegenüber den Atomprojekten an der Isar Rechnung getragen. Denn nach der Stilllegung des Reaktors in Niederaichbach und den zahlreichen Störfällen im AKW Ohu 1 sind die Menschen in dieser Region gegenüber der Atomenergie nicht mehr vorbehaltlos. Doch die örtlichen CSU-Macher nahmen sich der Sorgen ihrer Wähler an und bremsen so deren Widerstandsbereitschaft. Anfang Juni zog nun die Stadt Landshut ihre Klage zurück. Betroffen reagierte das Landshuter Bürgerforum gegen Atomkraftwerke, deren Erklärung wir im folgenden abdrucken.

Als für die Stadt Landshut peinlich und für deren Oberbürgermeister Deimer entlarvend kommentierte der Vorstand des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke die Rücknahme der Klage gegen die Baugenehmigung gegen das AKW Ohu 2 bei Landshut. Denn die Aussichtslosigkeit der städtischen Klage zur Verhinderung von Ohu 2 war von vornherein klar, weil Landshut als Stadt in einem derartigen Prozeß nur eine Planungs-betroffenheit und wasserrechtliche Belange, keinesfalls aber die Gefährdung der einzelnen Bürger von Leben, Gesundheit und Eigentum geltend machen konnte.

Wo hebt se den Atomschiet laten?

Fortsetzung von Ohu

Durch den Zubau des dritten Atomkraftwerks in der Region war aber die Planungsbetroffenheit nicht in besonderer Weise berührt und in Bezug auf die wasserrechtlichen Belange hätte sich Landshut in blamabler Weise jedenfalls die eigene grobe Isarverschmutzung infolge Fehlens einer wirksamen Kläranlage vorhalten lassen müssen. Aus diesen Gründen hätte die Stadt Landshut von Anfang an auf eine eigene Klage verzichten sollen und lieber die hierfür angesetzten und jetzt verschwendeten Geldmittel zur Ermöglichung und Mitfinanzierung von allein aussichtsreichen Bürgerklagen bereit stellen sollen, wozu der Oberbürgermeister mehrfach in eindringlichen Appellen vom Bürgerforum und von anderer Seite - leider erfolglos - aufgefordert worden war.

Was sollte die Klage der Stadt Landshut also, für die sich Deimer jetzt entschuldigt? Sie war offenbar nur das wohlkalkulierte Feigenblatt des selbsternannten Landshuter Anti-Atom-Siegfried, das dieser nun rechtzeitig vor der ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Drachen der Atomindustrie wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen hat, ohne daß sachlich oder juristisch irgendwelche neuen Argumente aufgetaucht sind. Schon durch seine früher noch laut erklärte Atomgegnerschaft hat Deimer einem breiten Bevölkerungswiderstand gegen den weiteren Ausbau des atomaren Pulverfasses vor den Toren Landshuts einen Bärendienst erwiesen und diesen notwendigen Widerstand letztlich abgefangen. Dafür schulden ihm die Betreiberseite und die Bayerische Staatsregierung einschließlich Staatskanzlei jede Art von Dank. Durch die Klagerücknahme zum jetzigen Zeitpunkt, wo das laufende Baustopverfahren der vom Bürgerforum unterstützten privaten Klägerin in die entscheidende Phase getreten ist, kann sogar dieses Verfahren auch noch negativ beeinflusst werden. Ist dieses alles nur Zufall oder eiskalt geplant ???

Für einen wirklichen Atomgegner reicht es eben nicht aus, sich seine vergangene Atomgegnerschaft von der Hofberichterstattung immer wieder nur bestätigen zu lassen, wenn die Zukunft von hunderttausend Bürgern und nachfolgenden Generationen auf dem Spiel steht. Hier wären Taten notwendig gewesen, nicht nur bloßes Reden oder eine Alibi-Klage: als wichtigste Tat die volle finanzielle und ideelle Unterstützung der allein aussichtsreichen Klagen betroffener Bürger, deren Klagebereitschaft dem OB und dem Stadtrat rechtzeitig mitgeteilt wurde.

Für das Bürgerforum ist jedenfalls klar geworden: Weder unser oberster Stadtbürger noch die ihm jederzeit hörige Stadtratsmehrheit oder der Ältestenrat werden Ohu 2 und weitere Atomanlagen verhindern oder auch nur verhindern wollen, wenn dies die Bürger dieser Stadt nicht selber in die Hand nehmen.

★★★★★



Anfrage der Fraktion der Grünen im nieders. Landtag am 8.3.83

Seit fünf Jahren ist das AKW Lingen I außer Betrieb. Es gilt als stillgelegt. Die Brennstäbe sollen lt. Zeitungsberichten in die WAA Windscale abtransportiert worden sein. In der Öffentlichkeit sind Zweifel aufgetaucht, als kürzlich der Ausbau eines Notstromaggregats unter Auflagen genehmigt wurde, die die Aufrechterhaltung weiterer Kühlkapazität vorschrieben. Ferner ist bekannt, daß der Anlagenteil von Windscale, der der Verarbeitung von Leichtwasserreaktor-Brennelementen dient, seit 1973 radioaktiv verseucht und stillgelegt ist.

Der Minister für Bundesangelegenheiten Hasselman, erklärte dazu, der Abtransport der Brennstäbe „erfolge planmäßig“, von den bei Außerbetriebnahme im AKW vorhandenen 367 bestrahlten Brennelementen seien bisher 257 nach Windscale abtransportiert worden, der Rest soll bis Mitte dieses Jahres weg sein. Das sonstige radioaktive Inventar, z.B. der Primärkreis, befindet sich in der Anlage. Der Herr Minister mußte zugeben, daß in Großbritannien bislang noch nichts aufgearbeitet wurde, sondern alles im Zwischenlager gelagert sei. „Es gäbe keine Hinweise, daß die Engländer ihre Verträge nicht voll erfüllen und die Brennelemente nicht abnehmen.“

Auf die Frage der Grünen, wie denn der arbeitende Teil der WAA Windscale, der für die in Großbritannien benutzten Brennelemente von Gasgraphitreaktoren ausgelegt sei, die Leichtwasserbrennelemente aus Lingen aufarbeiten soll, verstieg sich Hasselman zu der Äußerung, wenn die Verarbeitung der in GB vorhandenen Abfälle erledigt sei, er schätze in wenigen Jahren, würde man soweit sein, auch alles andere verarbeiten zu können.

Den genauen Inhalt der Verträge, ob und wann die Brennelemente in die BRD zurückkehren, kannte Hasselman nicht. Er war aber trotzdem gu-

ten Mutes über eine Lösung des Problems, die Reste des radioaktiven Inventars würden in einem „absolut sicheren Einschlußkreis“ eingeschlossen, dort 25 bis 30 Jahre verbleiben, um festzustellen, ob überhaupt Gefahren bestehen.

Die Briten seien auf jeden Fall verpflichtet, alles abzunehmen, die BRD sei hingegen nicht verpflichtet, etwas zurückzunehmen. Von der Tatsache, daß in GB 90 % des radioaktiven Abfalls von Windscale in der Nordsee versenkt und auf diese Weise auch der Atom Müll aus Lingen zur Erfüllung der Verträge beseitigt werden könnte, hatte Hasselman noch nie etwas gehört.

Als ein grüner Abgeordneter auf einem Zeitplan für die Aufarbeitung der Brennelemente beharrte, beendete Hasselman die Debatte mit der Aussage „Herr Präsident, die dringliche Anfrage betraf das KKW Lingen. Dort wird der Abtransport Mitte des Jahres erledigt sein, damit ist die Frage beantwortet. Andere Fragen wurden nicht gestellt.“ (Beifall bei der CDU). Um die Beseitigung des Atomschiet brauchen wir uns nach Hasselman jedenfalls überhaupt keine Gedanken zu machen, denn „wir wissen es, und das ist richtig“ (Zitat Hasselman).

★★★★

Kein Atommüll

BAUPLATZ EINGEWICKELT

6 Jahre Widerstand haben die BI Ahaus nicht entmutigt.

Zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen sollten Anfang Juni die Bevölkerung auf den Anhörungstermin für das Zwischenlager am 21. Juni vorbereiten.

Höhepunkt der Mobilisierungskampagne war die Demo am 11. Juni. Das längste Anti-AKW-Transparent der Welt wurde von der Innenstadt bis zum ca. 3 km entfernten Bauplatz entrollt. Anschließend wurde unter dem Motto, sich nicht von der Atomlobby einwickeln zu lassen, der Spieß umgedreht, und der Bauplatz selber mit dem Transparent von der Außenwelt abgeschottet.

in Ahaus

Unterm Strich

INFO'S

Störfälle

Einige »schöne Ereignisse« bei bundesdeutschen AKW aus dem letzten Jahr nach der jetzt veröffentlichten Störfallliste. Sie sind aus insgesamt 134 gemeldeten Ereignissen ausgewählt:

OHU

Anstieg der Aerosolaktivität bei Arbeiten am Reaktorwasserreinigungssystem; Versagen mehrerer Rohrleitungsstoßbremsen bei wiederkehrender Prüfung; Starke Sturmboe führt zum Ausfall der Eigenbedarfsversorgung;

Brunsbüttel

Ausfall eines Notstromdiesels infolge einer defekten Steuerkarte bei wiederkehrender Prüfung;

Grafenrheinfeld

Bruch von Ventilspindeln an Magnetventilen von Absperrarmaturen bei Instandhaltungsmaßnahmen.

Neckarwestheim

Eingefrorene Entwässerungsleitung führte zur Leckage im Speisewassersystem bei Leistungsbetrieb; Blitzschlag in den Hauptnetzanschluß führt kurzzeitig zum Notstromfall; Gegenseitige Beeinflussung von Reaktorschutzbausteinen verhindert Meldung »Schaltkettenstörung«; durch induktive Einwirkung wird Schalten eines Zeitgliedes im Reaktorschutz verhindert;

Biblis A

Ausfall mehrerer Aktivitätsmeßstellen wegen Ausfall der Versorgungsspannung;

Biblis B

Nichtöffnen einer Armatur im Not- und Nachkühlsystem1

Würgassen

Falsche Anzeige einer Aktivitätsmeßstelle in der Kaminüberwachung durch defektes Kabel; Anschneiden der falschen Speisewasserleitung bei Umrüstungsarbeiten.

Für das alte AKW Grundremmingen ist inzwischen die offizielle Stilllegungsgenehmigung erteilt worden. Interessant ist, daß jetzt »nur leicht verseuchte« Teile abmontiert werden dürfen. Wohin wohl?

Ex und hopp

Die nächste Sauererei der Bundesregierung ist schon im Anmarsch. Sie hat einen »Bericht über Möglichkeiten zur Beschleunigung der atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufes« verfassen lassen.

Dazu zählen insbesondere Brennelementfabriken, WAAs und Zwischenlager. Dabei sollen insbesondere die Gutachter in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden, damit sie nicht zuviel prüfen; ganze Teilkomplexe der Anlagen aus der Überprüfung im Genehmigungsverfahren herausgenommen werden; gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden um Teile von Anlagen ohne öffentliches Genehmigungsverfahren genehmigen zu können usw.

Begründet wird das alles damit, daß die Atombetriebe sonst ins Ausland abwandern könnten!

Pleite

Nachdem die Rückgänge in den USA bei den Kernkraftwerksbauten langsam weltweit bekannt werden, hat auch Spanien sein großes AKW-Ausbauprogramm stark zusammengestrichen. So sollen fünf Anlagen nicht mehr gebaut werden, darunter auch Trillo-1 und -2, die von der KWU geliefert werden sollten.

Zukunft?

Bürgerdialog abgebrochen

Bei der im Juni in Münster stattfindenden neuntägigen Ausstellung »Es geht auch anders« über Energiealternativen fanden die Veranstalter trotz intensiven halbjährigen Bemühungen keinen Vertreter von Regierung und Energiewirtschaft für die Eröffnungsveranstaltung.

Wenn es um das Thema »Energieversorgung in der Zukunft - Können wir auch ohne Atomstrom leben?« geht, werden Klaus Traube von der FU Berlin und Dieter Vielfues (Öko-Institut Freiburg) alleine auf dem Podium sitzen. Nacheinander haben abgesagt.

RWE, VEW, Badenwerk, Elektromark und VDEW, Dt. Atomforum, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Informationszentrum der Elektrizitätswerke sowie Vertreter der Kernforschungsanlagen Karlsruhe und Jülich.

Keine der Organisationen erklärte sich zum Vortragen ihrer energiepolitischen Konzepte und zum Dialog über Fragen der Atomenergienutzung bereit.

Ob die Herrschaften sich aus Angst verweigerten, mag wohl niemand mehr glauben. Die Lösung liegt wohl eher in ihrer Arroganz - sie haben es nicht mehr nötig, sich mit den Menschen um Existenzfragen auseinanderzusetzen.

RSK + TÜV

Die Reaktorsicherheitskommission (RSK) hat hinter verschlossenen Türen die Freigabe für die Atommüllager in Ahaus und Gorleben erteilt. Am 10. Juni wurde der Beschluß veröffentlicht. Daß die RSK den Atommüllagern zustimmen wird, war klar. Neu ist aber, wie die Herren der RSK in ihrem Beschluß mit den offiziellen Gutachtern, dem TÜV Hannover, umspringen. Der TÜV hat nun wahrhaftig kein besonders kritisches Gutachten gemacht. Aber selbst das, was der TÜV vorgelegt hat, war der RSK nicht locker genug. Die Hälfte des Beschlusses besteht in Beschimpfungen des TÜV, er berücksichtige zuviel Unfallmöglichkeiten, er mache zu vorsichtige Annahmen, und gipfelt in der Feststellung: »Die RSK stellt fest, daß die Festlegungen im Gutachten des TÜV Hannover in diesen Punkten unrealistisch konservativ sind.« Damit reiht sich die ach so unabhängige RSK öffentlich unter die Atomlobbyisten ein, die inzwischen versuchen, auch noch den letzten etwas vorsichtigen TÜV-Gutachter mundtot zu machen. Die Kerntechnikwissenschaft verkommt immer mehr zu einer Art »Lyssenko-Biologie« wie in der Sowjetunion der dreißiger Jahre oder »Deutscher Physik« aus derselben Zeit.

Brüter Hearing '83:

Zivile Atombombenproduktion

Der BBU und die AGÖF (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute) veranstalteten in Bonn das internationale Brüter-Hearing '83. Das Hearing stieß unverdientermaßen in der Öffentlichkeit nur auf geringe Resonanz und wurde, vermutlich wegen der Brisanz des Themas, in den Medien (Ausnahme: TAZ) totgeschwiegen. Brisant ist dieses Thema, weil mittlerweile bekannt ist, daß Brüter in den USA und in Frankreich nicht betrieben oder gebaut werden, weil sie billiger Strom liefern, sondern weil sie waffentaugliches Plutonium ausbrüten sollen. Mit diesem Wissen stellt sich natürlich die Frage, wieso die Bundesregierung am Schnellen Brüter in Kalkar festhält. Das System dieses Brüters ist veraltet und zu teuer, also nicht für den Export geeignet, kann keinen preisgünstigen Strom erzeugen und ist extrem unsicher. Das Anliegen der Veranstalter war, bewußt zu machen, daß mit dem Brüterprojekt in Kalkar auch militärische Interessen verbunden sind.

Bob Alvarez (Environmental Policy Institute, USA) stellte dar, auf welche Art und Weise in den USA zur Zeit versucht wird, Plutonium für die ehrgeizigen Aufrüstungspläne der US-Regierung zu gewinnen. Die ursprüngliche Einheit der zivilen und militärischen Atomtechnologie wird wieder angestrebt: Bomben aus Atom Müll und dem Schnellen Brüter. Ähnlich sieht es in Frankreich aus. Yves Lenoir (Energie et Développement, Freunde der Erde) berichtete über das franz. Atomprogramm und die Atomstreitmacht „force de frappe“. In Frankreich wird ab 1984 der Bedarf an waffenfähigem Plutonium durch den Brüter Super Phenix in Malville, an dem auch die BRD beteiligt ist, gedeckt. (siehe auch Atom Müllzeitung Nr. 23, Berichte vom Gorleben/ Dragahn Hearing). Hariolf Grupp (IFEU) ging in seinem Beitrag auf die technischen Möglichkeiten zur zivilen Atombombenproduktion ein. (s.u.)

Die deutsch französische Zusammenarbeit der zivilen Atombombenproduktion war das Thema von Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie). Dabei ging er auch auf den „Weg zur Atombewaffnung“ der BRD ein (s.u.). Dieses Thema fällt in der BRD in der Regel sofort

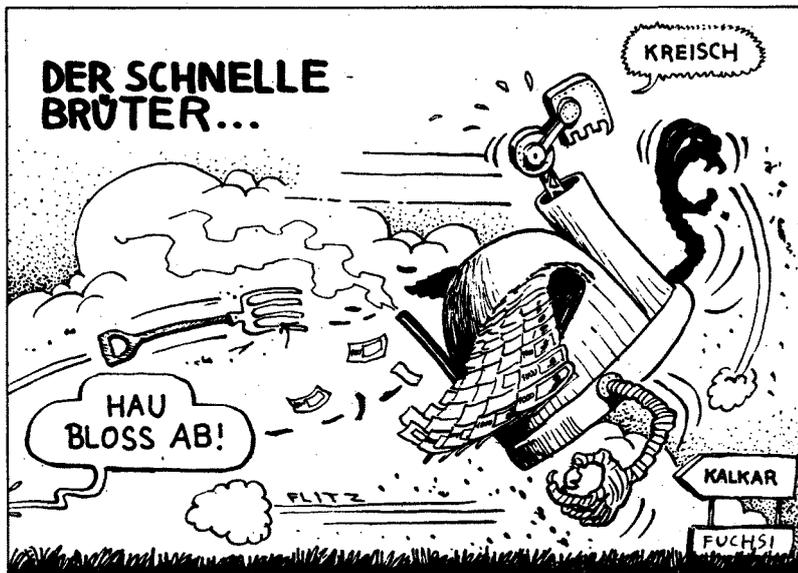
unter den Tisch. Anscheinend gibt es auch in der Anti-AKW-Bewegung und in der Friedensbewegung starke Berührungspunkte mit dem Gedanken einer möglichen Atombewaffnung der BRD. Aber zunächst stellen wir die vier Wege dar, auf denen es möglich ist, das für moderne Atomwaffen unerläßliche Plutonium 239 zu gewinnen. Die in den USA gebräuchlichen militärischen Produktionsreaktoren können keinen Strom erzeugen, weil die Brennelemente nur kurz (14 Tage) im Reaktor verbleiben und dann zur Abtrennung des Plutoniums wiederaufgearbeitet werden müssen. Durch die für die Stromerzeugung notwendige längere Bestrahlung (3 Jahre) der Brennelemente wird Plutonium erzeugt, mit dem nur „große“ Bomben hergestellt werden können.

In Frankreich und Großbritannien werden Magnox-Reaktoren, die entweder Strom oder Waffenplutonium erzeugen, verwendet. Das erzeugte Waffenplutonium wird in den militärischen WAAs von Marcoule und Windscale abgetrennt. Durch die Laserisotopentrennung wird es möglich, mit einem Laserstrahl die verunreinigten Plutoniumbestände langbestrahlter (aus „zivilen“ AKWs) Brennelemente abzutrennen und Plutonium 239 anzureichern. In den USA soll in der zweiten Hälfte der 80iger Jahre eine Demonstrationsanlage in Betrieb genommen werden. Die Schnellen Brüter, die in Frankreich bereits in Betrieb bzw. in Bau sind, erlauben es, „gleichzeitig große Mengen Strom sowie waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Diese Anlagen sind sozusagen Umwandler von Plutonium-Isotopen; sie verbrauchen im Reaktor Plutonium, das aus abgebrannten Brennelementen derzeit betriebener Reaktortypen stammt, und produzieren im Brutmantel aus dem Uran praktisch reines Plutonium 239. Die theoretische Produktionskapazität an Waffen-Plutonium der Brüter Phenix und Super Phenix entspricht umgerechnet 35 bzw. 110 Atomsprenköpfe pro Jahr.“ (Yves Lenoir beim Brüter Hearing '83). Der Brüter ist also der ideale Zwei-Zweck-Reaktor. Im Brutkern des Brüters wird der Strom im Brutmantel, der den Kern radial und axial

umgibt, das begehrte Plutonium produziert. Teile des Brutmantels können ausgewechselt werden, ohne die Gesamtanlage abstellen zu müssen. Auch unrentable Brüter, die kein Extra-Plutonium schaffen und nur wenig Strom produzieren; wandeln das Brutmanteluran in Waffenplutonium um.

Der Weg der Atombewaffnung der BRD

In Frankreich sollen Schnelle Brüter, besonders der Super Phenix, zur Herstellung von Waffenplutonium eingesetzt werden. Diese Tatsache ist in zweierlei Hinsicht interessant. Zum einen ganz allgemein, weil es hier ganz offensichtlich wird, wie in dem Fall des Brüters die militärischen und zivilen Aktivitäten zusammenhängen. Walter Patterson hat dies auf dem Gorleben/ Dragahn Hearing erörtert und den Begriff „zivilitÄrisch“ für diese zweideutige Art von Aktivitäten geprägt. Zum anderen, und das ist noch erschreckender, betrifft dies nicht nur den Atomwaffenstaat Frankreich, sondern auch durch vielseitige Verflechtungen auch die BRD sowie weitere europäische Nicht-Atomwaffenstaaten. In der Entwicklung der Brütertechnologie besteht auf der Basis einer Vereinbarung von Energieversorgungsunternehmen aus 6 europäischen Ländern (BRD, Frankreich, GB, Niederlande, Belgien, Italien) von 1973, eines Regierungsabkommen von 1976 sowie von Verträgen von 1977 eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD. Einer der Hauptpunkte dieser Verträge beinhaltet, daß sämtlich Kenntnisse, die auf dem Gebiet der Brüter-Forschung während der Laufzeit dieser Verträge (1977 - 1997) erlangt werden und die vorher erlangt wurden, dem jeweiligen Partner nutzbar gemacht werden. Eine Differenzierung wird nicht vorgenommen, d.h. Forschungsergebnisse aus der BRD können in Frankreich im militärischen Bereich angewendet werden. Der Austausch, von dem wenig an die Öffentlichkeit gelangt, ist sehr intensiv. Schon 1980 war in der Zeitschrift „Kerntechnik“ zu lesen, daß in den ersten drei Jahren 250 Expertengespräche stattge-



funden haben und bereits 1.500 Dokumentationen ausgetauscht wurden. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe ist einer der Schwerpunkte der Forschung die Entwicklung verschiedener Brennstofftypen. Solche Forschungsarbeiten bringen es zwangsläufig mit sich, daß man einen reichen Erfahrungsschatz sammelt, der, wenn man es anstrebt, zur Bombenherstellung dienen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Zusammenarbeit ist der Bau des Super Phenix, wo die EDF (Electricité de France) einen Anteil von 51 % hält, die italienische ENEL einen von 33 % und die Firma SBK eine Tochterfirma der RWE 16 % hält. Die SBK stellt 16 % des Startinventars an Plutonium zur Verfügung. Der Super Phenix produziert im Brutmantel, wenn er wie geplant funktioniert, jährlich ca. 300 kg erstklassiges Waffen-Plutonium. Zusätzlich wird noch eine größere Menge Plutonium im Brutkern produziert. Unklar ist, in welcher Form die BRD das Plutonium wieder zurückbekommt, ob die gleiche Menge an Reaktor-Plutonium oder eine um die Bruttoreichhaltigkeit vermehrte Menge zurückgegeben wird. Es kann auch möglich sein, daß das Waffen-Plutonium paritätisch aufgeteilt wird, dann würde die BRD jährlich etwa 47 kg erstklassiges Bombenmaterial erhalten.

Auch auf dem Gebiet der Wiederaufarbeitung von Leichtwasserreaktor-Brennstoff – ebenfalls eine potentielle Quelle für waffenfähiges Plutonium – besteht seit 1971 eine Zusammenarbeit (überwiegend Kenntnisaustausch) zwischen Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik.

Die BRD unterstützt also, vor allem durch die Brütereinbarung, das franz. Kernwaffenprogramm. Sie hat aber keinerlei rechtliche Handhabe auf die Art der Verwendung des produzierten franz. Plutoniums einzuwirken. Darüberhinaus erlangt die

BRD durch die Mitarbeit am franz. Brütereinbarung - falls das erzeugte Waffen-Plutonium anteilmäßig zurückgegeben wird - die Verfügungsgewalt über Atomwaffenrohstoffe.

Dies gilt mit gewissen Einschränkungen auch für den Brütereinbarung in Kalkar, wenn er in Betrieb genommen wird, sowie für die Wiederaufarbeitung von Leichtwasserreaktor-Brennstoff. Die Wiederaufarbeitung weist techn. Nachteile auf, aber dafür fallen sehr große Mengen an Reaktor-Plutonium an. In der BRD ist das weitere Know how vorhanden, um ohne längere Einarbeitungszeit mit diesen Rohstoffen umgehen zu können.

Die Bundesregierung beruft sich darauf, daß die BRD den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet und damit auf die nationale Verfügungsgewalt verzichtet habe. Dieser Vertrag hat allerdings eine Kündigungsfrist von nur 90 Tagen. Außerdem läuft er in 12 Jahren aus - eine Klausel, auf der die BRD als Bedingung für ihre Unterschrift bestanden hatte! Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß hier die Ratifizierung des Nichtweiterverbreitungsvertrages durch die BRD durchaus kontrovers war. Führende bayrische Politiker waren damals keineswegs davon begeistert.

Die technischen Möglichkeiten für eine Kernwaffenproduktion in der BRD werden durch die Brütereinbarung und Wiederaufarbeitungspläne geschaffen. Die völkerrechtlichen Kontrollen sind schwach. Was den politischen Willen betrifft, so sind Entwicklungen in den kommenden Jahren denkbar, die den Anstoß für eine Entscheidung zum Bau von Kernwaffen geben könnten: etwa Zerwürfnisse im westlichen Bündnisystem oder andere tatsächliche oder angenommene Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse.

Für die mögliche Atombewaffnung der BRD gibt es verschiedene

Wege. Z.B. kann Plutonium für die Arsenale der NATO bereit gestellt werden, oder die BRD kann, wenn die Fertigungskapazitäten von Atomsprengköpfen knapp sind, diese selbst produzieren und sie der NATO zur Verfügung stellen. Dazu kommt noch der alte Traum von der deutschen Atombombe, der wieder aufgewärmt werden könnte.

Dies wäre die direkteste Form. Das Vorhandensein der technischen Möglichkeiten kann eine solche Entscheidung erleichtern oder sogar - als Kurzschlusshandlung - provozieren. Ein "mehrdeutiges" Atomprogramm mit zugleich zivilen und militärischen Nutzungsmöglichkeiten gestattet eine allmähliche Entwicklung bis hin zur endgültigen Entscheidung. Diese Entscheidung kann auch noch geheim bleiben, bzw. unter Umständen dann nicht mehr so brisant sein, da sie nur noch den letzten Schritt eines langen Weges darstellt.

Die Entscheidung der BRD für eine Beteiligung an internationalen oder eine Durchführung von eigenen Programmen im Bereich Schnelle Brütereinbarung und WAA ist daher auch - sei es gewollt oder ungewollt - als ein Schritt zur Atombewaffnung der BRD zu sehen.

★★★★★

Atomrüstung hat Vorrang in Frankreich

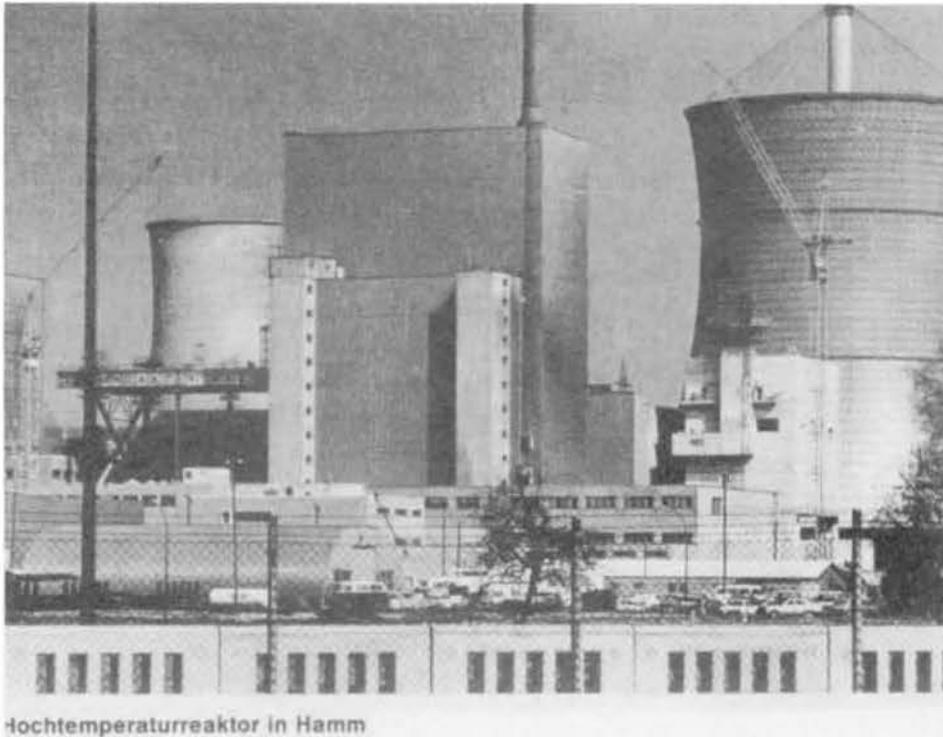
hbb. Paris

Die atomare Verteidigung hat nach Auffassung der von Sozialisten und Kommunisten getragenen französischen Regierung „Vorrang vor allen anderen Prioritäten“. Dies erklärte Verteidigungsminister Hernu am Donnerstag zum neuen mehrjährigen Verteidigungsrahmenplan, den die Regierung der Nationalversammlung vorgelegt hat. Das Plangesetz, das sich von 1984 bis 1988 erstreckt, sieht Gesamtausgaben für die Verteidigung in Höhe von 830 Milliarden Franc (276 Milliarden DM) vor. Davon sollen 30 Prozent dem Ausbau der strategischen und taktischen Atomstreitkräfte dienen.

Nach der Indienstellung eines sechsten mit Raketen bestückten Atom-U-Boots im Jahre 1985 soll noch 1988 der Bauauftrag für ein siebentes strategisches U-Boot vergeben werden. 1986 soll ein neuer atomar angetriebener Flugzeugträger auf Kiel gelegt werden, der ab 1995 den dann veralteten Träger „Clemenceau“ ablösen soll. Eine Entscheidung über den Bau einer Neutronenbombe steht noch aus.

HAZ u. 22.4.83

★★★★★



Hochtemperaturreaktor in Hamm

» Ist es nicht schon zu spät? « - Die Frage ist sicherlich berechtigt. Gemeint ist der Widerstand gegen den Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor (THTR) in Hamm-Uentrop.

Doch sowohl die Tatsache, daß die Bewegung sich im Moment fast nur noch mit der Kriegskiste beschäftigt - und das AKW-Programm in den Hintergrund getreten ist - als auch die für den Herbst angekündigten Probeläufe des Reaktors können die örtlichen AKW-Gegner nicht entmutigen.

Gerade jetzt, da sich die Lage zuspitzt, da seit Jahren mit dem THTR (neben Krümmel) der erste Reaktor in Betrieb genommen werden soll, stecken die Leute den Kopf nicht in den Sand. Fast genau ein Jahr nach der letzten Kalkar-Demo soll es im Westen wieder eine größere Anti-AKW-Demonstration geben. Termin ist für Mitte September vorgesehen.

Der THTR ist eigentlich immer ein Stiefkind der Anti-AKW-Bewegung gewesen. Es stand immer im Schatten von Brokdorf, Wyhl und vor allem Kalkar. Der Name fiel eigentlich immer nur im Zusammenhang mit dem »Schnellen Brüter« in Kalkar. Und wenn er fiel, dann hatte das nichts mit Widerstand zu tun, sondern nur mit nackten Zahlen - mit roten Zahlen. Ebenso wie der »Schnelle Brüter« brachte auch der THTR - beides Forschungsprojekte und Reaktorprototypen - sämtliche Prognosen hinsichtlich des Fertigstellungsdatums und der Kosten zu Fall.

Seit 1972 wird in Hamm der THTR 300 von der Hochtemperatur-Kernkraftwerke GmbH (HKG) gebaut, ein Herstellerkonsortium, dessen größte Gesellschafterin die VEW ist. Ausgeführt wird der Bau von einem Konsortium, das von den Firmen Brown, Boveri & Cie (BBC, Mannheim), Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH (Köln) und der Nukem GmbH (Hanau) gebildet wird. Finanziert wird praktisch nur aus Steuergeldern.

Geplant war die Inbetriebnahme für den 1.11. 1976. Daraus ist jetzt September 1983 geworden. Ob der Reaktor aber über die Probeläufe hinauskommt und tatsächlich, wie jetzt geplant, 1985 mit der Stromlieferung beginnen wird, steht auch noch dahin. Die ursprünglich veranschlagten Baukosten von 673 Mill. DM haben sich mindestens versiebenfacht. Offiziell werden heute 4,7 Mrd. DM angegeben, tatsächlich dürften es im Endeffekt aber wohl über 6 Mrd. DM werden. Zu zahlen hat dies aber nicht die Industrie, sondern die Steuerzahler. Laut Minister Riesenhuber trägt die Industrie heute 17 % der Gesamtkosten. In Hamm passierte in den ganzen Jahren nicht allzuviel. Die BI beschränkte sich darauf, Prozesse gegen die Betreiber zu führen und die Bürger per Infotisch (mit eigenen Broschüren) zu informieren. Es gab zwar vereinzelte Demos, die aber wegen ihrer geringen Beteiligung und Mobilisierung (500-2000 Leute) keinen Einfluß auf die VEW hatten.

Aber in letzter Zeit rührt sich in Hamm doch etwas mehr. Neben Aktionstagen, gefälschten Briefen (siehe letzten AE) und Aktionen gegen (und mit) dem Rat der Stadt Hamm, hat es auch in der Presse und in den politischen Kreisen zu einer Sensibilisierung geführt. Die letzte Aktion war eine Blockade anlässlich eines Besuchs von Forschungsminister Riesenhuber in Hamm.

Unerwartete Schützenhilfe gab es auch vom Bundestagsabgeordneten der SPD aus Hamm, Fiebig: »Solange die Entscheidungsfrage nicht geklärt ist, dürfe keine Genehmigung erteilt werden.« Daneben bestreitet auch er die Wirtschaftlichkeit des THTR sowie seine Tauglichkeit zur Kohleveredelung. Warum diese Einsicht allerdings erst nach der Bonner Wende kam, ist wohl ein allgemeines Problem der SPD. Für den jüngsten Knüller sorgten dann der Oberbürgermeister der Stadt Hamm Figgen (SPD), sowie der NRW-

THTR -

ist es nicht schon zu spät?

Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) - Anlaß war der geplante Bau eines 1300 MW Druckwasserreaktors in Hamm. In einem Blitz-Coup erklärten sie das Projekt als erstmal »gestorben«. Die Gründe dieses Sinneswandels: die völlig überhöhten und unausgelasteten Stromkapazitäten in Hamm sowie das mittlerweile geringe Interesse der VEW an diesem von ihr selbst beantragten Reaktorbau.

Doch bevor ganz Westfalen an eine Revolution von oben glaubt, rückten die Herrschaften alles sofort wieder ins Lot: Der Druckwasserreaktor ist abgelehnt worden, weil er nur der Stromerzeugung bei schon bestehenden Überkapazitäten dienen würde - also völlig überflüssig sei. Nicht überflüssig hingegen sei ein mögliches Folgeprojekt des Versuchsreaktors THTR 300 in Hamm mit einer geplanten Leistung von 500 MW. Dieser Reaktortyp würde ja enorme Chancen für die Kohleveredelung bieten und somit zur Lösung der Krise im Kohlesektor beitragen.

Zudem gab es diesen Coup genau einen Tag vor dem außerordentlichen Parteitag der Orts-SPD, der sich ausschließlich mit energiepolitischen Themen, insbesondere dem Druckwasserreaktor befassen wollte. Damit wurde aber die Diskussion insgesamt abgewürgt - und es gibt erstmal Ruhe in Hamm. So hätten es die THTR-Erbauer auch gerne. Denn, so gibt es erstmal auch keine Diskussion um die angekündigten Probeläufe.

Im April hatte nämlich Minister Riesenhuber die Betriebsgenehmigung für die Probeläufe erteilt (diese umfaßt das Beladen des Reaktorkerns mit Brennelementen und das Erreichen des kritischen Zustands, in dem die Kettenreaktion im Reaktor sich erstmals selbst erhält und fortsetzt), obwohl der Reaktor erst zu 80 % fertiggestellt ist und entscheidende Sicherheitssysteme nach wie vor fehlen.

Der Grund: nur wenn praktische Ergebnisse vorliegen (in den USA gibt es die seit langem - die sind verheerend) sind die Genehmigungsbehörden bereit, grünes Licht für einen kommerziellen Reaktor zu geben. Die Weichen dafür sind schon gestellt:

- Die Nukem in Hanau hat schon den Antrag für eine Anreicherungsanlage für spezielle THTR-Brennelemente gestellt. Voraussichtliche Kosten 90 Millionen. Die Finanzierung ist allerdings noch offen. Die Nukem verhandelt noch mit dem Bund.
- Die BBC (Erbauer des THTR 300), bisher auch mit dem Bau anderer Reaktortypen (Leichtwasserreaktoren in Neupotz und Mühlheim-Kärlich) steigt vollends aus dem LWR-Geschäft aus (Neupotz haben sie schon geschmissen) und will sich nur noch auf die THTR-Reihe konzentrieren.
- Inzwischen haben 16 deutsche Stromversorgungsunternehmen sich zur Bottroper »Arbeitsgemeinschaft Hochtemperaturreaktorbau« zusammen geschlossen und die BBC mit der Prüfung beauftragt, ob ein Nachfolger des THTR 300 mit 500 MW Leistung »machbar, genehmigungs- und wettbewerbsfähig« sei.

Im Gegensatz dazu wird es keinen Nachfolger des Schnellen Brütters in der BRD geben. Da wird es laut Riesenhuber einen Nachfolger »lediglich auf der Ebene europäischer Zusammenarbeit« geben.

Ob die Energiewirtschaft allerdings bereit ist, den THTR-Nachfolger selber zu finanzieren, ist auch zu bezweifeln. Den würden sie nur bauen als Forschungsobjekt in Verbindung mit der Kohleveredelung. Und da wäre dann wohl wieder der Forschungsmi- nister an der Reihe.

Im Laufe der Jahre haben sich auch die Interessen an Hochtemperaturreaktoren stark gewandelt:

Bis Mitte der siebziger Jahre sah es so aus, als würde in den USA der Durchbruch für die kommerzielle Einführung der HTR-Linie erreicht werden. Ein Demonstrationskraftwerk wurde errichtet, die amerikanische Herstellerfirma General Atomic (Gesell-

schafter: zwei finanzkräftige Oligarchen, die sich solche Experimente leisten konnten) hatte dicke Auftragsbücher. Doch schon vor der Inbetriebnahme des Demonstrationskraftwerks erkannte die Industrie in den USA, daß ein Festhalten an der bisherigen Politik zu enormen finanziellen Schwierigkeiten führen würde. Die sich schon damals abzeichnende Unwirtschaftlichkeit der HTR-Technologie führte dazu, daß General Atomic 1975 sämtliche Aufträge - immerhin 8 HTRs mit je etwa 1000 MW - unter riesigen Verlusten zurückgab (allein die Konventionalstrafe betrug 1 Mrd. Dollar). Seitdem liegt die Forschung in den USA brach.

In Großbritannien, ehemals führend in der HTR-Forschung, spielte sich ungefähr das- selbe ab. Auch dort erkannten Forschung und Wirtschaft nach anfänglicher Begeisterung bald, daß mit HTRs wohl niemals billiger Strom hergestellt werden kann, und so wurde dort ebenfalls schon vor Jahren jede weitere Forschung an diesem Projekt eingestellt.

LETZTE MELDUNG LETZTE MELDUNG
Auf einem letzten Treffen am 15.6. in Hamm ist festgelegt worden:

GROSSDEMO am 17. SEPTEMBER in Hamm

Es wird überregional mobilisiert. Im Vordergrund sollen der THTR sowie das Atomprogramm in NRW allgemein stehen.

In den nächsten Wochen werden Aufrufe und Plakate gedruckt und verteilt. Sie können aber auch bei der BI bestellt werden. Außerdem werden noch Erstunterzeichner für den Demo-Aufruf gesucht. Meldet euch bei der BI.

Also merkt euch das Datum.



- 1) Claus Mayr, Kirchweg 10, 4703 Bönen, Tel.: 02383/4677. (Er bearbeitet den technischen Teil des THTR-Prozesses und hält auch spezielle Vorträge zum THTR).
- 2) Ferdinand Langguth, Stiftsstr. 13, 4720 Beckum, Tel.: 02521/6864, (hält gute Einführungsvorträge in die THTR- Problematik).
- 3) Rechtsanwältin Wiltrud Rülle-Henges- bach, Märkische Straße 56/58, 46 Dort- mund 1, Tel.: 0231/574081 (THTR-Prozeß)
- 4) Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm c/o Stefanie Bentin, Karlstraße 6a, 47 Hamm 1; Tel.: 02381/31174. (Auskünfte hauptsächlich zu Veranstaltungen, Akti- onen usw.)

NEU IM APRIL 1983

BRD und «Dritte Welt» 10



AUSLÄNDER

48 Seiten, 3,- DM,
im Abo 2,10 DM

Bisher erschienen:

- Band 1: Rohstoffsicherung, 3,- DM
 - Band 2: Rüstungsexport, 3,- DM
 - Band 3: Südliches Afrika, 3,- DM
 - Band 4: Palästina, 3,- DM
 - Band 5: Neue Weltwirtschafts- ordnung, 3,- DM
 - Band 6: Grundbedürfnis- strategie, 1,- DM
 - Band 7: Personelle Entwick- lungshilfe, 2,- DM
 - Band 8: IWF und Weltbank, 3,- DM
 - Band 10: Ausländer, 3,- DM
 - Band 11: Frauen, 2,- DM
 - Band 12: Tourismus, 2,- DM
 - Band 13: Paraguay, 3,- DM
 - Band 19: Atomexport, 2,- DM
- Weitere Bände in Vorbereitung, u.a. „Direktinvestitionen“, „Zentralamerika“, „Chemische Industrie“, „Partei-Stiftungen“, „NATO-Strategie“

Im Abo jeder Band 30 % billiger. Alle bisher erschie- nenen Bände noch vorrätig.
Abonnieren lohnt sich!

MAGAZIN - VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1
Tel.: 0431 / 63 1 43

Sicherheit nicht mehr gefragt!

Neue Richtlinien vom Innenministerium

Der nachfolgende Artikel befaßt sich mit wichtigen Änderungen, die an der Sicherheitstechnik von AKWs vorgenommen werden sollen. Wir finden es notwendig, dies ausführlicher zu diskutieren, auch wenn klar ist, daß wir gegen »unsichere« UND »sichere« AKWs sind. Ein Grund dafür ist, daß bei vielen AKW-Gegnern im Hinterkopf das Gefühl da ist » AKWs sind auf jeden Fall unsicher, aber die in der BRD sind immer noch die relativ sichersten.« Ein zweiter Grund ist, daß die von Ingenieuren, die 'gute' und 'verantwortbare' technische Anlagen bauen wollen, geforderten Sicherheitseinrichtungen mit dazu beigetragen haben, daß AKWs so teuer sind, wie sie nun mal sind, und damit auch dazu beigetragen haben - neben dem breiten Kampf der BI-Bewegung - ,daß inzwischen viel weniger AKWs gebaut werden, als noch zu Zeiten der Wyhl- und Brokdorfdemonstrationen von der Atommafia geplant waren.

Vom BMI wurde im April ein »Entwurf von Leitlinien zur Beurteilung der Auslegung von Kernkraftwerken mit DWR gegen Störfälle i.S.d. § 28 Abs. 3 StrlSchV« vorgelegt. Zimmermann will diese Leitlinien im August verabschieden. Sie sollen die neue Beurteilungsgrundlage für die Genehmigung von Kernkraftwerken sein; außerdem sollen sie rückwirkend für die im Bau befindlichen AKWs der Baulinie 80 in Neckarwestheim, Ohu und Lingen gelten.

Nimmt man/frau den Entwurf genauer unter die Lupe, so ist festzustellen, daß es von Saureien nur so wimmelt. Die erste Sauerei ist schon, daß laufend auf Papiere Bezug genommen wird, die nicht veröffentlicht oder sonstwie zugänglich sind. Dazu gehören vor allem die » Störfallberechnungsgrundlagen gemäß den Empfehlungen der RSK und SSK «.

Die Leitlinien legen fest, welche Störfälle der Auslegung von Kernkraftwerken zugrunde gelegt werden sollen, das heißt mit welchen Störungen die Sicherheitssysteme des Kernkraftwerks fertig werden müssen, ohne daß es dabei zu einer Überschreitung der in der Strahlenschutzverordnung festgelegten Strahlenbelastung (5 rem bei 'Störfällen') für die Bevölkerung kommt. Bis jetzt wurden in der BRD nur bestimmte Unfälle als Auslegungstörfälle definiert; dazu gehörten der »GAU« - bei dem die große Primärkreisleitung abreißt, die funktionierenden Notkühlsysteme aber ein Kernschmelzen verhindern - aber auch kleinere Lecks, Ausfall der normalen Stromversorgung für die Sicherheitssysteme oder Unfälle bei Brennelementen. Andere Unfälle, die schlimmer sind - wie Kernschmelzen - wurden seit eh und je nicht betrachtet.

Der neue Leitlinienentwurf enthält nur noch wenige Störfälle, die der Auslegung von KKW in der BRD, vor allem in radiologischer Hinsicht, zugrundegelegt werden müssen. Er schließt sogar eine ganze Reihe von Unfällen aus, die bisher miteinbezogen wurden oder für die die internationale Sicherheitsdiskussion selbst unter AKW-Befürwortern gezeigt hat, daß sie als Auslegungsunfälle betrachtet und damit KKW's dagegen ausgelegt werden müssen. In dem Leitlinienentwurf wird z.B. dekretiert, daß in Kernkraftwerken keine Brände vorkommen können und deshalb von ihnen auch keine Gefahr ausgeht. Der GAU, der bereits vor einiger Zeit von der RSK »abgeschafft« wurde, kommt in den neuen Leitlinien auch nicht mehr vor, genausowenig wie Unfälle durch Brüche an anderen Leitungen (Speisewasserleitungen, Frischdampfleitungen, Leitungen von Notkühlsystemen); denn der Professor Kußmaul, Mitglied der RSK, habe mit seinen Versuchen 'bewiesen', daß dies nicht passieren könne, weil die Leitungen »basissicher« hergestellt seien. Ganz abgesehen davon, daß Kußmaul seine Forschungsergebnisse mit unzureichenden Prüfmaschinen und -methoden gewonnen hat, widersprechen sie auch der Erfahrung aus anderen Versuchen und der Realität. So sind im letzten Jahr in dem neu angelaufenen AKW Grafenrheinfeld an den »basissicher« gefertigten Leitungen des Not- und Nachkühlsystems sowohl ein Abriß einer Leitung als auch ein vollständiger Abriß an einer zweiten Leitung vorgekommen!

Auch das Versagen des Schnellabschalt-systems gehört nach den Leitlinien nicht zu den Unfällen, gegen die das AKW ausgelegt werden soll; und das, obwohl in den letzten Jahren weltweit mehrere Fälle vorgekommen sind, wo dieses äußerst wichtige Sicherheitssystem versagt hat. Weiterhin schließt das BMI nun Schäden an Dampferzeugern weitgehend aus der Auslegungstörfallliste aus, obwohl diese eine Schwachstelle von Druckwasserreaktoren sind, denn beim Versagen der nur ca. 1 mm dicken Dampferzeugerheizrohre kann das stark radioaktiv verseuchte Wasser aus dem Primärkreislauf über den Sekundärkreislauf direkt ins Freie gelangen. Früher mußte bei der Untersuchung eines Störfallablaufs immer mitberücksichtigt werden, daß ein weiterer Fehler eines Sicherheitssystems unabhängig vom eigentlichen Unfall eintritt. In dem Leitlinienentwurf wird dieses »Einzelfehlerkriterium« ausdrücklich abgeschafft. Unfälle, bei denen Radioaktivität ins Wasser gelangt, sollen in Zukunft nicht mehr bei der Auslegung von AKWs berücksichtigt werden. Der größte Hammer in dem Entwurf ließt sich so:

Bei der Berechnung der Strahlenexposition ist von einem realistischen und vernünftigen Verzehrverhalten der Bevölkerung nach Eintritt eines Störfalls auszugehen. Es wird angenommen, daß kontaminierte Nahrungsmittel nicht länger als 24 Stunden nach Beginn der Freisetzung radioaktiver Stoffe in die Umgebung verzehrt werden, und daß die landwirtschaftliche Nutzung des kontaminierten Bodens erst zu Beginn der nächsten Vegetationsperiode wieder aufgenommen wird.

Das bedeutet im Klartext, daß das BMI in Zukunft bewußt die landwirtschaftliche Unbenutzbarkeit der Umgebung nach KKW-Störfällen in Kauf nehmen will. Wohl gemerkt: hier ist nicht die Rede von 'richtigen Unfällen' wie in Harrisburg oder gar von solchen mit einem Kernschmelzen. Sondern: Schon nach Störfällen (das sind kleinere Unfälle, bei denen die Sicherheitssysteme noch funktionieren) wird so eine intensive Verseuchung der Umgebung zugelassen.



Der BMI-Entwurf ist so ausgelegt, daß die 'Konvoi-Anlagen' der Baulinie 80 möglichst problemlos durchgezogen werden können, ohne daß der Stand von Wissenschaft und Technik berücksichtigt werden muß. Der Entwurf fällt weit hinter frühere (und im Ausland festgeschriebene) Sicherheitsstandards zurück. Wenn dieser Entwurf Grundlage für die Sicherheitstechnische Auslegung von AKWs wird, dann hat die BRD weltweit die schlechtesten und unsichersten AKWs; selbst im Ostblock sind die Sicherheitsvorschriften inzwischen schärfer!

Diese neuen Leitlinien sollen dem Siemens-Konzern, Muttergesellschaft der KWU, helfen, mit Kernkraftwerken doch noch ein profitables Geschäft dadurch zu erreichen, daß eine ganze Reihe weniger Sicherheitssysteme eingebaut werden und dadurch, daß im Genehmigungsverfahren viel weniger überprüft wird. Und das natürlich auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung.

vom Stationierungsherbst

Der heiße Herbst der Friedensbewegung wird schwerpunktmäßig durch große Massenaktionen vor allem in Bonn, Hamburg und Stuttgart geprägt sein. Nach der Kölner Konferenz (verg. AE), auf der die Zeichen in diese Richtung gesetzt wurden, gab es zwei Regionalkonferenzen, die von scharfen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Spektren der Bewegung gekennzeichnet waren.

In Ulm berieten ca. 1000 Leute auf der Südkonferenz, ob es nun nach Stuttgart, wie von DKP/SPD vorgeschlagen wurde, oder nach Ulm gehen sollte. Das Treffen stand mehrmals vor der offenen Spaltung, da beide Lager etwa gleich groß waren. Ein Kompromißangebot der Stuttgartbefürworter, am 15. in Ulm und am 22. in Stuttgart zu demonstrieren wurde ebenso abgelehnt, wie ein entsprechendes »Gegenangebot«, doch am 15. in Stuttgart und dann als Abschluß am 22. in Ulm zu demonstrieren. Nach einem stundenlangen Patt wurde der folgende Kompromiß ausgehandelt: In der Woche Blockaden in Stuttgart und Neu-Ulm, am 22. eine Menschenkette zwischen Stuttgart und Ulm, die sich dann in zwei gleichberechtigte Volksversammlungen in Stuttgart und Ulm am 22. auflöst. Die Organisatoren werden allerdings noch einiges zu tun und zu überstehen haben, um diesen Beschluß auch in die Praxis umzusetzen.

**(in Neu-Ulm werden Pershing II stationiert)*

Zur gleichen Zeit tagte in Hannover die Nord-Konferenz. Die Ausgangslagen und Vorschläge waren ähnlich gear- tet, statt Stuttgart wurde vom DKP/SPD-Spektrum Ham- burg vorgeschlagen, mit Blockaden natürlich, vom Rest wurde das Militärdreieck Bremerhaven, Nordenham, Garl- stedt eingebracht mit einer Volksversammlung am 22. in Bremerhaven (siehe Rede in diesem AE). Schwieriger für die Unabhängigen war die Situation im Norden deswegen, weil zum Teil einige Gruppen aus dem unabhängigen Spektrum, Teile der Hamburger Friedenskoordination und die Osnabrücker Friedensinitiative ebenfalls Hamburg fa- vorisierten und dort ein umfassendes Blockadekonzept

durchsetzen wollten. Zum anderen hatte die DKP übermo- bilisiert, was sogar einigen ihrer Funktionäre peinlich war. Von den ca. 1200 auf der Konferenz Anwesenden, waren mit Sicherheit drei Viertel diesem Spektrum zuzuordnen, die teilweise in Bussen herangekarrt worden waren. Die Hamburgbefürworter zeigten sich so wenig kompro- mißbereit, daß eine Konfrontation unausweichlich war. Redner, die für Bremerhaven sprachen, konnten teilweise keinen Satz zu Ende sprechen, ohne ausgepiffen und nie- dergeschrien zu werden.

Unabhängig davon, welche Aktionen nun am 15. und 22. Oktober stattfinden, wird dieses Verhalten des DKP- Spektrums in Hannover langhaltige Auswirkungen und Konsequenzen für die weitere Zusammenarbeit haben. Ein Kompromißangebot, am 15. eine Auftaktkundgebung in Bremerhaven zu machen und am 22. nach Hamburg zu ge- hen, wurde von den Bremerhaven-Befürwortern nicht ak- zeptiert. Die Kräfteverhältnisse reichten aber nicht aus, um den Kompromißvorschlag dieses Spektrums, nämlich zwei gleichberechtigte Demonstrationen am 22. in Ham- burg und Bremerhaven, durchzusetzen.

Am 19.6. treffen sich nun in Bremen die Unabhängigen Gruppen, um zu diskutieren, ob sie dennoch eine Demon- stration am 22. in Bremerhaven in offener Konfrontation mit dem Hamburg-Spektrum durchführen wollen, oder, ob sie letztlich aus dem Kompromißangebot von Hannover, also am 15. nach Bremerhaven zu gehen, das beste ma- chen wollen. Ohnehin will das unabhängige Spektrum den Schwerpunkt auf Aktionen und Blockaden legen. Die entsprechenden Treffen dazu werden allerdings erst nach der Sommerpause stattfinden. Die Termine und Vor- schläge dazu können in Bremen aktuell erfragt werden.

Krieg dem Krieg
c/o BBA-Laden
St. Pauli Str. 10/11
28 Bremen, Tel. 0421 - 700144



Regionalkonferenzredebeitrag

Ich will hier eine Begründung für unseren Vorschlag, am 22.10. in Bremerhaven/Nordenham zu demonstrieren, vortragen. Ich arbeite mit im AKW - Arbeitskreis Wesermarsch, Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz - und im KGB - Komitee gegen die Bombentransporte Bremen, einem Zusammenschluß von 6 Krieg-dem-Krieg-Gruppen, 3 Friedensinitiativen, 8 Gewaltfreien Aktionsgruppen, einige Anti-AKW-Gruppen und anderen. Wir haben unseren Beitrag zweigeteilt. Ich will gleich einige Gedanken zum Grundkonzept unseres Vorschlages darstellen.

Nicht Spaltung ist unser Ziel, sondern Material vorzulegen für eine gut begründete Entscheidung.

Ausgangspunkt für unseren Vorschlag, ist die Vorstellung, daß wir im Widerstand gegen die Stationierung einen Schritt weiter gehen müssen. Wir als Bewohner Europas, das als Schießplatz und Schlachtfeld vorgesehen ist, müssen, weil uns unser Leben lieb ist, verschiedensten Widerstand leisten gegen den Kurs der atomaren Hochrüstung, mit dem die USA versuchen, einen Atom-Krieg hier führbar und gewinnbar zu machen. Von den sogenannten Abrüstungsverhandlungen in Genf können wir nichts Gutes erwarten. Sie funktionieren nur als beruhigende Begleitmusik zu konkreten Stationierungsmaßnahmen. Je länger sie dauern, desto unglaubwürdiger werden sie.

Diesen massenhaften Unglauben und unseren Willen zum Widerstand wollen wir am 22. in Bremerhaven/Nordenham ausdrücken - nicht zuletzt, weil ein möglicher Weg zur Stationierung über die Unterweser führt.

Wir wissen, daß die Pershing 1a auf dem Seeweg nach Europa kam. Wir wissen und können belegen, daß ständig atomare Sprengköpfe über Nordenham angelandet werden. Möglicherweise kommen auf diesem Weg auch die neuen Raketen, sicherlich aber Teile von ihnen, Infrastrukturmaterial.

Prinzipiell sind zwei Wege denkbar: sea-lift und air-lift. Für welchen Weg die Nato sich entscheidet, ist nicht mit Gewißheit zu sagen. Das hängt auch ein wenig von uns ab. Aber sicher ist es sinnvoll, daß die norddeutsche Großdemonstration gegen die Stationierung in der Region, in den Städten stattfindet, die auf dem Weg liegen und nicht abseits davon! Das wäre ein Schritt weiter, als die vergangenen großen Bonner Friedensdemonstrationen, aber jetzt notwendig.

Es wäre **erstens** Ausdruck unserer gestiegenen Entschiedenheit und **zweitens** Dokumentation der Erweiterung des Horizonts der ganzen Friedensbewegung. Wir würden in den Blick rücken den ganzen Wahnsinn der Aufrüstung auf allen Ebenen - nicht nur die atomare Hochrüstung - was alles seinen konkreten Niederschlag in Bremerhaven/Nordenham findet wie in keiner anderen Gegend Norddeutschlands.

Sie ist seit 1945 als amerikanische Zone reserviert und seitdem ausgebaut worden zum europäischen Hauptbrückenkopf der US-Army. Über Bremerhaven kommen jährlich 2 Millionen Tonnen an Rüstungsmaterial und Waffensystemen, durch das gegenüberliegende Nordenham die dazugehörige Munition - und zwar 90000 Tonnen jährlich. Im Falle eines Krieges würden 90 bis 95 % des Nachschubs per sea-lift aus den USA herbeigeschafft - ein großer Teil davon via Unterweser. Und was die Gegenwart betrifft, die Vorbereitungen:

- die NATO rüstet atomar hoch - die Sprengköpfe kommen über Nordenham;
- die NATO bereitet den Chemiekrieg vor - VX-Fässer und demnächst auch binäre Gasgranaten kommen durch Nordenham
- die NATO plant den Einsatz schneller Eingreiftruppen, baut die Munitionsdepots aus, um das dazugehörige Material in der Transitstelle BRD vorauszulagern - das Material kommt über Bremerhaven/Nordenham.

Die zentrale Kommandostelle für die Organisation des US-Nachschubs über Nordatlantik und Mittelmeer - das MSC (Military Sealift Command) sitzt seit 1963 in Bremerhaven.

Und das ist alles nicht nur Zukunftsmusik. Über Bremerhaven wurde die US-Intervention im Libanon 1958 abgewickelt. Über Bremerhaven wurden 1973 Panzer und LKWs für den israelischen Krieg verschifft. Über Nordenham kam im letzten Jahr ein Teil des amerikanischen Nachschubs für Israels Angriffe auf den Libanon und die Palästinenser. Über Nordenham lief einiges Militärmaterial zur Absicherung der türkischen Massaker gegenwärtig in Kurdistan.

Und es geht wirklich nicht nur um US- und NATO-Sachen, sondern um Waffen und Rüstungsexport aller Art in aller Herren Länder, nach Chile, Argentinien, Südafrika, den Irak u.a.

Es geht um reichlich Rüstungsindustrie. Es geht darum, daß eine Hauptrollbahn der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung ist, abgesichert durch die US-Garnison in Garlstedt, Bundeswehrkasernen und 5 oder 6 Atom-Raketen-Stellungen drumrum.

Es gibt in Norddeutschland keinen wichtigeren Ort für die Stationierung, keinen insgesamt NATO-militärstrategisch wichtigeren. Das scheint mir unmittelbar einleuchtend für den gesunden Menschenverstand. Und auch, daß an diesem Ort eine Demonstration die größte politische Brisanz entfalten kann. Ich sage dreifach unterstrichen - **politische Brisanz**. Dieser Ort kann für die Friedensbewegung zu einem Symbol werden, ähnlich der Startbahn-West oder was Brokdorf für die Anti-AKW-Bewegung war. Und zwar aus drei Gründen:

Erstens drückt allein die Wahl des Ortes eine neue Qualität aus, löst Diskussionen aus, vermittelt politische Inhalte auf breiter Ebene, bedeutet nämlich die politische Konfrontation mit der NATO.

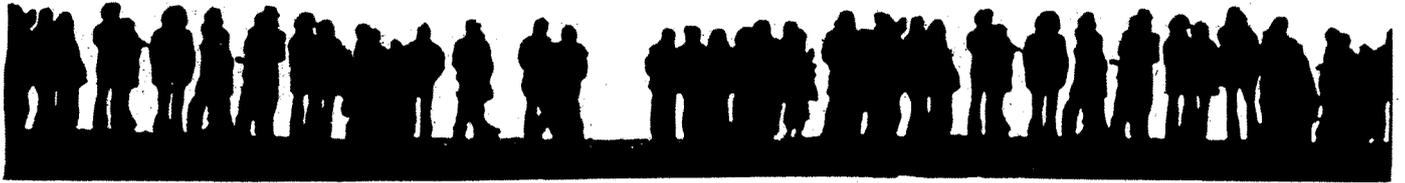
Zweitens wäre eine Demonstration von hunderttausend selbst schon eine vorübergehende Blockade der Kriegsmaschinerie.

Drittens ist dort die Kombination verschiedener Widerstandsebenen in einem integrierten Ganzen möglich. Möglich sind Blockaden und Behinderungen von wichtigen militärischen Einrichtungen, durch kleinere und größere Gruppen und gleichermaßen, gleichzeitig Massenkundgebung und Demonstration.

Nach dem 10.6., nach dem NATO-Gipfel haben wir gesagt und so wurde vorübergehend diskutiert - demnächst müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wenn die NATO ernst macht mit Stationierung, machen wir ernst mit Widerstand. Die NATO macht ernst. Die NATO macht todernst.

In dieser Situation in Hamburg zu demonstrieren, ist kein Schritt vor, sondern eher einer zurück. Denn es ist ein Rückschritt, wenn wir bei den altgewohnten Formen und Mitteln der Friedensbewegung stehenbleiben, während die NATO fortschreitet mit konkreten Stationierungsvorbereitungen.





Eine Demonstration in HH, deren Hauptbestimmung ist, mit noch mehr Menschen durch die Straßen zu ziehen, mit Massenaufmärschen die Verantwortlichen unter Druck setzen zu wollen, ist nichts qualitativ neues gegenüber beispielsweise der letzten Massenversammlung auf den Rheinwiesen. Und einige sozialdemokratische Spitzenpolitiker in der ersten Reihe, ein Bürgermeister Dohnany vorneweg, worauf manche ja bauen, das macht den Kohl auch nicht fett.

Eine Demonstration in HH läge auf der altbekannten Linie einer Bündnispolitik Richtung Sozialdemokratie, die über Minimalkonsens nicht rauskommt - und das auch nicht unter einer CDU-Regierung.

Die Fortschreibung dieser Politik im Stationierungsherbst 83 macht die Friedensbewegung und alle Ankündigungen vom heißen Herbst erstens unglaubwürdig und zweitens für die NATO-Strategen gut kalkulierbar.

Der politische Schaden der Raketenstationierung wird berechenbar und abzählbar. Was wir brauchen, ist eine praktische Dokumentation des Abbröckelns der Loyalität gegenüber diesem politischen und militärischen Bündnisystems. Wenn wir den Krieg verhindern wollen, müssen wir den inneren Frieden stören.

Wenn wir unsere eigenen Aussagen über die Gefahren atomarer Hochrüstung ernst nehmen, müssen wir im Herbst zulegen. Können nicht den Konflikt mit Staat und NATO-treuen Kräften meiden, sondern müssen die politische Konfrontation mit der NATO suchen. Das tun wir, indem wir mitten auf einer der Hauptdrehscheiben der Kriegsvorbereitungen demonstrieren. Nicht nur demonstrieren und kluge Reden halten, sondern auch behindern und blockieren, was da abläuft.

In dem Dreieck Bremerhaven/Garlstedt/Nordenham sind Möglichkeiten zu vielfältigen Aktionen in einem integrierten Ganzen mit folgendem möglichem Ablauf:

Beginnend die Volksversammlung am Freitag mit Blockaden an verschiedenen Stellen. In Nordholz, Bremerhaven, Nordenhamer Hafen, Garlstedt, Rodenkirchener Raketen u.a.

Fortsetzend das Ganze am Samstag mit einer großen Versammlung in Bremerhaven, Sternmarschmäßig von allen Blockadestellen, Übersetzen von Nordenham aus. Demonstration durch den Bremerhavener Hafen zur Kaserne, am Troposcatter vorbei zum MSC, dies alles blockierend. Zum Abschluß ein Volksfest in Weddewarden, unmittelbar nördlich vom militärisch genutzten Teil des Hafens.

Für diesen Ablauf ist wichtig, daß es überall in der Gegend arbeitende Gruppen gibt. Diese regionalen Strukturen zu verstärken wäre auch ein Ergebnis der Demonstration. Aber wichtiger ist mir jetzt, noch einen Trugschluß auszuräumen, der im Saal hängt. Der Trugschluß nämlich, eine Demonstration in HH würde notwendigerweise größer und breiter ausfallen, als an der Unterweser möglich. Was bundesligamäßig vielleicht stimmt, ist politisch eine lokalpatriotische Fehleinschätzung. Mag sein, daß Dohnany nicht nach Bremerhaven kommen mag. Auch mit Hans Korschnick ist nicht zu rechnen. Dem wärs wohl peinlich, nach all seinen Gesprächen mit Weinberger.

Große Teile der Bremer SPD wollen sich nicht praktisch gegen die NATO-Infrastruktur hier wenden und argumentieren absurderweise mit den Arbeitsplätzen - ebenso wie die Nordenhamer DKP gegenüber dem Munitionsumschlag.

Wir aber könnten viele Menschen - auch jetzt noch abseits stehende - zur Teilnahme gewinnen. Weil die Demonstration dort ein Schritt nach vorn ist! Weil die Wahl des Ortes unmittelbar einleuchtet. Weil sich mit einem solchen 22. Oktober Hoffnungen verbinden können, langfristig und durch praktischen Widerstand die Kriegsmaschine zum Stehen zu bringen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird sehr groß werden, denn die Erkenntnis ist weit verbreitet, daß die Herrschenden auch massenhaft vorgetragene gute Argumente nicht hören wollen und darum unseren Widerstand spüren müssen. Eine Demonstration in Bremerhaven wird hohe Wellen schlagen auf beiden Seiten des Atlantiks und uns in unserem Kampf wichtige langfristige Impulse geben.

Gisbert

Hauptquartier in Bremerhaven

»Das Hauptquartier des Militärischen Seetransport Service (MSTS) der amerikanischen Seestreitkräfte für den östlichen Atlantik und das Mittelmeer wird am 1. Juli unter dem Commando von Captain M. Casel jun. von London nach Bremerhaven verlegt ... In den vergangenen Jahren habe es sich erwiesen, ..., daß sich die Haupttätigkeit des MSTS im östlichen Atlantik in den Häfen Bremerhaven, Rotterdam und St. Nazaire abspielt.« (Weserkurier, 26.3.65)

Diese scheinbare »einfache Notwendigkeit« der Verlegung des Hauptquartiers hat aber bereits 1964 Hintergründe. So heißt es in der Nordsee-Zeitung vom 20.11.64 »... die amerikanischen Streitkräfte (sind) an einer besseren Straßenverbindung nach Bremen interessiert ...« Und weiter heißt es, »daß das US-Hauptquartier in Heidelberg beim Bundesverkehrsministerium in Bonn den Wunsch vorgetragen (hat), die geplante Autobahn von Bremen nach Cuxhaven 'nicht an Bremerhaven vorbeizubauen'«.

Auch bei dem im Bau befindlichen Autobahnzubringer Überseehäfen wurde von der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung »... auf die Bedeutung der Straßenbaumaßnahme ... für die in Norddeutschland stationierten US-Streitkräfte hingewiesen...« (Weserkurier, 11.12.81).

In der »Wehrtechnik 4/81« werden diese einzelnen Bausteine dann endlich zusammengesetzt: »Bundesrepublik als 'Transitstelle': Stillschweigend ad acta gelegt ist in der NATO die Frage, ob Deutsche außerhalb des Paktgebiets ... eingesetzt werden ... Folglich lautet die Lösungsformel: andere Paktstaaten stellen Soldaten für Südwest-Asien zur Sicherung der Rohstoff- und Rohölstraßen. Dafür werde die Bundesrepublik die 'Transit-Stelle' bilden, über die vor allem amerikanische Truppen und US-Material via Bremerhaven / Rhein-Main-Flughafen ins Krisengebiet geschafft werden. ... Das sehe z.B. so aus: ... Am Kai in Bremerhaven werden deutsche Gabelstapler mit deutschen Zivilkräften Material auf deutsche LKW verladen, die aus US-Schiffen Ausgeladenes nach Frankfurt zum Weitertransport per Luft schaffen ...«



Daß diese in der Wehrtechnik eher »romanartig« formulierten Aussagen bereits konkrete Berechnung und Planung durchlaufen haben verdeutlicht die Aussage in der »Europäischen Wehrkunde / WWR, 4/83«: »Im amerikanischen Verteidigungsministerium wurde darüberhinaus errechnet, daß im Verlauf eines militärischen Konfliktes in Europa innerhalb von 30 Tagen zusätzlich weit mehr als eine Million Tonnen Nachschub- und Versorgungsgüter aus den USA eingeflogen werden müßten. Wenn zugleich über 90 % (Heraushebung des Verf.) dieses gigantischen Materialtransportes im Ernstfall durch das 'Military Sealift Command', dem strategischen Seetransportkommando übernommen würde, ...«

Das »Military Sealift Command« (MSC)

Alles bisher gesagte macht deutlich, daß das MSC eine wichtige militär-strategische Funktion innerhalb der NATO hat, was aber dort im Einzelnen abläuft ist bisher kaum geklärt worden. Daher ist es umso erfreulicher, daß der US-Navy-Experte der Zeitschrift »Marine-Rundschau« Stefan Terzibaschitsch in der Ausgabe 5/81 »einen Überblick über Organisation und Schiffsbestand der Seetransportflotte der amerikanischen Streitkräfte« gibt, an dem wir uns im folgenden orientiert haben:

Bereits seit etwa 1945 besteht in Bremerhaven ein »US-amerikanischer Nachschubstützpunkt ... United States Army Terminal Command Europe (USATCEUR) - so lautet die offizielle Bezeichnung für die Einrich-

tung in Bremerhaven« (NZ,20.11.64). 1949 entstand durch die Zusammenlegung der beiden bis dahin getrennt wirkenden Transportdienste des Heeres und der Marine der »Military Sea Transportation Service« (MSTS). Das Hauptquartier dieser Einrichtung wurde dann 1965 von London nach Bremerhaven verlegt. Seit 1970 trägt diese Einrichtung den Namen »Military Sealift Command« (MSC).

Die Bedeutung dieser Einrichtung erscheint neben dem bisher Gesagten so enorm, da das Bremerhavener »Büro« direkt dem »Commander MSC« (COMMSC) mit Sitz in Washington D.C. unterstellt ist und für die Nachschubversorgung ganz Europas zuständig zu sein scheint. Neben dem Bremerhavener Bereichskommando gibt es noch 3 weitere in:

- Yokohama, Japan, für den fernen Osten
- Bayonne, New Jersey, für den Atlantik
- Oakland, Californien, für den Pazifik.

Dem Bereichskommando in Bremerhaven ist das Unterbereichskommando für das Mittelmeer - mit Sitz in Neapel - unterstellt. Einzelne MSC-Büros werden periodisch jeweils dort eingerichtet und unterhalten wo gerade Bedarf besteht. Dabei gehören folgende Aufgabenbereiche in die Zuständigkeit des »Military Sealift Commands«:

- weltweite Verteilung von militärischen Gütern in Friedenszeiten auf dem Seeweg;
- Entwicklung von Plänen für die Erweiterung der Seetransport-Kapazität in Fällen von unvorhergesehenen Ereignissen und Krisen;

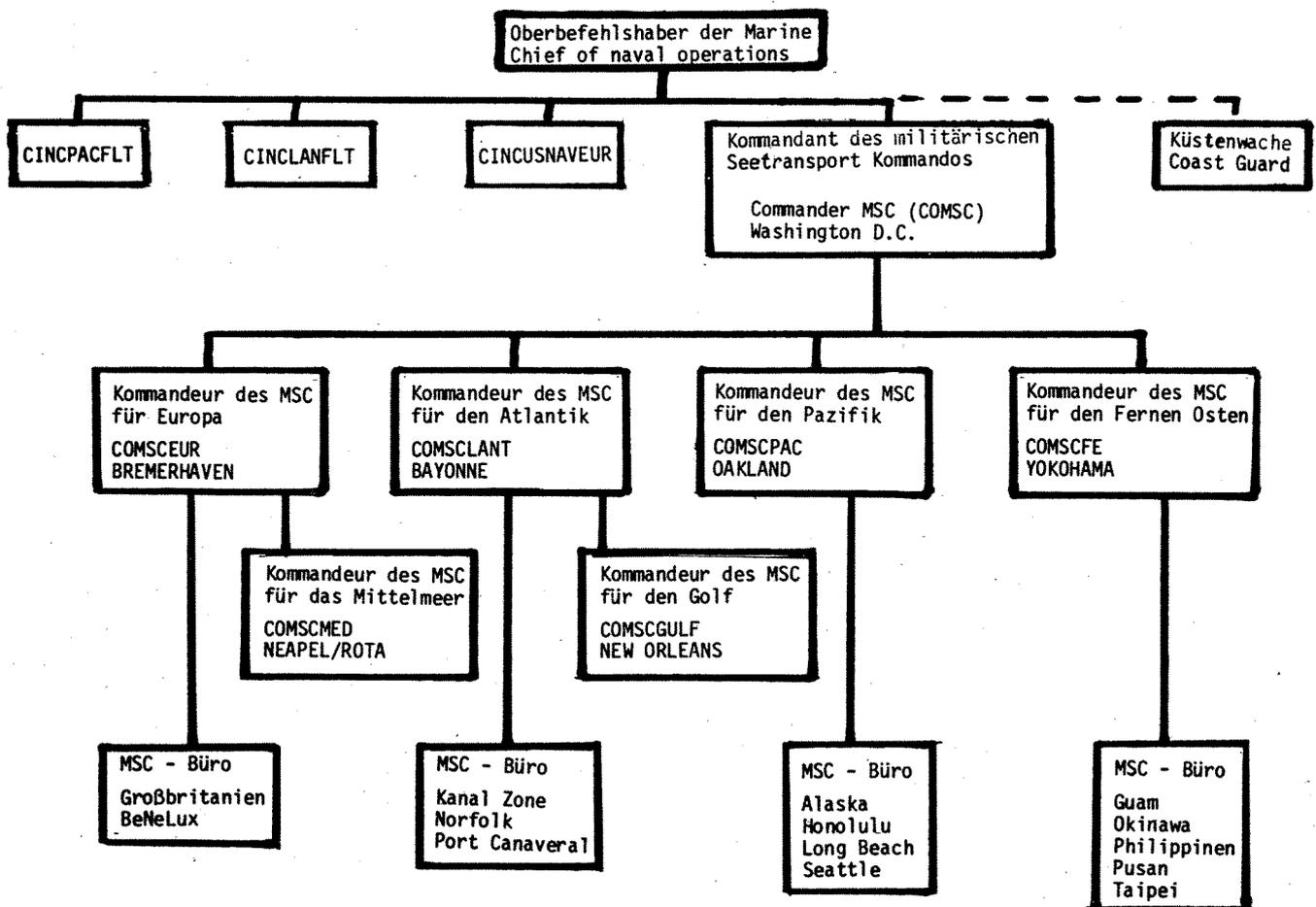
- Seetransportaufgaben für alle Streitkräfte im Konfliktfall;
- Bereitstellung von Zivilbesatzungen für Hilfsschiffe der Navy, soweit diese dem MSC unterstehen;
- Vorhaltung und Unterhaltung von Spezialschiffen für die Navy und die Luftwaffe.

Aus den letzteren drei Aufgabenbereichen ist ersichtlich, daß dem MSC eine Reihe von Schiffen unterstellt sein müssen. Hierbei wird unterschieden in die sogenannte »MSC nucleus fleet«, also die »Kernflotte«. Diese Schiffe fahren zwar mit Zivilbesatzung, sind aber Schiffe der US-Navy. Erkennbar sind sie durch ein »T«, das der Kenn-Nummer vorangestellt ist, z.B. T-AK-281 Victoria. Neben der »Kernflotte« stehen dem MSC eine Anzahl von gecharterten Handelsschiffen zur Verfügung. Genaue Zahlenangaben über die Anzahl der Schiffe lassen sich nicht vornehmen, da diese entsprechend den Bedürfnissen der Navy, sowie der politischen und militärischen Situation, schwankt.

Abschließend ist noch einmal zu resümieren, daß sich in der Weddewardener Carl-Schulz-Kaserne das Hauptquartier des militärischen Seetransportkommandos für Europa befindet, das direkt dem Commander des MSC unterstellt ist, welcher wiederum seinen Sitz beim Chef der militärischen Seeoperationen in Washington D.C. hat.



DIE OPERATIONS - GRUPPEN DER U.S. NAVY





US-Propagandashow

Am 23. Mai verbrannten in Frankfurt 5 Menschen in ihrem Auto. Ein abstürzender Starfighter hatte sie nach seiner Explosion über der Mörfelder Landstraße mit Trümmern und brennendem Kerosin überschüttet.

Nur vier Kilometer entfernt auf der Rhein-Main US-Air Base klatschte eine 400000 köpfige aufgepuschte Menge begeistert Beifall für die selbstmörderischen Luftkampfsimulationen einer Staffel von fünf Starfightern. Der Nervenkitzel sollte möglichst wirklichkeitsnah unter die Haut gepreßt werden, schließlich sollte mehr geboten werden, wie bei einem gewöhnlichen (football)-Match.

Als hinterm Waldhorizont Feuer und Rauch wie ein Atompilz in den Himmel quollen, wurde dies nur in den wenigsten Gesichtern mit Betroffenheit deutlich. Im Gegenteil. Früst begann sich breit zu machen über den vorzeitigen Abbruch der Darbietungen. Beifall kommt nur noch einmal für die reife Leistung des Piloten auf, der sich unglaublich - so knapp über dem Boden retten konnte.

Dann dröhnt wieder Disco-Musik aus den Zelten. Man beißt wieder in die Wurst, den Doppelwopper - Ketschapp läuft an den Mundwinkeln herunter - schüttet Bier, Cola und Ami-Eis in sich rein.

Schmatzend und rülpsend, aber mit vor naiver Begeisterung und Neugier offenen Augen hopsen hunderttausende um die goldenen Kälber von Massenmord und Selbstvernichtung herum. Unter den Gaffern viele junge Familien mit Kindern, Baby und Oma.

Die Friedensbewegung macht Schlagzeilen und Sprüche (!) über Blockaden im Herbst. Doch wo sind wir, die im Herbst den Massenmördern die Stirn bieten wollen?

Hier waren die Jubelfans von Kohl, Reagan, Aufrüstung, usw. versammelt. Sie werden mit uns Opfer werden und man kann jedem klar machen, daß es kein Vergnügen ist, sein tolles Auto, sein Haus, seine Familie und sich selbst atomar verschmilzen zu sehen. Hier fehlt jede grundlegende, minimale Information. In der Konfrontation geht sicher nichts! Und die typischen Formen wie dy inn, oder Flugblättern im Szene-Stil bringen nur das direkt zum Ausbruch, was hier materiell zur Show gestellt wird: Aggression.

300 Startbahn-Gegner hatten sich zum dy inn getroffen. So eine Einfallslosigkeit! Sobald man sich flach legt, bekommt in der dicht gedrängten Menge keiner mehr was mit. Als sich nach dem Absturz - der Rauchpilz steht noch eine halbe Stunde am Himmel - schließlich doch noch ein Dutzend Leute hinzulegen wagen, müssen Militärpolizisten sie vor der aufgebracht Menge schützen.

Möglich waren an sich eine Menge Aktionen. In dichten Kolonnen rollten die Autoschlängen zweispurig direkt in den Stützpunkt (wegen des Massenandrangs kann das bei diesen geplanten Shows nicht anders laufen). Ohne Aufkleber am Blech gibt es keine Probleme mit Flugblättern, Kostümen und Megas usw. mit hunderten oder tausenden Leuten auch rein zu kommen.

Am besten ist natürlich sich total in Kleingruppen unter den Leuten zu verteilen und dort im direkten Gespräch zu agieren. Bei so einem Happening wollen sich die Amis rein von der Schokoladenseite zeigen - Leute niederprügeln oder aus der Menschenmenge heraus festnehmen, das läuft nicht vor den Augen der Zuschauer. Der einzige Trick ist, man muß sich eben unter die Leute wagen und nicht alle auf einem Fleck stehen, bis man umringt ist. Letzteres passierte ausgerechnet uns ach so erfahrenen Startbahngegnern (es wimmelte natürlich nur so von Zivis).

Mit fünf Mammut - AirShows soll dieses Jahr noch Stimmung für die Stationierung gemacht werden. Die Entscheidung ist von der US-Regierung, der NATO und dem Wörner-Ministerium auf höchster Ebene getroffen worden. Die riskante Luftkampfübung der Starfighter wurde auf besondere Intervention des Verteidigungsministeriums gegen alle Vernunft durchgesetzt. Wenige Minuten nach dem Absturz hätte eine weitere Starfighter-Staffel dazustoßen sollen. Sämtliche Flugsicherheitsmaßnahmen, sowohl zivile als auch militärische wurden gänzlich außer Acht gelassen. Der Zivilluftverkehr - pro Stunde ca. 60 Flugbewegungen - wurde extrem gefährdet. Die Jets kurvten als Staffel in den Warteschleifen der Ziviljumbos rum, überholten sie über dem Flughafen usw. Mehrere Kurven wurden direkt in 50 Meter Höhe über der Menge gedreht. Eine größere Katastrophe wurde unter höchstem (und zudem wahrscheinlichen) Risiko in Kauf genommen, um die Massenattraktion zu erhöhen.



der Wagen der Familie Jürges nach dem Absturz

Der ohnehin überfüllte Luftraum ist aus gutem Grund eigentlich für Kampfflieger gesperrt. Tiefflug generell verboten. Und zudem verbrecherisch leichtfertig angesichts der Hochhäuser, der Hochspannungsleitungen und die dichte Besiedlung. Die anfängliche Ablehnung des Bundesluftfahrtamtes wurde auf Druck in eine Genehmigung umgeschrieben. Die Fluglotsen standen Kopf - aber mußten sich fügen. Die Starfighter-»Bombe« platzte schließlich direkt über einer belebten Straße, nur wenige Meter entfernt von einem voll besetzten Stadion, einem Schwimmbad und einem Waldfest (50000 Besucher).

Ausgelöscht wurde die Familie von Pfarrer Jürges. Einem seit Jahren unbequemen Frankfurter, der sich als Jugendpfarrer gegen die Stadterstörung und die Startbahn-West engagiert hatte. Mit Gedichten und Predigten rief er zum Engagement gegen die Kriegspolitik auf.

Fünf Menschen wurden legal bei einem zufälligen »Unglück« ermordet - von Schreibtischtätern, die wiederum »legal« das atomare Auschwitz, den Massenmord in Ost und West planen.

Verteilt Flugblätter und diese Fotos, und auch Fotos von den Opfern der Bomber über Hiroshima und Vietnam. Vermittelt darin ganz einfache grundlegende Informationen von west-östlichem Aufrüstungswahn. Alles schön anschaulich, damit wenigsten einigen Leuten beim Befagen und Bestaunen von Panzern, Bombern, Militärjets, Hubschraubern, Raketenwerfern usw. die glasigen Augen übergehen,

die Hamburger im Hals stecken bleiben, der Appetit am Ami-Eis vergeht und vielleicht der erste Funke von Nachdenken und Zweifel zündet.

AtomExpress-Ini FFM

Die nächsten Termine für US-Propaganda:

- * 31.7. Spang-Dahlem, Bittburg/Eifel
- * 7.8. Ramstein
- * 13. u. 14.8. Hahn/Hunsrück
- * 20.8. Zweibrücken
- * 28.8. Sembach/Kaiserslautern



Hiroshima nach der Bombe, 1945

Volksbefragung?

18 namhafte Atomforscher gaben 1957 mit ihrer Göttinger Erklärung den Anstoß für eine Massenbewegung gegen die atomare Bestückung der Bundeswehr. Als sich nur ein Jahr später bereits 52 % der Bevölkerung für einen Generalstreik gegen diese Nachrüstung aussprach, setzte sich die SPD massiv an die Spitze dieser Bewegung, um sie (erfolgreich) in den Dutt zu reiten.

Auch die Forderung nach Volksentscheid / Volksbefragung gegen die Nachrüstung, ursprünglich vom KB eingebracht und vom BBU mit abgeänderter Stoßrichtung (»konsultative Volksbefragung«) als ersten größeren Verband propagiert, scheint bisher die stärkste Resonanz zu finden in »honorierter« Kreisen, sprich: Bundesverfassungsrichter, »namhafte« Naturwissenschaftler wie Hoimar v. Ditfurth, dem Sprecher der »fast 1000 deutschen Naturwissenschaftler« die gegen die Nachrüstung Anfang Juli einen Kongress durchführten, die Versammlung von 450 Richter und Staatsanwälte gegen die Nachrüstung Anfang Juni in Bonn etc. Menschen also, die angesichts der »Schicksalsentscheidung« Nachrüstung erst damit beginnen, politisch einzugreifen. Aber auch SPD-Kreise

wie das »Komitee für Grundrechte und Demokratie« oder Günther Grass fordern eine Volksbefragung und es ist zu erwarten, daß die Publizität dieser Forderung noch erheblich zunimmt, wenn die grüne Bundestagsfraktion den ersten Anlauf unternimmt, ihren bereits angekündigten Gesetzentwurf hierzu in den Bundestag einzubringen.

Zur Diskussion steht, wie sich der »linksradikale Flügel« der Friedensbewegung dem gegenüber verhält.

In Anbetracht der konkret absehbaren Herbstaueinandersetzungen liegt es natürlich nahe, sich **darauf** zu konzentrieren und die Auseinandersetzungen um eine Volksbefragung den Kreisen um BBU und SB zu überlassen, etwa so, wie auch das Hinterherlaufen hinter »Atomwaffenfreie Zonen« einem ganz bestimmten Spektrum der Friedensbewegung tunlichst überlassen worden ist. Was hierbei jedoch außer acht gelassen wird, ist die Möglichkeit einer Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Volksbefragung.

Daß die Bundesregierung die Existenz der berühmten »Sinus-Studie« (derzufolge 60% der Bevölkerung die Stationierung ablehnen) bestätigt, deren Veröffentlichung

jedoch verweigert, spricht Bände. Ich finde es auch sehr bezeichnend, daß die SPD-Führung gerade jetzt auf eine Bundestagsabstimmung als mögliches Mittel der Stationierungsverhinderung orientiert und als ausdrückliche Alternative zur Volksabstimmung vorschlägt; »die Bevölkerung könne sich über eine *Petition an den Bundestag (gemeint ist vermutlich dessen Petitionsausschuß)* und auf diesem Umweg an die Regierung in der Nachrüstungsfrage wenden.« (FAZ, 4.6.)

Zwischen dieser Orientierung und der simplen Feststellung des Naturwissenschaftlers v. Ditfurth: »Bonn hat kein Mandat für Nachrüstung«, liegen erstmal ganze Welten.

Wer die Unantastbarkeit parlamentarischer Entscheidungen und Mehrheiten speziell in Sachen Kriegsvorbereitung ausgerechnet in der BRD in Frage stellt, der rüttelt vermutlich bereits an den Grundlagen dieses Systems, auch wenn er es gar nicht will. Gerade in einer Angelegenheit, in der sich die Regierung der Zustimmung durch die Mehrheit der Bevölkerung nicht sicher sein kann, wird eine Volksabstimmung freiwillig bestimmt nicht zugestanden werden. **Die zentrale Frage lautet nur: will man/frau eine Volksabstimmung gegen neue NATO-Raketen auch d u r c h s e t z e n , oder nicht.** Oder anders gesagt: Überlasse ich es irgendwelchen »deutschen« Richtern, bzw.

Die Herbstaktionen beginnen am 3./4.Sept. in Göttingen

25.000 Menschen waren es, die 1975 von der Bundeswehr zum »Tag der offenen Tür« in die Zieiten-Kaserne gelockt wurden. Ähnlich viele waren es 1979, als zudem noch vor ca. 2000 Zuschauern das bisher letzte öffentliche Gelöbnis in Göttingen stattfand. Nicht zuletzt durch den entschiedenen bundesweiten Widerstand, z.B. am 6.5. 1980 in Bremen war die damalige Regierung gezwungen, derartige militärische Spektakel angeblich aus »Kostengründen« wieder in die Kasernen zu verlegen.

Doch die Aktionen von Bremen, Hannover und Bonn liegen lange zurück, und der kurzzeitige Verzicht auf solche Zeremonien wurde noch zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition wieder aufgehoben. Heute amtiert nun der Wende-Minister und Starfighter-Pilot Wörner, dessen Wiedereinführung des Großen Zapfenstreichs nicht seine letzte Gelegenheit gewesen sein dürfte, denn die Oliv-Fraktion und ihre Freunde wittern Morgenluft. Von der Friedensbewegung fast unbemerkt trauen sie sich wieder raus mit dem Ziel: Militarisierung der Gesellschaft - Nachrüstung der Gehirne.

Auch die Göttinger Truppe hat offenbar Anweisung bekommen, ihr Image aufzupolieren und für etwas Stimmung unter den ihr verbliebenen Fans zu sorgen. Um dem »Jubiläum« der Bundeswehrgarnison Göttingen den feierlichen Rahmen zu geben,

plant das Kriegsministerium einen Tag der offenen Tür und ein feierliches Gelöbnis im Jahnstadion (Fußballstadion) mit anschließender Serenade (?) sowie einen großen Empfang in der Kaserne am ersten Septemberwochenende.

In Lüneburg kam die Bundeswehr auf die genauso pikante, wie politisch eindeutige Idee, eine öffentliche Vereidigung am 17. Juni, dem sogenannten Tag der deutschen Einheit stattfinden zu lassen, um zu geloben »...die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen!« Es scheint so, als ob der »freie Westen« mit Raketen exportiert werden soll, und Udo Lindenberg nicht der einzige ist, der mit einem Sonderzug nach Pankow will.

Allein der Göttinger Vereidigungstermin läßt ebenfalls kaum an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Er liegt in derselben Woche, wie der traditionelle Anti-Kriegs-Tag (1.9.), er liegt in dem Zeitraum, in dem die Stationierung der Mittelstreckenraketen ansteht, und er liegt in der Zeit, in der die Friedensbewegung ihre »Herbstoffensive« plant. Womit denn auch gleich klar wäre, was die Veranstalter der Vereidigung im Sinn haben: eine schwarz-rot-golden-olivene Gegenoffensive, ein offenes Kräftemessen mit der Friedensbewegung, eine Provokation aller Nachrüstungsgegner.

Klar, daß wir uns das nicht gefallen lassen werden.

Der Widerstand gegen die Kriegsvorberei-

lungen darf sich nicht auf die sogenannte »Nach«-Rüstung beschränken, wir müssen den Kriegsplanern **überall** dort entgegen treten, wo sie ihre Pläne in die Tat umsetzen, dazu gehört Widerstand gegen jede Form von Imperialismus ebenso wie Aktionen gegen die Munitionstransporte. Protest gegen die Verlängerung des Zivildienstes und die Verhinderung von militaristischen Großveranstaltungen.

Sollte das Gelöbnis im Vorfeld politisch nicht zu verhindern sein, rufen wir dazu auf, als Auftakt zu den weiteren Herbstaktionen, diese Veranstaltung zum Anlaß zu nehmen, dem Kriegsminister hier in Göttingen deutlich zu machen, daß wir jeder Art von Militarismus entschieden Widerstand entgegen setzen werden. Dann werden wir für das Wochenende 3./4. September Gegekaktionen und eine Demonstration zum Jahnstadion planen, zu der wir überregional mobilisieren werden. Es muß deutlich gemacht werden, daß über unser vordringlichstes Ziel, die Verhinderung der »Nach«-Rüstung hinaus, unser Kampf für den Frieden in jedem Fall weiter geht!

Wenn ihr weiter über den Stand der Dinge informiert werden wollt, oder eure Unterstützung erklären wollt, schreibt uns! Diskutiert hierüber in euren Gruppen und vielfältigt das Flugblatt für andere.

**Reservisten verweigern den Kriegsdienst
c/o Stadtzeitungsbüro
Geiststraße 1, 34 Göttingen
Tel.: 0551 - 59435**

dem Bundestag (was geradezu paradox wäre), über eine Volksbefragung das letzte Wort zu sagen, um mich dieser Entscheidung, Realpolitiker, der ich bin, zu beugen oder versuche ich notfalls auch in Konfrontation mit dem Staat das durchzusetzen, was von vielen für richtig gehalten wird? Klar ist: Die »realpolitische Option«, also der Versuch, einer Volksentscheid-Kampagne die Schärfe zu nehmen, ist um so naheliegender, je mehr den SPD-nahen Kräften das Feld überlassen wird. Es ist ja bereits traurig genug, daß Leute wie Otto Schily im Spiegel-Gespräch erklären, man sei überhaupt »nicht scharf« auf eine »plebiszitäre Veränderung der Verfassung« und im übrigen-entschuldige, liebes Parlament,- wolle man eine Volksbefragung ja auch nur im Stile eines »Anhörverfahrens«.

Genau andersherum versucht es die Bremerhavener Friedensini: sie hat gefordert, daß parallel zur Bremer Landtagswahl im September 83 vom Bremer Senat eine Volksbefragung über die Nachrüstung, über die Durchführung eines bundesweiten Volksentscheid gegen die Nachrüstung und über ABC-Waffentransporte durch Bremen durchgeführt wird. Gleichzeitig hat sie eine autonome Durchführung dieser Volksbefragung angekündigt, für den Fall, daß der SPD-Senat ablehnt. Das Beispiel Bremen/Bremerhaven dürfte auch klar machen, daß ein Widerspruch zwischen Volksentscheid und Standortaktionen real nicht vorhanden ist: Falls beispielsweise der Bremer Senat eine Befragung ablehnt, aus Angst vor der Meinung

der Menschen, dürfte das der Mobilisierung in dieser Region für die Herbstaktionen ja wohl kaum abträglich sein. Andererseits könnte u.a. auch durch die Herbstaktionen der Forderung nach Volksabstimmung gegen NATO-Raketen mehr Nachdruck verliehen werden. Na ja, Zukunftsmusik...Worauf es mir ankommt, ist, daß eine Kampagne zur Volksbefragung nicht schon deshalb als »bürgerlich« angesehen und rechts liegen gelassen wird, weil sie »breite Massen« anspricht. Wenn wir in der Anti-AKW-Bewegung eine zeitlang Erfolg hatten, dann sicherlich auch deshalb, weil uns die »Massenebene« nicht zu schlecht war für unsere Arbeit und unsere Inhalte.

Matthias, Lüneburg

Ein bißchen Frieden ...

Das Rollback der Sozialdemokraten ist schneller und erfolgreicher, als wir alle es erwartet haben. Oh, wie das immer wieder funktioniert, diese Oberstrategen und Schönredner. Vergessen und Vergeben, was da mal war. Man kann sich ja kaum noch dran erinnern, als Schmidt Bundeskanzler und Apel Verteidigungsminister waren, und davor noch, ja, Jusovorsitzende waren sie auch. Aber die Zeiten sind ja vorbei, der Vogel, das ist kein Raketenvogel, nein, eine Friedenstaube ist der. Und da wird Willy noch mal so richtig rausgeputzt. 12000 bejubelten ihn auf dem Kirchentag und 30000 standen draußen, weil die Halle voll war.

»Den Frieden darf man nicht den Herrschenden überlassen, die erledigen den Frieden nicht für uns, das müssen wir schon selber tun.« - ja, das hat der Willy gesagt. Und er selber will auch noch ein paar Jahre mittun. Und als Willy dann noch mit dem lila Tuch gewinkt hat, da waren dann alle aus dem Häuschen. Na wenn schon, der verkehrteste ist er ja nicht. Und damals, als er selber Kanzler war, da ging es ja mit der Versöhnung mit dem Osten los und mit den Reformen. Und nachdem der Stasi ihm dann so'n Ei reingelegt hat, da kam der Schmidt, und mit dem konnte sich der Willy nicht immer so gut. Aber so richtig anlegen wollte er sich mit Helmut auch nicht, da ist er einfach zu lieb für, der Willy. Und so hat er sich die Samtpfoten nicht richtig schmutzig gemacht, mit der Nachrüstung und dem ganzen Kram. Und nun soll er in Bonn auf der Friedensdemo reden im Herbst, is doch schön, dat wird bestimmt noch doller als auf dem Kirchentag. Und dann noch gleichzeitig der Dohnany in Hamburg und der, ach im Süden ham' se da keinen Richtigen, da werden sie wahrscheinlich diesen Sonnyboy von der IG Metall, den Franz Steinkühler, reden lassen. Ja, ja, und die alle zusammen, der Willy, der Friedensvogel, der Dohnany und der Steinkühler, die werden das schon schaffen, den Herrschenden mal so richtig die Meinung zu sagen. Und nicht nur das, sogar gewaltfreie Blockaden finden die gut, dürfen natürlich nicht zu groß werden, aber das läßt sich schon machen.

Und dann mit dem Generalstreik, da sollte man nicht drüber lachen. In einem Betrieb nach dem anderen werden Beschlüsse gefaßt, in Hamburg soll sich das schon überschlagen, hat die DKP erzählt. Und weil man die Arbeiter in ihrem Generalstreik unterstützen muß, deswegen soll die Norddemo in Hamburg stattfinden, weil sich da am meisten Arbeiter im Streik oder zumindest kurz davor befinden. Genauso wie in Stuttgart. Nur diese Grünen und diese anderen Spinner und Radikalinskis, die wollen nach Ulm und Bremerhaven. Sollen sie doch, diese Schlafmützen, aber doch nicht am 22.

Überhaupt sollen die nicht immer nur mäkeln, wenn mal wieder ne zünftige Bonndemo angesagt ist. Quasseln immer von zivilem Ungehorsam, Sand im Getriebe, Blockaden und so - und was passiert: nix, oder so gut wie nix. Frohe Ostern hat der Einsatzleiter gewünscht, weil das mit dem Wegtragen so gut geklappt hat. Also so kriegen wir die Raketen auch nicht weg. Und dann noch die Autonomen, oder wie se heißen. Einige sind ja nun aufgewacht und wollen sich jetzt auch um die Raketen kümmern und um den Widerstand. Wohl ein bißchen spät dran die Herrschaften, der Zug fährt schon wieder andersrum, mit der Integration und so. Und das mit den Munitransporten, so einfach geht das auch nicht. Mal eben nach Holland schießen, und dann hier die Züge hopsnehmen.

Ich weiß nicht. Das mit dem Gandhi hat ja auch nicht so richtig geklappt, mit der Übertragung, trotz diesem Film.

Und dann gibt's ja noch diese Leute, die meinen, sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen und wüßten, wie man die Konfrontation mit dem Staat so richtig zuspitzen könnte. Wozu und wofür eigentlich. Nein, das geht zu weit, also wenn wir das noch in Frage stellen, dann weiß man ja gar nicht mehr, nein, nein. Also die meinen, man müßte nur das historische Bündnis von Anti-AKW, Häuserkampf, Startbahn und Friedensbewegung schaffen, so richtig mit Massenblockaden und so, und dann würde das Land unregierbar werden. Na gut, oder wenn nicht, da müßten die da oben den Preis jedenfalls bezahlen, für die

Nachrüstung, und der soll ordentlich hoch werden. Sollen sie doch zahlen, ham doch genug.

Und dann, nach der Stationierung, dann gibts den großen Loyalitätsverlust, um den Preis geht's nämlich, und dann kriegen die Grünen noch mehr Stimmen. Na, wenn das keine Überleitung war.

Ja, die Grünen, die wissen ja garnicht mehr wo's langgeht. Die sind ja völlig überfordert. Müssen erst mal ihre Grünen Hörner abstoßen, in Bonn, sagt der Schily. Vorwerfen kann man das denen ja garnicht, die meinen das auch nur gut, wie wir alle, also die wissen ja nun erst recht nich, was richtig is. Wie denn auch, wenn's sonst keiner weiß. Eine Ausnahme gibt's - der Bastian. Das hat man gleich gemerkt, da in dieser großen Bundestagsdebatte, daß der Ahnung hat. Der hat gesagt, wie das is, mit der Nachrüstung und der SS-20 und was dahinter steckt. Der blickt durch.

War ja auch General früher. Ganz ohne Flachs, den sollten die öfters reden lassen. Im Fernsehen auch bei diesen Diskussionen, und nich so nette Liebe, die Kant zitieren, aber von Tuten und Blasen keine Ahnung haben. Aber sonst sieht das bei den Grünen mau aus. Mal so'n bißchen Aktion, wie, als sie da in Ostberlin diese Aktion gemacht haben. Das ist so richtig was für die Petra und den Roland. Ach ja, die Petra Kelly. Das war doch wirklich das Letzte. Hat die im Bundestag doch tatsächlich zum Schluß von ihrer Friedensrede gesagt: »Wo Recht zu Unrecht wird, wird gewaltfreier Widerstand zur Pflicht«. Also, das ist doch schon Geschichtsknitterung, ist das doch. Und da will die uns unseren ganzen jahrelangen Widerstand an den Bauplätzen wegnehmen, also da klappen doch jedem AKW-Gegner die Fußnägel hoch. Immer dieses gewaltfrei, das ist ja ne richtige Seuche.

Spaß beiseite, das derzeitige Chaos ist unübersehbar. Keiner weiß, wo's langgeht, außer zweien. Die DKP, rotzfrech, wie nie zuvor, solange bis die SPD wieder an der Regierung ist und ihr das Maul stopft und eben die Sozialdemokraten. Die stellen die Weichen - und der Zug rollt bereits wieder. Rückwärts, langsam und unaufhaltsam zu den Abstellgleisen der Geschichte. Wie in den 50er und 60er Jahren.

Gummigeschosse: "Humane Waffen mit gebremster Gewalt ..."

Das Gerangel um die Einführung von Gummigeschossen ist schon rund 10 Jahre alt, in unseren Nachbarländern Schweiz und Spanien, in Englands Kolonie Nordirland, als auch in anderen nichteuropäischen Staaten sind diese Waffen schon seit langem im Einsatz gegen Menschen.

Baden-Württembergs Regierung und ihre Schutztruppen reiben sich die Hände, ihr lang ersehnter Wunsch, Gummigeschosse in das polizeiliche Waffenarsenal mit aufzunehmen, soll im Herbst verwirklicht werden. Noch vor der Sommerpause wird darüber entschieden. Wie üblich werden dann zuerst Bayern und Niedersachsen, danach die übrigen CDU-regierten Bundesländer nachziehen. Die SPD sieht zu, wie sich die Wellen glätten und schließt dann auf.

Mit der Aufrüstung durch Gummigeschosse wird einmal mehr deutlich, wie wenig

die herrschenden Politiker von ihrem demokratischen Anspruch halten. Sehen sie ihre und die Interessen der Wirtschaft als gefährdet an, reagieren sie mit dem Befehl, brutalste Gewalt einzusetzen. Der Ausbau des Überwachungsapparates, verstärkte Gesinnungsüberprüfung, polizeiliche Hochrüstung sind ein paar Bestandteile einer Regierung, die zurecht Widerstand gegen ihre imperialistische Politik, Umweltzerstörung und Kriegstreiberei befürchten muß. Lassen sich Menschen davon dennoch nicht abschrecken, von ihrer Angst nicht lähmen, sehen sie sich mit einem zusehends massiver werdenden bürgerkriegsähnlichen Polizeiapparat konfrontiert und gehen das unmittelbare Risiko ein, kriminalisiert zu werden, wie es die letzten Widerstandsjahre allzu deutlich bezeugen und es nicht nur unter Anwendung des §

125 leichter und expansiver möglich sein wird (siehe auch letzte Atommüllzeitung). Für die Gummis schwärmen jedoch nicht nur schießwütige Staatsschützer und Unionspolitiker, auch SPD- und FDP-Politiker sind sich darin mit ihren Kollegen einig, daß derlei Repressionsstrategien für die Erhaltung der ach so wichtigen Inneren Sicherheit und Ordnung notwendig sind. Helmut Schmidt äußerte sich zu diesem Thema folgendermaßen:

»Wenn wir zuließen, daß diese Gewaltbereitschaft um sich griffe, wenn demnächst Arbeitnehmer, die arbeitslos geworden sind, zu Steinen greifen würden: unsere Demokratie wäre bald am Ende. Deswegen muß auf solche Herausforderungen mit Festigkeit reagiert werden (...). Aber ich teile die Meinung vieler Polizeibeamter: Irgendwann muß auch einmal Schluß mit den Rechtsmitteln und den Rechtswegen sein. Wir haben das in der BRD vielleicht etwas übertrieben. Hier muß langsam aber deutlich abgegrenzt werden.« (aus einer Rede vor BKA-Beamten im März 82).

Ein SPD-Politiker aus Bremen, Innensenator Ernst Diekmann, war es auch, der 1980 als erster öffentlich die Einführung der sogenannten »Distanzwaffe« forderte. schwer gebeutelt von dem erfolgreichen Stören der Rekrutenvereidigung im Weserstadion am 6. Mai 1980. Die bürgerlichen Parteien scheiterten jedoch an der Gewerkschaft der Polizei - sie lehnte auch im Oktober 1982 die Anwendung der Geschosse noch ab - als auch an verschiedenen Gutachten staatlicher Forschungsinstitutionen, welche die Gummigeschosse mit der Begründung ablehnten, die Möglichkeit lebensgefährlicher Verletzung sei nicht auszuschließen.

Inzwischen reagierte dann auch die SPD spalterisch auf die nach der Brokdorf-Demo 81 losgelassene Drohung des bayerischen Gerold Tandler (CSU), er werde Abschussgeräte für Gummischrot- und Gummigeschosse einführen, notfalls im Alleingang. Es kam nicht einmal zu einer Einigung auf die bundesweite Um- bzw. Aufrüstung auf CS-Gas. Der bisher gültige Grundsatz der Einstimmigkeit ging baden und man stellte es in das Ermessen eines jeden Landtages, was er an repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung unternehmen läßt. Inzwischen können Polizisten sämtlicher Unions-regierter Länder vor ihren Kollegen aus den SPD-Ländern damit protzen, Demonstranten bereits durch CS-Gas das Gefühl des Erstickungstodes, Verbrennungen, Verätzungen, Augenentzündungen usw. beschert zu haben. Gummiknüppel und Spezialprügeleinheiten, CN- und CS-Giftgas, Hochdruckwasserwerfer, all das scheint den bedrängten



Politikern nicht zu genügen, die Alternative stellt sich für sie: Schußwaffe oder Gummigeschosse.

»Ich will eben nicht der Minister sein, der eines Tages hier stehen, und einen Schußwaffeneinsatz, und zwar unter Umständen einen relativ massiven Schußwaffeneinsatz, vertreten muß, und der sich dann die Frage stellen lassen muß: wären denn nicht mildere Waffen auf dem Markt gewesen? Die Alternative kann sehr schnell 'Schußwaffe oder Weichen' heißen. Da sage ich Ihnen allerdings auch: Gewichen wird nicht.« So Baden-Württembergs Innenminister Herzog, als Begründung für seine Empfehlung, diese sogenannten »gering tödlichen« Waffen einzuführen. (Herzog ist aussichtsreicher CDU-Bewerber um einen Platz im Bundesverfassungsgericht) Gummigeschosse werden nach der Logik ihrer Anwender dort eingesetzt, wo der Kugelschußwaffengebrauch nicht ohne größere Proteste durchsetzbar ist. Das so entscheidende Kriterium der Einsatzwirkung auf die Öffentlichkeit kann durch die Gummigeschosse insoweit abgedeckt werden, als daß der tödlich Verletzte erfahrungsgemäß erst nach einigen Tagen stirbt, und dann nur noch eine Kurzmeldung wert ist. Auch auf der Ebene der Abschreckungswirkung stellen diese Waffen eine neue Qualität dar, das gezielte Schießen auf Menschen baut letzte Hemmschwellen auf Seiten der Schützen ab, die berechtigterweise verstärkte Angst vor lebensgefährlichen Verletzungen auf Seiten der Demonstranten steigert bereits vorhandene Ohnmachtsgefühle, wie es die schweizer Jugendbewegung der frühen 80er Jahre gezeigt hat. Der massive Einsatz von Gummigeschossen hat dort seine Wirkung nicht verfehlt. In einem vertraulichen Bericht der Technischen Kommission des Arbeitskreises 2 der Innenministerkonferenz, jener Gruppe also, auf deren »wertfreien Forschungsergebnissen« die Politiker zufrieden ihre Beschlüsse stützen, ist unter anderem zu lesen: *Die psychologische Wirkung des Anblickes des 40 mm Rohres der MZP 1 (Mehrzweckpistole 1 von Heckler & Koch) wird abschreckend sein. Dieser Eindruck wird durch die Größe der Patronen, die zweckmäßigerweise an einem Gürtel getragen werden, unterstützt.*

In der BRD wurde für die, aus 16 je 12 g schweren viertelkugelförmigen Hartgummistücken bestehenden Hartgummischrotkörper ein dazugehöriges Abschußgerät entwickelt, nämlich die oben erwähnte MZP 1, eine Variation der, beim Militär verwendeten Granatwerferpistole. Das Gummigeschoss verläßt das Gewehr mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 200 km/h. Die MZP 1 ermöglicht nicht nur einen massiven Schußhagel in die breite Menge, sondern ist zudem für den Gebrauch von CN- und CS-Munition, sowie für Leuchtspur- und Farbmunition zum Markieren von Fahrzeugen und Menschen geeignet. Mit dem erklärten Ziel Rädelsführer fluchtunfähig zu schießen (aus einem Papier der Polizeiführungsakademie von 1974) dürfte es allerdings, trotz der technischen Verbesserung gegenüber den schweizer Geschossen, Schwierigkeiten geben. Der Streukreis wurde um einen Meter verklei-



MZP 1 von Heckler & Koch mit Gummiwucht- (links) und Gummischrotgeschossen

ner und liegt somit immer noch bei 3 m (!) auf 25 m Entfernung.

Eine weitere technische Errungenschaft deutscher Forschung ist der Gummikomplettkörper, ebenfalls abschießbar aus der MZP 1. Diese Waffe besteht aus 4 Gummistäben mit viertelkreisförmigem Querschnitt von je 10 cm Länge. Beim Abschuß falten sie sich zu einem rechtwinkligen Kreuz auf. Dieses Geschosß ist das schwerste auf dem Markt. Es hat ein Gewicht von 180 g.

Gummigeschosse und Kompaktmunition sind von der Technischen Kommission bereits als »einsatzreif« erklärt worden.

In der Schweiz gibt es weder detaillierte Richtlinien für den Einsatz von Gummigeschossen - die Beamten sind »lediglich« dazu verpflichtet, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten - noch die Regelung, zu vermerken, an wen Gummigeschößgewehre ausgeteilt werden. Polizisten, gegen die auf Grund von Anzeigen Betroffener wegen schwerer Körperverletzung ermittelt werden soll, sind somit »praktischerweise« von vornherein nicht auszumachen. Ebenso wurde in Zürich ein Antrag abgelehnt, jedem Gummigeschosseinsatz zumindest eine Warnung vorwegzuschicken, mit der Begründung, daß dies in der Praxis kaum möglich sei.

In Nordirland sieht das natürlich nicht anders aus. Stattdessen gibt es hier eine Verordnung, die den Besitz von Plastikgeschossen unter Strafe stellt, da diese Geschosse mit neuer Treibladung wiederverwendbar sind:

»Der Besitz eines Plastikgeschosses ist verboten, da es nicht aus dem Besitz der Armee in den Besitz des Betroffenen übergeht.«

In diesem Land, wo schon seit Ende der sechziger Jahre von der britischen Besatzungsmacht CS-Gas in großem Stil gegen die katholisch-irische Bevölkerung eingesetzt wird, wurden die 1970 eingeführten Gummigeschosse 1974 von den leichteren

und härteren, als auch schneller fliegenden Plastikgeschossen verdrängt. Da diese eine geringere Streuung haben und damit zielgenauer abzufeuern sind. Parallel ging man dazu über, nicht mehr nur wahllos in die Menge zu schießen, sondern versuchte zusätzlich gezielt sogenannte Rädelsführer auszuschalten. Hunderte von Menschen wurden schwer verletzt.

»Mein Sohn ist nur noch eine leere Schale. sein Gehirn ist tot, alles was ich jetzt will, ist ihn in Ruhe sterben zu lassen.«

Dies sind die Worte einer Mutter, die zuvor den Ärzten die Erlaubnis gegeben hatte, die Apparaturen, welche ihren 11-jährigen Sohn Stephen künstlich am Leben hielten, abzuschalten. Drei Tage vorher, am 16.4.82 zielte ein britischer Soldat auf den, auf der Straße spielenden Stephen. Das Plastikgeschoss traf ihn am Kopf. Dreizehn Menschen, darunter sechs Kinder wurden vor Stephen mit Gummi- und Plastikgeschossen erschossen. Die dafür verantwortlichen Politiker nennen diese mörderischen Waffen humane Waffen mit gebremster Gewalt.....



Stephen McConomy (11 J.), gest. 19. April 1982

Carol-Ann Kelly: 11 Jahre — Sie wurde von einem Plastikgeschöß, abgefeuert aus der Hecktür eines britischen Armee-Jeeps, am Kopf getroffen. Carol-Ann befand sich mit einer Milchtüte für ihre Mutter auf dem Heimweg. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß Carol-Ann unschuldig war. Alle Zeugen widersprechen den Angaben zum Zeitpunkt des Schusses gab es keinerlei Auseinandersetzungen in der Gegend gegeben habe.

Julie Livingstone: 14 Jahre — Sie starb einen Tag, nachdem sie von einem Plastikgeschöß am Kopf getroffen worden war. Lediglich eine Gruppe Frauen schlug mit Mülltonnen auf den Boden bzw. blies auf Trillerpfeifen, um ihren Protest gegen den Tod von Francis Hughes auszudrücken, der gerade an den Folgen des Hungerstreikes gestorben war.

Stephen Geddis: 10 Jahre — Das erste Kind, das durch ein Plastikgeschöß des Royal Anglican Regiments. Er wurde in der Nähe seiner elterlichen Wohnung getroffen und ins Krankenhaus. Nach Zeugenaussagen war er nicht aktiv an den gewaltsamen Auseinandersetzungen in seiner Nachbarschaft. Das wird auch durch den Untersuchungsbefund des Krankenhauses bestätigt, der seine Unschuld bestätigt.

Stephen McConomy: 11 Jahre — Er wurde von einem Plastikgeschöß getroffen wurde, gefeuert vom King's Own Scottish Borderer Regiment. Viele Zeugen bestätigen, daß der Bezirk zu der Zeit des Vorfalles völlig ruhig war. Seit dem Tag seiner Mutter: "Von Stephen ist nichts mehr zu hören." Seine Mutter: "Ich möchte ihn nur noch nach Hause bringen."

Brian Stewart: 13 Jahre — starb sechs Tage, nachdem er am Kopf von einem Plastikgeschöß getroffen wurde. Er war mit einem Freund spazieren im Park. Er wurde von dem Gummigeschöß eines Soldaten des Royal Anglican Regiment am Kopf getroffen. Bis zur Unkenntlichkeit entsetzt, starb er wenige Stunden später im Krankenhaus. Er war mit einem Freund spazieren im Park.

Francis Rowntree: 11 Jahre — wurde von dem Gummigeschöß eines Soldaten des Royal Anglican Regiment am Kopf getroffen. Bis zur Unkenntlichkeit entsetzt, starb er wenige Stunden später im Krankenhaus. Er war mit einem Freund spazieren im Park.

Paul Whitters: 15 Jahre — wurde von einem RUC-Polizisten (Royal Ulster Constabulary) aus einer Entfernung von ca. 4 m an den Kopf geschossen. Augenzeugen geben an, daß er sich zwar kurz zuvor an Steinwürfen beteiligt hatte, zum Zeitpunkt des Schusses aber gerade Ruhe eingetreten war. Er war allein, ihm gegenüber standen vier Polizisten. Einer der Polizisten lief auf ihn zu, zielte aus kürzester Entfernung auf seinen Kopf und drückte ab.

(aus einem offenen Brief irischer Lehrer als Kampagne gegen die tödlichen Geschosse).



Ausgelaufene Augen (in nicht seltenen Fällen beide), zerschmetterte Hände, dreifach gebrochene Beine, lebensgefährliche Kopfwunden, Schädelbrüche, Schädigungen an Nieren, Leber, Leiste, und und und. Dies sind Zeugnisse menschenvernichtender Machenschaften einer täglich präsenten Besatzungsmacht in Nordirland. Dem 12-jährigen Paul Corr riß ein Plastikgeschöß einen Teil der Nase weg, zertrümmerte den Gaumen und trieb seine Zähne in den Oberkiefer und Gaumen hinein. Entsprechende Verletzungen hat auch die schweizer Bewegung zu beklagen. Entstanden aus dem Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Zürich, entwickelte sich im Jahr 1980 schnell eine breite fantasievolle Widerstandsbewegung, die jedoch bis Ende 1981 in der Repression erstickte. Massenfestnahmen, gerichtliche Terrorurteile, nächtliche Polizeiübergriffe ohne Anlaß, Verluste von Arbeitsplatz und Wohnung, schwerste Körperverletzung verdrängten den neuerwachten Optimismus und Widerstandswillen und machten Resignation und Angst platz. Politische Inhalte gestalteten sich als zusehends schwieriger vermittelbar, reduzierten sich Demonstrationen und Aktionen bald notgedrungen auf militärische und strategische Überlegungen. Die Bewegung schmolz auf ihren harten Kern zusammen. In den direkten Polizeieinsätzen spielte das Kampfmittel Gummigeschöß eine besondere Rolle. Die hier sechseckigen Hartgummischrote von 10 g, später auch 18 g Gewicht, die gebündelt zu 35 Stück aus den Rohren der schweizer Schießgeräte abgefeuert werden, wurden ständig größer, die Schußdistanz kleiner. Ebenso wurde häufiger massenhaft CS-Gas eingesetzt. Entsprechend steigerten sich die Verletzungen von Demonstranten und unbeteiligten Passanten enorm. Ursula B.:» Ich wohnte damals im Kanton Aargau. Am 4. September 1980 war ich in

Zürich, um meine Ferien in Griechenland zu regeln. Nach einem Kinobesuch verließ ich den Bahnhof ... Ich merkte erst gar nicht, daß da etwas los war. Erst als ich mich umdrehte, sah ich Menschen Richtung Bahnhof rennen. Die Polizei war durch ein blockiertes Tram für mich unsichtbar. Als die Polizisten um das Tram gerannt kamen, wurde ich aus ca. 4 Metern Entfernung getroffen. Ich brach zusammen. Ein Polizist schrie mich an, ich solle verschwinden. Ich sagte ihm, mein Auge läuft aus...« Das Auge muß einige Wochen später entfernt werden. Die Polizei behauptet, es sei kein Gummigeschoss gewesen, sondern ein von Demonstranten geworfe-

ner Stein. Nach Angaben der behandelnden Ärzte kann die Verletzung jedoch nur von einem Gummigeschoss herrühren. Michael H.: » Am 4.12.80, anlässlich des KINGS-Konzertes im Kongreßhaus, kam es zum Versuch der Bewegung einen Grati-seinlaß zu erzwingen. Ich war etwas spät dran. Als ich ankam, waren ca. 50 Leute anwesend. Eine Eingangsscheibe ging zu Bruch. Nach 5 Minuten erschien die Polizei und kreiste uns ein. Ich rannte davon. Zwei Polizisten kamen um die Ecke. Einer schoß mir aus zwei Meter Entfernung die ganze Ladung Gummigeschosse ins Gesicht. Ich wurde am rechten Auge, an der Nase, praktisch im ganzen Gesicht getroffen. Ich hat-

te eine leichte Gehirnerschütterung und erbrach mich. Ob von der Gehirnerschütterung oder von den grauenhaften Schmerzen im Auge, weiß ich nicht. « Die Polizei weigert sich, Michael unverzüglich ins Krankenhaus bringen zu lassen. Erst nach Personalienfeststellung und erstem Verhör wird er eingeliefert.« Die Diagnose lautete auf Netzhautriß. Ich wurde ambulant behandelt und Weihnachten 1980 operiert. Zurück blieb eine Netzhautverkrümmung. 90 % Sehverlust am rechten Auge. Ich hatte großes Glück, daß ich nicht auch das linke Auge verlor, ein Gummigeschoss traf mich nur 1 cm links davon. «

Polizeieinsatz am Landesmuseum

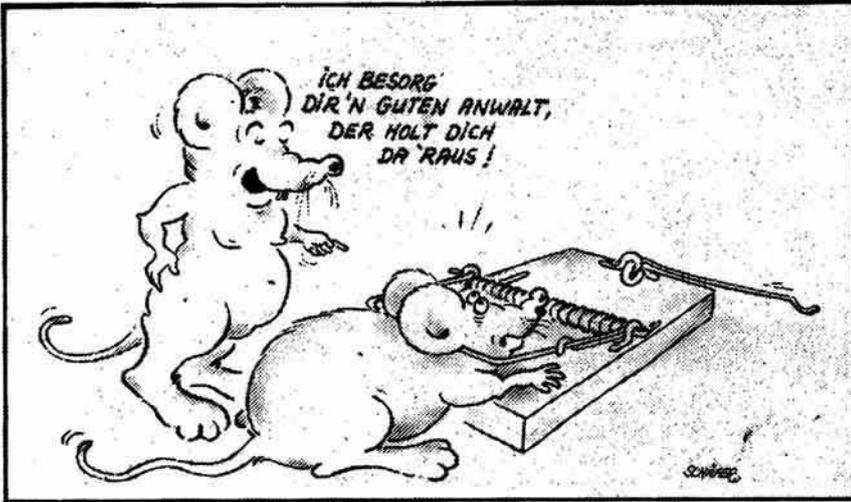
„Am 31. Januar 1981 besammelten wir uns vor dem Landesmuseum (in Zürich, Anm.) und besprachen miteinander, was wir tun wollten. Plötzlich kamen die Wasserwerfer von der Walchebrücke und vom Bahnhofquai her. Die Polizei umzingelte uns, ich wurde nach hinten, rechts vom Eingang, an das Gebäude gedrückt. Wie ich nachher erfuhr, wollte vorne links einer aus der Umzingelung ausbrechen, daraufhin setzte die Polizei Tränengas ein; wir im Hintergrund konnten kaum mehr atmen, wir liefen deshalb nach vorn mit erhobenen Händen, was ein großer Fehler war. Einer Frau, die die Hände vors Gesicht hielt, wurde ja dann ein Finger gebrochen von den Gummigeschossen. Mich traf ein Gummigeschoss ins linke Auge. Ich rannte blind nach vorn, ein Sanitäter und ein zufällig anwesender Arzt betreuten mich sofort. Ein Polizist funkte um einen Krankenwagen, und ich kam sehr rasch ins Spital.“ (1)

Was die damals 20-jährige Kathrin S. Monate später

in einem Gespräch mit dem „Verein betroffener Eltern“ berichtete, wurde am Abend des Polizeieinsatzes als einer der wenigen Beiträge über Polizeieinsätze unzensuriert in den Fernsehnachrichten ausgestrahlt. Ein Kameramann hatte den Vorfall gefilmt, ihr Bericht entfesselte einen kurzfristigen Sturm der Entrüstung über den Einsatz von Gummigeschossen.

Kathrins Auge konnte nicht gerettet werden. Sie trägt heute eine Kontaktschale. Krankenkasse und Unfallversicherung weigerten sich, für die Krankenhauskosten und die Operation aufzukommen. Ein Einspruch hätte keinen Erfolg gehabt, weil die Versammlung am Landesmuseum nicht angemeldet war und Kathrin sich nach Auffassung der Versicherung auf eigene Gefahr dorthin begeben hatte. Verfahren gegen die Stadt Zürich wegen Körperverletzung und um Schadensersatz sind noch nicht abgeschlossen.





Daß das Gesicht für Verletzungen durch Gummigeschosse besonders gefährdet ist, wird jedem einleuchten. Aus der relativ geringen Größe des Geschosses ergeben sich in besonderem Maß Augenverletzungen, jedoch auch ausgeschlagene Zähne, Nasenbein- und Kieferbrüche sind keine seltenen Verletzungsarten. Neben ausgeschossenen Augen, die meist später operativ entfernt werden müssen, sind auch solche Augenverletzungen häufig, bei denen die Augenhöhle zwar nicht zerreißt, es im Inneren des Auges jedoch zu schweren Verletzungen kommt, was zu Langzeitschädigungen wie Grüner und Grauer Star, oder aber zu noch gewaltigeren Seheinschränkungen führt. Im Februar 1983 schreibt ein schweizer Arzt:

Ursprünglich hatte ich angenommen, daß die Polizei und die verantwortlichen Gremien dieses Demonstrationsbekämpfungsinstrument ohne große Überlegungen gewählt hatten und sich über seine Gefährlichkeit nicht im klaren waren. Jetzt, nach all den gemachten Erfahrungen, bin ich zu einem sehr viel depressiveren Schluß gekommen. Hätte es sich um eine Wahl aus Unkenntnis gehandelt, dann hätte man sicher nach der ersten schweren Verletzung auf dieses Mittel verzichtet. Jetzt glawurde, weil es einen ungeheuer großen Abschreckungseffekt hat. Man kann mit ihm gewissermaßen das Lebenssymbol, das Auge nämlich, auslöschen, ohne das wirkliche, physiologische Leben auslöschen zu müssen. Man kann scharf schießen, ohne sich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, scharf geschossen zu haben. «

Dennoch, und gerade weil diese Waffen auf uns abschreckend wirken sollen, ist es wichtig, daß die Gegenseite uns nicht dahin bekommt, wo sie uns gerne hätte: vor Angst gelähmt, demoralisiert und resigniert, ohne den Mut, gegen ihre Politik zu kämpfen. Über Gummigeschosse informiert zu sein, sollte nicht die Konsequenz nach sich ziehen, Aktionen und Demonstrationen fern zu bleiben, sondern sich gegen sie zu schützen. Und das ist - natürlich nur in einem beschränkten Umfang - durchaus möglich. Die oben beschriebenen schweren Verletzungen sind häufig dadurch zustande gekommen, daß aus nur wenigen Metern Entfernung auf Leute in leichter Bekleidung und ohne Kopfschutz geschossen wurde. Dicke Kleidung und Helm werden einiges verhindern können.

Wer allerdings dann immer noch ohne Helm auf Demonstrationen geht, wo mit dem Einsatz von Gummigeschossen zu rechnen ist, handelt »blauäugig«. Eine Verhinderung der »Aufruhkkontrollwaffe« scheint jedoch im CDU-Land Baden-Württemberg angesichts der dortigen Mehrheitsverhältnisse so gut wie aussichtslos zu sein.

Warum gerade Baden-Württemberg Vorreiter spielen muß, oder will, ist nach den letzten starken Worten zu Wyhl auch klar geworden. Dort prophezeien die Polizeistrategen schon jetzt, daß es in der »grünen Hölle« Tote auf beiden Seiten geben wird. Auch die Aktionen gegen die Raketensta-

tionierung kann sich das Musterlände nicht leisten, wo es doch in den Schweizer Eidgenossen ein glänzendes Beispiel für die Aufstandsbekämpfung gleich nebenan hat.

In Bayern geht man sogar schon so weit, daß man in die noch gar nicht eingeführten Gummigeschosse schon heute kein Vertrauen legt (obwohl sie die Gummis lieber heute als morgen hätten), sondern lieber schon einen Sprung weiter macht - seit dem Frühjahr wird dort mit Blendschockgranaten geprobt.

Gummigeschosse

**Eine Mittelstreckenlücke wird geschlossen
Mit Beiträgen über den Einsatz
in Nordirland und in der
Schweiz,
sowie über Technik, Medizin und
politische Debatte**

**hrsg.v.: AL-Berlin, Die GRÜNEN
BaWü, GAL-Hamburg**

**36 S., DIN A 4, Farbdruck, ca.
40 Abb., 3.-DM (+ 1,-DM Porto)
Vertrieb: BUU, Bartelsstr. 26,
2 HH 6**



Täter in Nordirland

Freiheit für Markus und Michael

Es ist 'ne ganze Zeit her, daß dieser Satz im Kopf vieler Bewegter war. Zeit heilt, sagt man, aber - Zeit tötet auch.

Heute ist diese Forderung für viele Leute ein abgeschlossenes Kapitel. 'Ne Menge Aktionen und damit auch Kriminalisierungsversuche sind seitdem gelaufen. Die Prozesse sind zur Normalität geworden. Die Forderungen haben sich abgenutzt. Die Bewegung hat sich anderen Themen zugewendet. Der Anti-AKW-Kampf ist nicht mehr in. Anti-Kriegs- und Anti-Fascho-Aktionen prägen heute das Bild. Die Diskussion um die Kriminalisierung - wenn sie überhaupt noch stattfindet - erschöpft sich mit der Erörterung der Neufassung des § 125 (Landfriedensbruch).

Dieser Umschwung im Interesse der Leute hat verheerende Wirkungen. Die AKW-Betreiber gehen voll in die Offensive - die Dinger, gegen die wir mal gekämpft haben werden jetzt gebaut.

Aber da sind nicht nur die AKWs, da sind auch die Menschen, die mit uns zusammen gekämpft haben, und die stellvertretend für uns kriminalisiert werden.

Auch auf sie hat der Interessenumschwung verheerende Folgen.

Es ist hart, dafür in den Knast zu gehen, weil man gegen etwas gekämpft hat, wogegen jetzt fast nichts mehr unternommen wird.

Wir haben mal gesagt, die beste Solidarität ist, wenn unser Kampf weitergeht. Waren das nur leere Formeln?

Es ist erschreckend, wie schnell vergessen wird! (oder nur verdrängt?)

Zugegeben, die Prioritäten haben sich verschoben und man hat sich daran gewöhnt, kriminalisiert zu werden. - Aber doch wohl nur, wenn es einen nicht direkt betrifft.

Es ist einfach, heute über Raketenstationierung zu diskutieren und nebenbei von den Heldentaten aus der Zeit der Anti-AKW-Bewegung zu reden. Die dunklen Seiten werden dabei aber gerne vergessen. Und da gibt es 'ne ganze Menge.

Die Leute von Grohnde (1977 war das) haben ihre Zeit schon abgesehen - bis zu einem Jahr. Mit den Geldforderungen haben sie immer noch zu kämpfen.

Noch nicht vorbei und auch noch nicht entschieden sind die Urteile wegen Brokdorf, Gorleben und Schacht-Konrad.

Markus und Michael

Über ein Jahr ist es her (13.5.82) als Richter Selbmann 5 1/2 Jahre für Michael und 3 Jahre für Markus verkündete. Ohne die Unterstützung von vielen Seiten würden beide noch heute im Knast sitzen. Markus kam so schon im Juni 82 wieder aus dem Knast, Michael am 8. Dezember (nach 20 Monaten in U-Haft).

Das Kapitel ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Bis heute !!! ist noch keine schriftliche Urteilsbegründung da, das Urteil noch nicht rechtskräftig. Die Anwälte hatten nach der Urteilsverkündung sofort Revision beantragt. Um diese aber zu begründen, muß die schriftliche Urteilsbegründung vorliegen (mit der hat Selbmann aber scheinbar seine Schwierigkeiten). Erst dann beginnt eine 4 Wochen Frist, um den Revisionsantrag zuzubegründen. Danach ist dann der BGH dran. Und dann spielt es eine große Rolle, ob von Seiten der Öffentlichkeit Druck ausgeübt wird.

Für Markus und Michael bedeutet das: der Haftbefehl gegen sie ist nur gegen Auflagen ausgesetzt. Nach wie vor können sie sich nicht normal bewegen.

Darüber hinaus und nach wie vor müssen sie damit rechnen, daß sie die Strafe absitzen müssen.

Und nur dann, wenn wir es schaffen, in der wichtigen Revisionsphase Druck und Öffentlichkeit zu erzeugen, besteht eine Chance, daß sie nicht in den Knast müssen. Aber nur dann.

Elmar und Richard

Das gleiche gilt für die beiden jetzt auf uns zukommenden Prozesse gegen Elmar (Konrad-Demo) und Richard (Gorleben-Demo). Gegen beide laufen die Prozesse vor dem Landgericht.

Im Fall von Richard wurde das mit »öffentlichem Interesse« begründet. In der Anklageschrift wird explizit auf den Rahmen der Grohnde- und Brokdorf-Demo hingewiesen, und auf die dabei herausgekommenen Strafen.

Derselbe Paragraph betrifft Elmar. Hier ist die Lage noch eindeutiger. Wurde das Verfahren anfangs wegen »mangelndem öffentlichen Interesse« ans Amtsgericht zurückverwiesen, so sieht die Begründung für ein Landgerichtsverfahren jetzt so aus, daß mit der Höhe der zu erwartenden Strafe argumentiert wird - mehr als 3 Jahre!

Die Leute sollen stellvertretend für uns alle verurteilt werden. Und zwar am liebsten still und leise. Es gibt viele Möglichkeiten, um auf die Prozesse hinzuweisen.

Einstellung der Verfahren!

Aufhebung der Brokdorf-Urteile!

Stillegung aller Atomanlagen!

Hero endgültig verurteilt

Hero Alting war vorgeworfen worden, bei der Brokdorf-Demo am 28.2.81 mit Steinen in die räumenden Polizeiketten geworfen zu haben.

In 1. Instanz war er vor dem Amtsgericht Norden freigesprochen worden, worauf die Staatsanwaltschaft Berufung einlegte.

In der Berufungsverhandlung wurde er dann aber am 7.9.82 vor dem Landgericht Aurich zu 1 Jahr Knast auf 3 Jahre Bewährung verurteilt.

Die dagegen eingelegte Revision ist jetzt vom OLG Oldenburg verworfen worden.

Doch die drei Jahre Bewährungszeit ist nicht das Einzige, was damit auf Hero zukommt. Zusätzlich soll er für die Kosten des Prozesses gerade stehen - das sind 10000 DM. Allein 8700,- wurden für die 12

Polizeizeugen veranschlagt, die extra aus München und Kiel herangekarrt wurden. Die Anwaltskosten in Höhe von 5500 DM sind vom Ermittlungsausschuß Osnabrück und aus Oldenburg bezahlt worden. Trotzdem, Hero braucht Kohle.

Spendenkonto:
Stichwort FLOP
Raiffeisenbank Osnabrück
Kto.Nr. 312275100
BLZ 26562999

Die Begleitumstände der Berufungsverhandlung in Aurich (massives Einschreiten der Bullerei) führten damals zu mehreren Festnahmen und jetzt auch Verurteilungen. Insgesamt gab es Ermittlungsverfahren gegen 6 Leute.

Klaus aus Bielefeld wurde versucht gefangen zu nehmen und Widerstand vorzuwerfen. Zusammen mit anderen Leuten war er auf den Gefangenentransporter zu

gelaufen, der dann einige Fußtritte zu verkräften hatte. Klaus hatte zuerst eine Zahlungsaufforderung von 1500 DM gekriegt, gegen die er aber Einspruch einlegte. Daraufhin fand letzte Woche gegen ihn der Prozeß vor dem AG Aurich statt, wo er zu 300 DM verurteilt wurde.

Wolfgang aus Hannover war bei einer der Saalräumungen abgegriffen worden, woraufhin er ein Verfahren wegen Widerstand bekam. Den Zahlungsbefehl in Höhe von 300 DM hat er schon bezahlt.

Norbert aus Emden war das Gleiche passiert wie Wolfgang. Auch er bekam einen Zahlungsbefehl, gegen den er aber Einspruch einlegte. Deshalb wird auch gegen ihn vor Gericht verhandelt werden. Der Termin wird in den nächsten Wochen vor dem AG Aurich stattfinden.

Die anderen drei Verfahren sind eingestellt worden, darunter auch ein Verfahren (70 Seiten dicke Akte) wegen Körperverletzung.

Erklärung zum Prozess gegen

Am 5. Mai wurde vor dem Amtsgericht Salzgitter der Prozeß gegen Elmar aus Göttingen eröffnet. Ihm wird schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Widerstand vorgeworfen - im Zusammenhang mit der Demonstration gegen das geplante Endlager im Schacht Konrad am 30. Oktober letzten Jahres. Die Demonstration, zu der in ganz Norddeutschland und insbesondere im Raum Braunschweig-Salzgitter-Hannover-

Göttingen mobilisiert wurde, richtete sich gegen den Umbau des ehemaligen Erzschatztes Konrad zum Atommüllendlager. Neben der Demonstration gegen das Zwischenlager Gorleben und den Schnellen Brüter in Kalkar war die Schacht Konrad-Demo die dritte gemeinsame Demonstration der Anti-AKW-Bewegung im Herbst 1982. Sie war der Versuch, dem forcierten Ausbau des Atomprogramms auf allen Ebenen praktischen Widerstand entgegen-

zusetzen. Der Schacht Konrad, bis dahin in der Öffentlichkeit kaum bekannt, bekam seine besondere Bedeutung dadurch, daß die geplante Endlagerung des Atommülls im Schacht als Entsorgungsnachweis für die Genehmigungsverfahren neuer Atomkraftwerke erhalten sollte (und auch schon tat). Denn das Fehlen einer gesicherten Entsorgung war bislang juristischer Grund für mehrere Baustops gewesen.

Elmar

In Göttingen haben sich ungefähr 200 AKW-Gegner aus verschiedenen Gruppen auf die Demonstration vorbereitet. Auf einigen Vorbereitungstreffen und Veranstaltungen wurden politische und praktische Ziele zusammen diskutiert. Insgesamt war die Vorbereitung der Schacht Konrad-Demo von scharfen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Bewegung geprägt. Sie drückte sich in verschiedenen Sammelpunkten der Demo aus. Die GRÜNEN wollten sogar nicht zum Schacht, sondern lieber ein Fest auf dem nahegelegenen Sportplatz veranstalten. In Göttingen war die Vorbereitung ziemlich klar und einheitlich. Wir fuhren geschlossen im Konvoi und einige Gruppen hatten sich darauf vorbereitet, die Infrastruktur des Schachts nicht unangetastet zu lassen, wenn sich dafür Gelegenheit bieten würde.

An der Demo nahmen dann ca. 8-10000 Menschen teil. Trotz der erheblichen Differenzen in der Vorbereitungsphase war die Demonstration selbst ziemlich geschlossen. Der Versuch, die Bahngleise zum Schacht zu demontieren, wurde von der gesamten Demo unterstützt. Fast alle Teilnehmer der Demo gingen dann zum Schacht, das geplante GRÜNEN-Treffen mußte mangels Beteiligung ausfallen.

Am Schacht selber zeigte sich, daß einige Tausend AKW-Gegner gekommen waren, um ihren Widerstand auch praktisch auszudrücken. Schienen wurden demontiert, Leitungsmasten zum Schacht gefällt und versucht, das Tor zum Schachtgelände zu durchbrechen, was auch kurze Zeit gelang. Der Versuch der Polizei, das Gelände zu räumen, scheiterte lange Zeit an den massiven Steinwürfen vieler Demonstranten. Ein geschlossener Rückzug gelang jedoch nicht, so daß zum Schluß viele von den vorrückenden Bullen verprügelt wurden.

27 Leute wurden festgenommen, unter ihnen auch Elmar aus Göttingen, der mit fünf anderen 14 Tage in Untersuchungshaft blieb.

Nach der Demo ließen sich die verschiedenen Gruppen nicht an der Frage der Militanz spalten. Viele haben sich an der Solidaritätsarbeit beteiligt, und sich überlegt,

wie man die Leute in der U-Haft unterstützen kann, sind zu Haftprüfungsterminen und zu Kundgebungen am Knast gefahren. Für manchen war dabei auch die Auseinandersetzung mit dem Knast nähergerückt - es hätte auch jeden anderen am Schacht treffen können.

Inzwischen wurden wegen der Schacht Konrad-Demo 20 Ermittlungsverfahren eingeleitet und gegen 8 Leute Anklagen erhoben. Verurteilt wurden bisher Peter aus Neumünster zu 1 Jahr, Michael aus Berlin zu 10 Monaten und Jadrahn aus Salzgitter zu 6 Monaten - alle auf Bewährung. Die bisher härteste Anklage läuft nun gegen Elmar wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand.

Der Prozeß

Kurz nachdem Elmar aus der U-Haft entlassen wurde, klagte Staatsanwalt Weniger ihn vor dem Landgericht an. Das Landgericht gab den Prozeß u.a. wegen »mangelndem öffentlichen Interesse« wieder zurück ans Amtsgericht Salzgitter, was nach einer Beschwerde des Staatsanwalt dagegen auch noch durch das OLG Celle bestätigt wurde.

Der Prozeß gegen Elmar am 5. Mai vor dem Amtsgericht in Salzgitter begann fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit, da Polizeischüler die Hälfte der Sitzplätze im Zuschauerraum belegten. Ein Befangenheitsantrag gegen Richter Schenk, der Peter aus Neumünster allein wegen dessen Teilnahme an der Demo (also nach dem alten

Landfriedensbruchparagrafen) verurteilt hatte, wurde von einem nicht zuständigen Richter abgelehnt. Im nachhinein wurde dieser jedoch kurzerhand für zuständig erklärt und damit seine Entscheidung für wirksam!

Die Beweisaufnahme begann mit einem Bericht des Einsatzleiters Hase. Der konnte zwar zu Elmar nichts sagen, dafür um so mehr zur »Schlacht am Schacht«: »Um 13.47 Uhr flog der erste Stein...« Zur Untermauerung seines Schlachtengemäldes würden dann am zweiten Verhandlungstag mehrere Polizeifilme gezeigt, die wieder nichts mit dem Vorwurf gegen Elmar zu tun hatten.

Darauf folgte der Hauptbelastungszeuge Kaltenbrunn aus Göttingen. Der will Elmar verfolgt und festgenommen haben. Wobei Elmar die »Frechheit« besessen haben soll, ihm zwischendurch noch einen Stein ans Schienbein zu werfen. Als Kaltenbrunn auf die Frage einer Schöffin sagte, er habe Elmar schon vorher in der ersten Reihe gesehen, unterbrach Richter Schenk die Verhandlung. Nach 5 Minuten kam er mit einer 3-seitigen getippten Erklärung wieder und verkündete, daß er das Verfahren ans Landgericht zurückgäbe, da eine Strafe von mehr als 3 Jahren dabei herauskommen »könne« und damit der Strafrahmen des Amtsgerichts nicht ausreichte.

Der ganze Prozeß war nichts anderes als eine dreckige Schmierkomödie von Schenk und Co. Das beweisen die Filme und der Einsatzleiterbericht, die wohl nur gebracht wurden, um hinterher als Begründung für die »besondere Schwere der Tat« herzuhalten. Das beweist auch die vorgefertigte Begründung Schenks.

Nachdem die ersten Konrad-Prozesse mit Geld bzw. Bewährungsstrafen gendet haben, sieht es im Moment danach aus, daß Elmar für die Demo und damit für den militanten Widerstand gegen den Schacht exemplarisch und für mehr als drei Jahre in den Knast soll.



Atomprogramm, Widerstand und Kriminalisierung

Mit entschiedenem Widerstand und einer breiten öffentlichen Debatte hatte es die Anti-AKW-Bewegung längere Zeit geschafft, den Ausbau des Atomprogramms weitgehend zu stoppen. Baustops wurden ausgesprochen, die Wiederaufbauanlage zunächst nicht gebaut, Genehmigungsverfahren in die Länge gezogen. Seit einiger Zeit wird das Atomprogramm jedoch wieder forciert betrieben. Die Zuspitzung vor allem der ökonomischen Krise dieses Systems hat bei den Herrschenden zu einer verschärften Gangart geführt, auch beim Atomprogramm. Die bestehenden Baustops wurden aufgehoben, gestraffte Genehmigungsverfahren sollen den Neubau beschleunigen und der Entwicklung von Widerstand an den Standorten keine Zeit lassen. Die Öffentlichkeit scheint den weiteren Ausbau der Atomenergie akzeptiert zu haben, der Protest richtet sich in erster Linie gegen die Folgen der ökonomischen Krise und die neuen Raketen.

Auf dieser Grundlage gab es in der Anti-AKW-Bewegung Diskussionen um die Weiterführung und die Perspektiven des Widerstandes - mit dem vorläufigen Ergebnis der Demonstrationen in Gorleben, Kalkar und am Schacht Konrad im Herbst 82. Sie sollten die Widerstandsbereitschaft der Bewegung dokumentieren.

Ziel konnte nicht eine Bauplatzbesetzung sein, dazu sind die Voraussetzungen nicht gegeben und die Kräfte nicht stark genug. Aber wir wollten auch nicht ohnmächtig vor dem Zaun herumstehen. Wir wollten vielmehr soweit wie möglich an die Standorte herankommen und dort - hauptsächlich am Schacht Konrad - versuchen, die anfällige Infrastruktur zu sabotieren bzw. kurzfristig lahmzulegen. Das ist in Ansätzen auch gelungen. Ebenfalls ist es in Ansätzen gelungen, den Schacht bundesweit und besonders in der Region Braunschweig-Salzgitter zum Thema zu machen.

Die Kriminalisierung richtet sich gegen einen solchen Widerstand, gegen einen offenen Bruch mit dem Staat und gegen die Entwicklung, daß immer mehr Menschen nicht mehr nur protestieren, sondern Projekte konkret behindern, auch durch militante Aktionen. Sie richtet sich zudem gegen die Tendenz in den Bewegungen, nicht mehr isoliert auf einzelne Projekte zu starren, sondern Zusammenhänge herauszuarbeiten und den Widerstand an verschiedenen Punkten gemeinsam zu organisieren. So haben sich in den letzten Jahren immer mehr Leute aus verschiedenen Gruppen zusammengeschlossen, um z.B. gegen Brokdorf, gegen die Waffenmesse in Hannover, gegen den Ausbau der Startbahn in Frankfurt oder den Reagan-Besuch vorzugehen.

Gerade gegen solche Aktionen geht der Staat mit harten quasimilitärischen und juristischen Mitteln vor. Die innere Aufrüstung und die systematische Ausdehnung des Landfriedensbruchparagraphen in den

letzten Jahren, sowie dessen bevorstehende gesetzliche Verschärfung, sind dafür bezeichnend.

Gegen eine offene Diskussion um die Weiterentwicklung des Widerstandes findet zunehmend der § 129a Anwendung. Eine Radikalisierung des Widerstandes, Massendemokratie und Sabotageaktionen oder Anschläge, sollen verhindert werden. Deshalb u.a. auch das Verfahren gegen den AtomExpress nach dem Abdruck einer Erklärung der Revolutionären Zellen, deshalb auch exemplarische Urteile gegen Leute, die eine politische Einheit eines Widerstandes propagieren, der sich nicht mehr in diesem Staat integrieren läßt, - oder die ihren Kampf bewußt in einen politischen Zusammenhang mit bewaffnetem Kampf stellen. So wurden Carlos und Jürgen und vor kurzem erst Helga Roos (4 Jahre und 9 Monate) nach § 129a verurteilt, obwohl sich die konkreten Anklagepunkte im Prozess als Konstruktionen erwiesen. Es ging also um die Verurteilung einer politischen Haltung.



Gerade in der momentanen Situation, wo der Staat versucht, umstrittene Projekte mit allen Mitteln durchzusetzen und im Herbst die Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen, ist es wichtig, uns durch Kriminalisierung nicht vom notwendigen Widerstand abhalten zu lassen.

D.h., wir müssen uns besser auf Aktionen und Demonstrationen vorbereiten, um Verhaftungen möglichst zu verhindern. Es dürfen nicht immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden wie z.B. der völlig chaotische Rückzug auf der Konrad-Demo. Wir müssen uns vor allem auch auseinandersetzen mit dem Knast und dessen wichtigster Funktion, die Gefangenen zu isolieren, ihre Identität und ihren Widerstandswillen zu zerstören. Diese Funktion können wir ansatzweise durchbrechen, indem wir die Gefangenen in unseren Widerstand, in unsere Diskussionsprozesse mit einbeziehen und von außen die Kämpfe und Forderungen der Leute im Knast unterstützen. Der Widerstand kann nur weitergehen, wenn wir den Kampf gegen die Kriminalisierung zu einem Grundpfeiler unserer Arbeit machen.

**Koordinationsausschuß im Göttinger Arbeitskreis
und
»Autonome aus Göttingen**

Wohlgerüche

Am 4.5. haben wir in der Wohnung von PTB-Pressesprecher Dr. Eckart Viehl schwach- bis hochaktive äußerst übelriechende Substanzen eingelagert. Auf jedem Fall ist diese Endlagerung nur vorübergehend gedacht - äh, oder so ähnlich - es fehlen uns auch da die Richtlinien.

Regierungsdirektor Dr. E. Viehl, Bernerstr. 2, Braunschweig, Tel. 0531/330432, ist verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Lügen) der Abteilung Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle innerhalb der PTB (Physikalisch-Technische Bundesanstalt).

Immer, wenn es in Veranstaltungen und Stellungnahmen im Dienste der PTB darum geht, Lügen und Dreck zu verbreiten, ist Viehl dabei. Jetzt hat er etwas Dreck zurückbekommen.

Viehl ist einer von vielen, und es gibt viele Methoden, die Atommafia überall anzugreifen.

Kein Atomprojekt in dieser Region, im Wendland und anderswo!

Sabotage überall gegen diesen Staat, der nur noch zerstört!

Solidarität mit den Konrad-Prozess-Angeklagten!

(Ein Äktschen-Leserbrief)

49056,87 DM

Claus Berlage, der Mitte März aus Protest gegen Atomenergie, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung einen Strommast am AKW Grohnde besetzt hielt, hat jetzt auch von der Polizei eine Zahlungsaufforderung bekommen. Für die nach fünf Tagen freiwillig abgebrochene Aktion fordert die zuständige Bezirksregierung eine Polizeikostenerstattung von 9056,87 DM.

»Durch die Tatsache, daß der 19.3.83, also der Jahrestag der 1977 stattgefundenen Demonstration nahte, war in Anbetracht einschlägiger politischer Erfahrungen damit zu rechnen, daß Sie eine spektakuläre Aktion mit unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben durchführen würden« heißt es in der Forderungs begründung.

Schon vor Wochen hatte die Preußenelkra als Betreiberin des bis 1984 fertiggestellten Grohnder AKWs 40000 für angeblich entstandene Unkosten in Rechnung gestellt.

Damit befindet sich Claus in trauriger Gesellschaft mit den Grohnde-Demonstranten vor sechs Jahren (240000 DM), den Republik Freies Wendland - Bewohnern 1980 (2750000 DM), den Demonstranten am 6. Mai in Bremen (jetzt nur noch 40000 DM) und vielen anderen, die für ihren Protest nicht nur physisch und psychisch gebeutelt wurden, sondern im Nachhinein auch noch dafür bezahlen sollen.

Prozess gegen Richard



Fein ausgedacht hat sich das Landgericht Lüneburg das. In der Zeit, wenn die Sonne am höchsten steht, und die Freaks alle im Süden sind, soll jetzt der Prozeß gegen Richard stattfinden. Ursprünglich für den Februar angesetzt, war das Verfahren überraschend auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Vor kurzem hat Richard den neuen Termin erhalten.

**15., 16., 17. und 18. August jeweils 8.30
Landgericht Lüneburg**

Zur Vorgeschichte: Bei den Auseinandersetzungen am Zwischenlager in Gorleben und am darauffolgenden Tag in Uelzen wurden etliche Leute festgenommen, von denen 8 Leute bis zu 14 Tagen in U-Haft saßen. Es kam bei der Demonstration am Zwischenlager zum ersten Mal in der Gorlebener Widerstandsgeschichte zu militanten Auseinandersetzungen. Als Reaktion darauf sollten die Verhafteten exemplarisch verurteilt werden. Christoph und Richard zudem vor dem Landgericht. In den bisherigen Prozessen gegen Carmen und Michael (beide am 5.9. in Uelzen verhaftet) kamen Jugendstrafen von 4 Wochen Arrest bzw. 1 Jahr Gefängnis auf 2 Jahre zur Bewährung heraus.

Das Verfahren gegen Christoph im Februar vor dem Landgericht endete mit Freispruch. Die Belastungszeugen widersprachen sich derart und auch die Solidaritätsdemo in Lüneburg kurz zuvor mag ihren Teil dazu beigetragen haben:

Das bedeutet aber, daß die Strategie der Landesregierung noch nicht ganz aufgegangen ist. Denn um das massive und brutale Vorgehen der Polizeitruppen in Gorleben und Uelzen (mehrere Schwerverletzte) zu legitimieren, braucht man Verurteilungen, und zwar Verurteilungen, die auch in die Öffentlichkeit gelangen. Deshalb auch die Anklagen vor dem Landgericht statt dem Amtsgericht.

Der Rahmen dafür und auch die Erfahrungen, sind im Brokdorf-Prozeß vorgegeben. Weitere Fakten auf dem Weg zum Gericht sind die in letzter Zeit verschärfte Auslegung des Landfriedensbruchparagraphen § 125 und die lange Zeit zwischen der Demo und dem jetzigen Prozeßtermin. Es wird schwer sein, gerade jetzt, im Sommer, nochmal so viele Leute zu mobilisieren wie im Februar.

Je weniger Leute sich betroffen fühlen, um so einfacher wird es für die Gerichte sein, harte Urteile zu sprechen.

Auf der anderen Seite ist es Albrecht wichtiger denn je, Ruhe um Gorleben zu haben. Und die könnte gerade ein hartes Urteil stören.

Zum Prozeßablauf selbst ist nur soviel zu sagen, daß bis jetzt 30 Polizeizeugen geladen sind.

Fünf sollen die Anklage bestätigen (schwerer Landfriedensbruch, versuchte Körperverletzung und Widerstand).

25 Polizisten sind von der Verteidigung geladen, da diese, wenn sie die Wahrheit sagen, Richards Unschuld beweisen würden.

Für Richard ist es im Moment am wichtigsten, daß sein Verfahren wieder ins Bewußtsein von vielen Leuten rückt. Überlegt euch mal wie.

Und am wichtigsten - überlegt mal, ob ihr nicht zu den Prozeßtagen kommen könnt.

Freiheit für Richard !

**Spendenkonto:
Kto.Nr. 204784 (D. Kiesel)
Stichwort: 15. August
Postscheckamt Hannover**

Graffiti = Sachbeschädigung

In der Nacht vom 4. auf den 5.9.82 erlebte die Stadt Dannenberg eine wahre Kunstflut. Im Anschluß an die Demo am Zwischenlager und als Antwort auf die Festnahmen waren in der Nacht massenhaft Sprüher unterwegs. 19 Gemälde zählte man am nächsten Tag. Dummerweise wurden dabei auch direkt vorm Polizeirevier (»Bullen raus« stand dort) zwei Leute abgegriffen.

Am 10. und 17. Mai standen nun Gerhard und Axel vor dem Dannenberger Amtsgericht. Am 1. Tag war der Saal total voll - neben den Lüchow Dannenbergern waren auch 'ne Menge Leute aus Hannover dabei. Das Publikum sorgte dabei für einen ansprechenden Rahmen - Brottüten wurden geknüllt, alle waren plötzlich erkältet - jedenfalls hatte der Richter arge Schwierigkeiten, die Anklageschrift laut und für alle verständlich zu verlesen. Am 2. Tag waren dann nur noch die Rechtsanwälte und ca. 10 Leute aus LüDa dabei.

Der Prozeßverlauf ergab das übliche. Hauptbelastungszeuge Polizist Pfeng mußte sich immer widersprechen, und der Versuch, den beiden alle Sprühereien der Nacht nachzuweisen, klappte auch nicht. Zwar wurde bei der Festnahme auch eine Sprühdose sichergestellt, aber auch der Gutachter des LKA konnte nicht mit Si-

cherheit sagen, daß diese Sprühdose die war, mit der gekünstelt wurde.

Auch die Farbspuren auf den Handschuhen brachten das Gericht nicht weiter. Diese stimmten nämlich nicht mit der Farbe der Sprühereien überein.

Somit konnte ihnen auch nicht die Sprüherei »Freiheit für die Gefangenen vom 4.9. - Gorleben« nicht nachgewiesen werden.

Die RAs argumentierten dann, daß eine Sachbeschädigung ja gar nicht vorliege, da die Gebäude auch nach Entfernung der Farbe nicht in ihrer Substanz angegriffen wären.

Dem mochte das Gericht dann aber doch nicht folgen, sondern meinte, irgendeiner müßte ja nun der Schuldige sein, den man verurteilen muß. In der Urteilsbegründung hieß es dazu:

»Es ist nicht genau nachzuweisen, daß sie es waren. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß ...«.

Verurteilt wurden sie zu **20 Tagessätzen zu 15,- bzw. 13,- DM.**

Mit Rechtsanwalts-, Prozeß- und Fahrtkosten kommen somit etwa 1600 DM dabei raus. Die beiden wären nicht böse, wenn sie da etwas Unterstützung bekämen.

**Kto.Nr. 16228596 (Tschöpe)
Stichwort: Prozeßhilfe
Stadtparkasse Hannover**

Transparent = Waffe

Auch in Bayern erleben die AKW-Gegner den bundesrepublikanischen Polizeistaat hautnah mit.

Am Pfingstsonntag fand in Schwandorf die Anti-WAA-Demo statt. Auch die AKW-Gegner aus Landshut wollten dort ihren Protest zum Ausdruck bringen.

Allerdings wurden sie schon vor ihrem Ziel durch Autobahn-Sperren aufgehalten und von mehreren Polizei-Hundertschaften mit Maschinenpistolen auf Parkplätzen durchsucht.

Dabei wurden den Landshutern - neben vielen anderen - die Stangen eines mitgeführten Transparents wegen angeblicher Überlänge abgenommen. Damit aber nicht genug. Ein Demonstrant hatte sich sogar erdreistet, für sein Transparent ordnungsgerechte Stangen mitzubringen. - Dafür bekam er jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Versammlungs-gesetz durch Mitführen von Waffen.

Der Betroffene selber ist Mitglied im Vorstand der Landshuter BI gegen Atomkraftwerke. - System?

Auf jeden Fall sollte uns klar sein, daß auch Bayern noch BRD ist.

Laßt euch nicht BRDigen !!!

Freiheit für Micha und Benny

Im Rahmen der Ermittlungen gegen die radikal, die bereits am 1.12.82 zu einer großangelegten Durchsuchungsaktion bei mehreren Projekten und 16 Wohnungen führten, wurden am Montag, den 13.6. Michael Klöckner und am Dienstag, den 14.6. Benny Härlin wegen »Werbung und Unterstützung für eine terroristische Vereinigung« nach § 129a verhaftet. Beiden wird gleichermaßen vor- geworfen, als Begründer der Zeitungs kooperative für die in der radikal abgedruckten Kommandoer- klärungen der Revolutionären Zellen und anderer Gruppen verantwortlich zu sein. Die Haftbefehle stammen vom 2.6.82; man kann offensichtlich davon ausgehen, daß der Staats- schutz sie lieber erst in den Untergrund drängen wollte um sie dann verhaften und groß als »Terro- risten« aufbauen zu können. Bei Micha durch- suchten die Bullen am Samstag die Wohnung in- ner Eltern in Westdeutschland und legten ihnen den Haftbefehl vor, zeigten aber kein Interesse, wo sie ihn angetroffen hätten. Am Montag stellte sich Micha freiwillig. Benny wurde am Dienstag für ihn total überraschend bei einer staatsanwalt- lichen Vernehmung verhaftet. Die Haftbefehle werden bei beiden neben den mangelnden sozialen Bindungen (oft umgezogen, Wohngemeinschaften, usw.) auch noch mit erhöhter Fluchtgefahr begründet, da sie »als Unterstützer der Revolutio- nären Zellen sicher mit deren tatkräftiger Hilfe bei der Flucht rechnen könnten.« Wir können davon ausgehen, daß durch diese bei- den Verhaftungen die legalen, rechtliche Grundla- gen der radikal zerschlagen werden sollen, indem die Staatsanwaltschaft sich genau an die gehalten hat, die neben anderen vor Jahren die »Zeitungs-

kooperative e.V.« gegründet haben. Da das Re- daktionskollektiv der radikal polizeilich nicht auf- findbar und somit auch nicht juristisch zu belan- det ist, werden ersatzweise »Verantwortliche« pro- duziert, um einerseits minimalste Ermittlungs- Erfolge vorweisen zu können, andererseits um Druckmittel zur Abschreckung in der Hand zu ha- ben. Dann wird der Gummiparagraph 129a be- müht, mit dem praktisch jeder auch noch so ent- fernt Beteiligte kriminalisiert werden kann. Genauso wie es die Staatsanwaltschaft lieber gese- hen hätte, wenn ihre selbstgemachten »Täter« ab- getaucht wären, wünscht sie sich die radikal als ei- gene illegale Untergrundpostille. Die radikal hat niemals ihren Sinn und ihre Stärke in der Illegali- tät gesehen und wird dies auch niemals tun. Sie begreift sich als Schnittpunkt von allen möglichen Ausdrucksformen von unkontrolliertem Leben und Widerstand.

Nicht einmal auf der juristischen Ebene haben die konkreten Vorwürfe gegen Benny und Micha (Gründung der Zeitungs kooperative, Unter- schriftsbeechtigung für Konten) mit »Werbung und Unterstützung für eine terroristische Verei- nigung« zu tun, sondern sind vielmehr ein Aus- druck dafür, daß sich die Staatsanwaltschaft im Zugzwang befindet. Seit über einem Jahr ermittelt Staatsanwalt Przytarski erfolglos gegen die radi- kal und noch länger gegen die Revolutionären Zellen.

Es liegt nun an uns, wie schnell Micha und Benny wieder aus dem Knast rauskommen. Nur durch vielfältigsten Druck von allen Seiten — sei's Öf- fentlichkeitsarbeit oder sonstige öffentlichkeits- wirksame Aktionen — können wir die sofortige Freilassung von Micha und Benny erreichen.

Schreibt ihnen solange: Michael Klöckner
Alt-Moabit 12a
1000 Berlin 21
(Neuzugang vom 14.6.83
Buchnummer noch unbekannt
Aktenzeichen (6) 2 OJs 19/81 (2/83))

Benny Härlin
Alt-Moabit 12a
1000 Berlin 21
(Neuzugang vom 14.6.83
Buchnummer noch unbekannt
Aktenzeichen (6) 2 OJs 19/81 (2/83))

Und Politprozesse kosten bekanntlich
viel Geld: Spendenkonto:
Sonderkonto zur Unterstützung der
wegen 'radikal' Angeklagten
Ute Fichtl
Sparkasse der Stadt Berlin
BLZ 100 500 00
Kontonummer 0610 13 90 53

P.S.: In den nächsten Tagen wird in der Taz noch die Kontaktadresse des 'Radikal- Solidaritätskomitees' bekanntgegeben.

Die Mitherausgeber der radikal: AKW-Gruppe Wedding, Alternative Liste Berlin, Autonome Sanis Wedding, Die Tageszeitung, Kulturbrauerei Moabit e.V., Galerie 70, Forum entwicklungspol. Gruppen, Spectrum-Kollektiv, Libertad Verlag Berlin, Litpol Verlagsgesellschaft, Rhizom-Kollektiv, Holzmanufaktur in Kreuzberg, Rotation, Regenbogen-Buchvertrieb, Merve Verlag, Thomas Weisbecker Haus, Zapf Trans- sport Gmbh, Bildungs- u. Aktionszentrum, Gruppe „Liebe, Freiheit, Widerstand“, Chamisso-Laden, Knastgruppe Kreuzberg, Kneipenkol- lektiv Zille, Schülerinitiative der SFE, Machwerk, AKW-Gruppe Kreuzberg, Rauch-Haus, Sani-Gruppe Charlottenburg, Slainte-Kollektiv, Antiquariat Buchladen, Bunte Physiker, Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Schwarzer Kanal, Ermittlungsausschuß Berlin und radi- kal, Gegensatz, Zeitungs kooperative e.V., Buchladen Literatur Kunst Musik, Das Politische Buch, Freunde der Erde, Systemdruck, Agit- Druck, Contrast-Druck, Oktober-Druck, und viele mehr... **NETZWERK e.V., Ökopolia, Schule für Erwachsenenbildung, ...**

Energiebroschüre:

Stand der Dinge

Am 28.5.83 fand in Kassel ein bundesweites Treffen zur Energiebroschüre statt. Obwohl zuvor die Finanzierung der zweiten Auflage durch die GRÜNEN erst einmal gescheitert war, herrschte Optimismus hinsichtlich einer Neuauflage. Bei magerer Beteiligung wurden verschiedene Punkte diskutiert und entschieden. Den Anwesenden war klar, daß ihre Beschlüsse nicht repräsentativ für alle verteilenden Gruppen stehen konnten, deshalb bittet das Koordinationsbüro nun darum, daß sich alle, die Schwierigkeiten mit den folgenden Entscheidungen haben, dazu äußern mögen. Trotz finanzieller Probleme soll das Projekt weiterlaufen. Bis zum 1. September 83 hoffen die Verteiler der Broschüre die 2. Auflage vollständig finanzieren zu können. Das Anlaufen der Verteilung ist für Mitte / Ende September angesetzt.

Im Vordergrund soll künftig eine aktive Eigenfinanzierung durch die verteilenden bzw. durch die mit dem Projekt sympatisierenden Gruppen stehen, und zwar aus eigenen Kassen, zum Beispiel durch Konzerte, Veranstaltungen, Feten etc., die gleichzeitig das Projekt in die Öffentlichkeit bringen, als auch durch das gezielte Ansprechen bekannter Gruppen bzw. GRÜNER Kreisverbände, mit denen im Gegensatz zu den Bundes-GRÜNEN bisher gute Erfahrungen gemacht wurden. Explizit wurde beschlossen, daß nicht nur die finanzstarken Gruppen die Broschüre zur Verteilung erhalten.

Parallel zu derlei Geldbeschaffungsaktionen wird das Koordinationsbüro erneut versuchen, bei den Bundes-GRÜNEN Geld frei zu machen. Dies soll durch regionale Einflußnahme auf die GRÜNEN unterstützt werden.

Um den zahlenden Gruppen die Sicherheit zu geben, daß es auch tatsächlich zum Druck und zur Verteilung in der Region kommt, sollen die Gelder vor Ort auf Konten gesammelt werden und erst dann nach Kassel abgerufen werden, wenn der Druck realistisch ist. Die aktuellen Kontenstände müssen allerdings im Koordinationsbüro bekannt sein. Im Falle einer Einstellung des Projektes können die Gelder entweder an ihre Spender zurückgehen oder es werden andere Verwendungszwecke regional beschlossen.

Ab ca. 10.6.83 ist das zentral von Kassel aus fertiggestellte Plakat, mit dem beispielsweise örtlich zu Veranstaltungen eingeladen werden kann, im Büro zu bestellen, und zwar für alle verteilenden Gruppen per Nachnahme und für andere zum Selbstkostenpreis und per Nachnahme. Nur dieses Plakat in der Kampagne zu verwenden, soll den Sinn haben, zum einen die Kosten zu senken und zum anderen den bundesweiten Charakter der Kampagne hervorzuheben.

Zum geplanten Termin der zweiten Auflage, welcher mit den Herbstaktionen der Friedensbewegung zusammenfallen würde, wurde mehrheitlich geäußert, daß dies eine günstige Gelegenheit darstellen wür-

de (oder gerade nicht d.Sz.), die Kampagne mit den Aktionen und Veranstaltungen der örtlichen Friedensgruppen zu verknüpfen und, daß gerade der in der Kampagne fehlende Hinweis auf den militärischen Aspekt der »friedlichen« Nutzung der Atomenergie in solchen Veranstaltungen mit der Friedensbewegung hervorgehoben und dargestellt werden könnte.

**Koordinationsbüro Energiebroschüre
c/o Umweltzentrum Kassel
Eifbuchenstraße 18
35 Kassel
Tel. 0561/10 47 36
tgl. von 11 - 16 Uhr**

**Sonderkonto Energiebroschüre
Nr. 199 919
BLZ 520 501 51
Stadtsparkasse Kassel**



Zur Atommüllkonferenz am 7./8.5. in Gorleben waren ca. 90 Vertreter aus 25 Standorten anwesend. Der Informationsaustausch stand diesmal im Hintergrund, in den meisten AGs wurde viel Wert auf eine engere Zusammenarbeit und die Verwirklichung gemeinsamer Projekte und Aktionen gelegt, von denen inzwischen auch schon einige angegangen wurden.

In der WAA-Gruppe war die Zusammenarbeit zwischen beiden Standorten wichtigster Punkt. Mit dem Beginn des atomrechtlichen Verfahrens wird die Koordination der Rechtsanwältinnen und beratenden Wissenschaftler als notwendig erachtet. Wie von einigen kritischen Wissenschaftlern vorgeschlagen, soll eine Risikostudie über die Wiederaufarbeitung erstellt werden, über die Finanzierung konnte allerdings noch keine Einigung erzielt werden.

Aus der Gruppe Endlager wurde berichtet, daß im ehemaligen Kalibergwerk ASSE wieder eingelagert werden soll. Ein Planfeststellungsverfahren war '79 von der PTB wegen eines möglichen Wassereintruchs zurückgezogen worden. Zum anderen haben die Betreiber eine Lücke im Atomgesetz gefunden, die in der begrifflichen Trennung zwischen „Endlagerung“ (Zuständigkeit PTB) und „Beseitigung radioaktiver Abfälle“ liegt, was eine behördlich zugelassene Einrichtung wie die GSF (Gesellschaft für Strahlenforschung) genehmigen kann. Auf diese Weise konnte ASSE zum „Endlager nachweis“ in der 5. TEG für Grohnde und in der 3. TEG für das AKW Brokdorf gemacht werden. Zusätzlich wird in der ASSE das „insitu“ Verfahren erprobt, welches später für Gorleben

angewandt werden kann. Dabei soll ein Abfall-Zementgemisch, als Anmachwasser soll Tritiumwasser verwendet werden, über ein Förderband in Kavernen gebracht werden und dort aushärten, d.h. es wird nicht rückholbar gelagert. Ab der 2. Hälfte der 80iger Jahre sollen Versuche mit hochradioaktiven Abfällen (elektrische Erhitzer zwecks Temperatursimulation, Kobaltstrahler und verglaste Abfälle) vorgenommen werden.

Im Mittelpunkt der nächsten Atommüllkonferenz wird die „zivilitäre Nutzung“ von Atomanlagen stehen, die besondere Aktualität durch die Pläne zum Bau der WAAs bekommen hat. Sowohl die WAA-Gruppe als auch die Gruppe Plutonium faßte den Entschluß ein Falblatt dazu herauszugeben. Ein erstes Treffen hat bereits stattgefunden. Das Falblatt soll einen Überblick über die Stufen der Plutonium-Verarbeitung geben, über die Praxis und die Erfahrungen anderer Länder berichten, auf Atomwaffensperrvertrag und EURATOM-Verträge eingehen, die Rolle der BRD bei der Atombewaffnung von Frankreich, Argentinien und Brasilien darstellen und untersuchen, inwieweit unter den herrschenden politischen Verhältnissen bereits der Bau einer deutschen Atombomben angestrebt wird, der letzte Punkt ist allerdings strittig.

Das Falblatt soll auf der nächsten Atommüllkonferenz verabschiedet werden, die am 10. und 11. September in Ahaus stattfindet.

Informationen und Anmeldungen bei: Hartmut Liebermann, Kussenkook 2, 4422 Ahaus.

Zu dem Brief der BI Celle und dem geplanten Treffen am 18. Juni in Göttingen

Liebe Freunde !

Ich glaube nicht, daß die Situation in Köln eine Ausnahme ist oder woanders ein anderer Zeitgeist herrscht, anders gesagt ist der herrschende Geist geistlos und trieft von Konformismus. Da wird weniger - allgemein gesagt - gelesen (und mehr gekauft, was an jedem Kiosk sichtbar ist) und nur was schnell konsumierbar ist und von aktuellem Interesse. Beides kann die eigentliche Anti-AKW-Bewegung nicht mehr für sich beanspruchen. Ich möchte das nicht eine Schwäche der Bewegung nen-

nach seinem Zweck, nämlich Kriege vorzubereiten, Kriegsminister genannt wurde. Ich will hierüber nicht mehr reden, bleibe aber dabei, daß sie (die Redner, Marschierer, Parlamentarier- allesamt liebe Menschen, ganz gewiß- vereint unter der Fahne der Gewaltlosigkeit) schnell, wenn erst die sogenannten Nichtfestgelegten verknastet und sonstwie untergegangen sind, folgen werden- ganz gewaltlos. Das ist sicher und gewiß und nichts als gewöhnliche deutsche Geschichte. Nicht Antikommunismus, wie mitleidisch die DKPisten behaupten, ist herrschende Ideologie, sondern die forcierte Geschichtslosigkeit, ohne die ein Ende der Geschichte

und niemals sein wird(!), unvereinbares mit einander zu verbinden.

Es ist glatter Quatsch zu behaupten, die Autonomen halten Gewalt für notwendig und unvermeidlich. Wir haben immer nur gesagt und werden niemals etwas anderes sagen, daß losgelöst von den konkreten Umständen und der jeweiligen Situation dermaßen abstrakt nicht von und über Gewalt geredet werden kann, weshalb *weder von noch gegen Gewalt gesprochen sollte*. Es ist glatter Quatsch zu behaupten, Indien sei vom britischen Joch durch den hungernden Gandhi befreit wurde. Es handelte sich lediglich um eine flankierende Maßnahme, aber keine entscheidende, daß

Hier schreibt der Leser **LESER** Briefe leserbriefe **Leser**

nen, da sie ja garnicht stärker sein kann in dieser Periode. Stark ist das ökologische Interesse, Natur und was damit sich journalistisch verbinden läßt. Jeder Markt ist wie ein Schwamm, der alles aufsaugen muß, was auch nur verspricht profitabel verwertet zu werden. Nicht zuletzt haben die Grünen zwangsweise dazu beitragen müssen, daß weniger Menschen den Atom-Express lesen, wie sie umgekehrt anderen Kleinverlegern zu einer Redaktion verholten haben. Folgerichtig müßte nicht einmal das Gesamtkonzept verändert werden (das liesse sich nachholen und käme nach), wohl aber der Name, der erstens nach GRÜN und GEWALTFREIHEIT und zweitens entschieden nach FRIEDEN klingen müßte oder insgesamt nach Zeitgeist. Übrigens ist dafür der Artikel von W. Sternstein exemplarisch ein Beleg (Über Bündnis und Gewaltfrage), der sich auch nicht die Mühe macht die Kernfrage zu stellen, »ob in unserer Zeit die Menschen nicht verändert und nicht mehr veränderlich sind« oder unfähig sind, sinnlich etwas wahrzunehmen, zu verstehen und spontan Schlüsse aus einer Erkenntnis zu ziehen. Dazu kommt allerdings noch, daß in der Tat unsere gesamten Verhältnisse chaotisch und (wirtschaftlich) anarchistisch sind, jedoch Chaoten und Anarchos als Spinner und geeignet für neue Gaskammern angesehen werden. Letzteres im Extrem, doch das ist fast immer bestimmend. Verkehrte Verhältnisse lassen sich gewiß nicht durch Anpassung an verkehrte Normen gerade singen, auch schlägt niemals evolutionär Quantität in Qualität um. Obendrein sind die Friedensmarschierer kaum mehr als Friedensidealisten, da sie in der Mehrheit selber fürchten, die Wirklichkeit hier und heute in ihrer ganzen Grausamkeit zu verstehen (ABC-Waffen, Atomsperrgürtel, interplanetarischer Krieg und dann - der geplante » Mensch « mit einem Computer-Gehirn aus der Retorte). DAS IST DER KRIEG, die Katastrophe, womit wir es bereits zu tun haben! Das ist der Gesamtkrieg !

Da ist der Begriff der Gewaltfreiheit schon ein Orwellscher Euphemismus, genau so irreführend wie der Verteidigungsminister, der in allen kriegerischen Staaten früher

allerdings nicht denkbar ist. Jedoch dieses Ende ist eingepplant, denn anders kann der Kapitalismus nicht mehr herrschen - einbezogen das reale Ende sogenannter sozialistischer Länder.

Man sage nicht, daß sei alles abstakt. Nein so sieht es aus. So sieht unserer Alltag aus und so sehen die Menschen aus - tote Seelen, eingezwängt in die Gerätemwelt, gläubig auf eine von ihnen selber nicht verstandene, aber geschaffene, technische Kultur starrend, bereit alles zu morden, wenn es nur sie nicht treffen wird !

Da kannst Du nur mit nackter Provokation ohne dich selber zu beseitigen, etwas erreichen, indem die Mörder auch so genannt werden und jeder sie auch als Mörder erkennen kann. Dieses ausgewogene Gebilde, das sich Bonzen- und Bullenrepublik nennt, muß unregierbar werden- oder die Menschheit wird zum dritten Mal an diesem Wesen genesen, diesmal zum endgültigen Tode.

Zurück zum redaktionellen Konzept : alternative Bananen sind natürlich gefragter und bringen sicherlich mehr Auflagen. Doch wem wäre damit gedient ? Doch nur den Leuten, denen wir nicht dienen wollen. Es bleibt also nur übrig, durch den Zeitgeist durchzugehen oder biedere Anpassung. Übrigens wißt ihr, daß ich diesen Verdacht mal hatte. Doch das ist nicht mehr so und darum sage ich einfach: WEITERMACHEN, denn nichts bleibt immer so, wie es gerade ist.

In diesem Sinne bin ich mit Euch gegen den Zeitgeist.

Eberhard

Ich lese da im AE 34 diesen Artikel von W. Sternstein und weiß nachher nicht mehr, wo ich lebe. Wieso ist eine Gemeinsamkeit denkbar, wenn gleichzeitig alle autonomen Gruppen (und die sind nun einmal unfähig Ghandi in die BRD zu verpflanzen und die Geschichte des Kolonialismus auf den neuzeitlichen gewaltfreien Kopf zu stellen) ausgeklammert und zu einem quantitativen Anhängsel reduziert werden ? Es hat sich doch gezeigt, daß es nicht möglich ist

dieser Mann für die Befreiung hungerte. Unterschlagen wird dabei von diesen bürgerlichen Geschichtsbetrachtern, wie es tatsächlich aussah, denn in ganz Indien fanden Streiks und Aufstände statt und Großbritannien hätte seinen gesamten Einfluß verloren, da Indien ohnedies am Ende dieser Periode der kolonialen Ausbeutung frei für die moderne kapitalistische Ausbeutung, sprich frei für den heute durchgängig praktizierten Imperialismus werden müßte, also nicht frei werden konnte !

Im übrigen wird heute durch die Medien nicht zufällig, sondern genau so zwangsläufig diese Gandhi-Legende aufgewärmt, um als verlogenes Propagandamittel die tödliche Illusion am Leben zu erhalten, als liesse sich absolut gewaltfrei ein verbrecherisches Regime, das zum äußersten entschlossen ist und bei Strafe seines eigenen Untergangs auch so entschlossen handeln muß (oder soll Massenmord in den westlichen Metropolen und nackter Völkermord in der 3. Welt nicht als gemeine Kriminalität bezeichnet werden, etwa mit einem orwellschen Euphemismus als Friedenstaten ?) sich durch millionenfache Appelle oder Aktionen, die ein Unterschriftenkartell startet, auch nur eine Minute aufhalten. Das ist doch nun hinlänglich bewiesen worden. Reden ersetzen keine Taten und Gitarren beleben nur den Musikmarkt ! Jedenfalls die DKP und deren Anhängsel bewegen sich recht marktkonform.

Es ist ein glatter Quatsch, daß betonte Gewaltfreiheit eine geeignetere Widerstandsförm sei soll, es sei denn die Sprachregelungsmethoden und -prinzipien der Machthaber werden nicht hinterfragt. Allerdings Wählerstimmen lassen sich so einkaufen, denn sie schaffen eine bürgerliche Öffentlichkeit. Und genau diese bürgerliche Öffentlichkeit schafft keine politischen Brüche, im Gegenteil sie verhindert sie. Nur die nackte Provokation (!) kann in diesem Staat verkabelter pfahl- und sympathisierender Nazibürger etwas bewegen. Und eine sprachliche Anpassung ist der Weg in die folgende totale Anpassung, den heute allgemeinen Konformismus.

Ich bin diese Diskussionen satt, zumal die Trägerraketen schon längst da sind ! Lernt es zu kämpfen !

Eberhard

PODER POPULAR

Wo der Aufbau des neuen EL SALVADOR beginnt.

PODER POPULAR (wörtlich übersetzt: Volksmacht) ist zum Schlüsselbegriff für das neue Selbstbewußtsein eines Volkes im Kampf gegen die Macht der herrschenden Oligarchie und der Militärs geworden. PODER POPULAR stand in den beiden letzten Jahren für die Befreiung der Bevölkerung in den Grundbedürfnissen ausgerichteten Lebensweise der Bevölkerung in den kontrollierten Zonen. PODER POPULAR steht heute aber auch für den Befreiungskampf im ganzen Land, d.h. für die Vermittlung dieser Erfahrungen an die Bevölkerung in den von den Militärs beherrschten Gebieten.

Spendenkonto:
Info-Stelle
El Salvador e.v.

Stichwort:
PODER POPULAR
PSCHA Köln 332276-507

militärminister
und
militärpfarrer
wer sie
beim wort nimmt
muß
dran glauben

aus:
Johann Voss,
die erde nicht mehr,
Gegenwind Verlag, Göttingen

Abfall-Info 2

MaI 1983



SCHAU DIR DIESEN
RIESENSKANDAL AN!



Das gefährliche Erbe
seveso-gift
- eine Pressedokumentation -
75 Seiten, mit Kontaktadressen, Forderungskatalog und
Hoffmann-La-Roche-Boycottliste. Für 7,- DM + 2,- DM
Versandkosten zu beziehen beim LBU-Niedersachsen,
Hinüberstr. 18, 3000 Hannover 1. Versand nur gegen
Vorauszahlung (Scheck oder Briefmarken).

Herausgeber: Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.v. (LBU),
Arbeitsgruppe Giftmüll, Hinüberstr. 18, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 343023,
Postascheck Nr. 796 70-309.

»Was machen DIE GRÜNEN im Parlament?«

— Haushaltsdokumentation 1983 der
GRÜNEN IM RÖMER —

Beispiele aus zwei Jahren GRÜNER Kommunalpolitik in Frankfurt



Haushaltsdokumentation 1983
der GRÜNEN IM RÖMER

Beispiele aus zwei Jahren GRÜNER Kommunalpolitik in Frankfurt

Inhalt: Einbringung des Haushaltes 1983 · Frankfurter Bilder · Übersicht über die GRÜNEN Anträge zum Haushalt 1983 · **Arbeitsschwerpunkte:** Basisdemokratie · Repräsentation und „Imagepflege“ · Bildung, Schule und Volkshochschule · Kultur · Wohnen · Verkehr · Umwelt und Gesundheit · Sozialpolitik · Wirtschaft und Finanzen · Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushaltes · Pressespiegel · Haushaltsdiskussion in den Ortsbeiräten · Register aller GRÜNEN Anträge und Anfragen in 2 Jahren · Im Rückblick 1: Stellungnahme zum Haushalt 1982 · Im Rückblick 2: Startbahn West 1981/82.

452 Seiten, 72 Fotos, DIN A 4 · Einzel exemplar: 15 DM · plus 2,50 DM Versand.

Ab 5 Ex. 30% Wiederverkäuferrabatt an Buchläden, Bürgerinitiativen und GRÜNE.

Versand erfolgt **ausschließlich** gegen Vorkasse (Überweisung oder Scheck). Wir bitten um Verständnis, daß wir wegen Arbeitsüberlastung **keine** Bestellungen ausführen werden, die nicht vorher bezahlt sind.

DIE GRÜNEN IM RÖMER
6000 Frankfurt am Main 1
Tel. 0611/283702/03

Kto. Nr. 204536, Ffm Sparkasse v. 1822

**Keine Intervention
in Nicaragua!**



**» no pasaran « —
Sie kommen nicht durch!**

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016